

Preussische Allgemeine



Nr. 20 · 17. Mai 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

75 Jahre Grundgesetz

Der schwierige Weg der Bundesrepublik vom Provisorium zum Nationalstaat der Deutschen Seite 3



Biographie Ernst Reuter und Konrad Adenauer im Doppelporträt Seite 11



Maria Koepcke Eine begnadete Naturforscherin und Zeichnerin Seite 23

FOTOS: ULLSTEIN; AKG IMAGES; JULIANE DILLER

Mut- und ratlos begleiten die Deutschen das Tohuwabohu in Berlin

Die Regierung ist am Ende und steht am Rande des Platzens. Doch anders als 1982 elektrisiert der sich abzeichnende Umbruch im Volk heute niemanden. Über die Ursachen der deutschen Lethargie

VON HANS HECKEL

Allein der Tonfall in den Wortgefechten der Ampelparteien ließ längst ahnen, dass dieses Bündnis sachlich und fachlich am Ende ist. Wer so miteinander redet, der hat sich eigentlich nichts mehr zu sagen. Nur Kanzler Olaf Scholz scheint sich noch ums Durchhalten zu bemühen. Kein Wunder, denn seine Karriere wird mit dem Ende der Ampel definitiv vorbei sein. Aber dringt er noch durch? Das erscheint derzeit eher zweifelhaft.

Auf dem Weg durch den Koalitionskrach will vielmehr jede der Ampelparteien nur noch eine möglichst gute Figur machen. Oder zumindest eine weniger schlechte als die Partner. Wem wird man die Schuld geben, wenn die Ampel bricht? Das scheint die einzig verbliebene Frage, der sich die Streithähne zuletzt widmeten.

In Ermangelung anderer historischer Beispiele wird oft auf die „Bonner Wende“ von 1982 verwiesen, wenn es um einen Blick in die allernächste Zeit geht. Dem halten alle Beobachter zu Recht entgegen, dass der einfache Koalitionswechsel, wie ihn die FDP damals vollzogen hat, heute allein der Kräfteverhältnisse wegen verstellt ist. 1982 stand die neue Kanzlermehrheit schon parat, 2024 ist keine in Sicht.

Ganz anders als vor 42 Jahren fällt auch die Art und Weise aus, in welcher das Volk an den Ereignissen teilnimmt. Der

Spätsommer 1982 war erfüllt von höchster politischer Aufladung. Je nach Lager begleiteten die Deutschen die Nachrichten aus Bonn mit Aufbruchstimmung und regelrechter Euphorie oder mit melancholischer Niedergeschlagenheit und sogar offener Wut.

Keine neue Mehrheit absehbar

Heute herrscht im Wahlvolk dagegen eine fast schon dumpfe Ratlosigkeit. Dem bestehenden Regierungsbündnis wird kaum jemand eine Träne nachweinen, zwei Drittel der Deutschen bevorzugen bei Umfragen andere Parteien als die der Ampel. Und der Ampelzwist machte zuletzt deutlich, dass selbst bei den Anhängern von SPD, Grünen und FDP jedwede Begeisterung für die selbsternannte „Fort-schrittskoalition“ verdampft ist.

Aber was kommt danach? Niemand kann sich – anders als 1982 – davon eine konkrete Vorstellung machen. Das liegt zum einen an den erwähnten Kräfteverhältnissen: Eine neue linke Mehrheit ist nach allen Umfragen ausgeschlossen. Das Lager rechts der Mitte ist von der „Brand-mauer“ zerteilt, sodass auch hier nichts Tragfähiges absehbar ist.

Also rechnet die Masse der Deutschen mit einer neuen, lagerübergreifenden Koalition, nur dass diesmal die Union den Kanzler stellt, mit Unterstützung von wem auch immer. Das führt manch besorgten Bürgerlichen gar zu der Befürchtung,

dass alles so ähnlich weitergehen könnte wie unter der gescheiterten Ampel, nur in anderer Farbmixtur.

Hinter dieser Befürchtung steckt der Eindruck, dass auch Union und FDP viel weniger als 1982 vom Drang nach inhaltlichen Alternativen zur fehlgeschlagenen Politik der Regierung Scholz-Habeck-Lindner getrieben seien als von reinem Machtkalkül.

Mit Otto Graf Lambsdorff gab im Spätsommer vor 42 Jahren ein FDP-Wirtschaftsminister den Auslöser für den Bruch, der zutiefst von seinen marktwirtschaftlichen Überzeugungen geprägt und angetrieben war, im besten Sinne des Wortes ein Überzeugungstäter. Ihm voran stand mit Parteichef Hans-Dietrich Genscher ein Außenminister, der vom Wert der Festigkeit des westlichen Bündnisses in der Auseinandersetzung mit dem Warschauer Pakt überzeugt war. Und der deshalb lieber seine Partei ins Abenteuer eines Koalitionskrachs stürzte als sein Land in das Wagnis pazifistischer Illusionen.

Taktik statt Überzeugung

Im Jahre 2024 liegen die Dinge anders: Die FDP hat die linksgrün-ideologisch ausgelegte Politik der Ampel zweieinhalb Jahre lang mitgetragen. Ob zähneknirschend oder nicht spielt im Ergebnis keine Rolle. So, wie es aussieht, haben erst die existenzbedrohend schlechten Umfragewerte den Parteichef Christian Lind-

ner dazu gedrängt, wieder „liberales Profil“ hervorzukramen. Das tut er nun seit dem Dreikönigstreffen der Liberalen Anfang Januar mit wachsender Schärfe.

Lindners wie nach einem Lehrbuch Schritt für Schritt gesteigerte Schärfe beim Profilzeigen findet aber kaum Anklang bei den Bürgern. Und das darf man dem sicheren Instinkt der deutschen Wähler zuschreiben: Das Manöver erscheint so durchschaubar taktisch motiviert, dass sich die schlechten Umfragewerte der FDP nicht von der Stelle bewegen.

Die CDU wiederum hat sich auf ihrem gerade beendeten Parteitag zwar alle Mühe gegeben, nach dem Linksschwenk der Merkel-Jahre wieder als bürgerliche Kraft identifiziert zu werden. Doch bislang ist nicht erkennbar, dass dadurch im großen Stil Vertrauen zurückgewonnen werden kann: Die meisten zur AfD abgewanderten Wähler bleiben bislang bei den Blauen, und wer sich von dort kommend anders orientiert, wendet sich lieber Sarah Wagenknecht zu, als zu einer der etablierten Parteien zurückzukehren. Zumal sich mit Hendrik Wüst und Daniel Günther zwei Protagonisten für die Zeit nach Friedrich Merz warmlaufen, welche die CDU allen Ernstes in die Bahnen der Ära Merkel zurücklenken wollen.

Da bleibt die Rat- und Mutlosigkeit gerade im Wahlvolk rechts der Mitte nur allzu verständlich. Es gibt nichts, was diese Wähler elektrisieren könnte wie 1982.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Der Israel-Hass akademischer Kreise erreicht nun auch Berlins Hochschulen Seite 5

Kultur

Die Bodenseeregion feiert die Gründung des Klosters Reichenau vor 1300 Jahren Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Eine Schule und der deutsche Verein in Neidenburg luden zum Gesangswettbewerb Seite 13

Lebensstil

Ein besonderes Stadtfest in Lingen (Ems) gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Anormale Gesundheitsvorfälle Seit Jahren berichten Botschaftsmitarbeiter über seltene Krankheitserscheinungen. Begonnen hat alles in Havanna. Manche vermuten Geheimdienste hinter diesen Fällen

Dem Havanna-Syndrom auf der Spur

Mysteriöse Krankheiten bei Botschaftspersonal – Kollektive Hysterie oder gezielte feindliche Anschläge?

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Herbst 2016 klagten Mitarbeiter der US-Botschaft in der kubanischen Hauptstadt Havanna erstmals über eine ganze Reihe unangenehmer Symptome. Diese reichten von Kopfschmerz, Schwindel und Schlaflosigkeit über Gedächtnisverlust, Sehstörungen und Ohrgeräusche bis hin zum Gefühl schmerzvoller Vibrationen im ganzen Kopf. Manche der Betroffenen wurden deshalb dienstunfähig oder litten jahrelang unter den Beschwerden.

Dieses sogenannte Havanna-Syndrom trat parallel auch bei US-Diplomaten in anderen Ländern auf. Zu diesen zählten China, Taiwan, Vietnam, Indien, Deutschland, Österreich, die Schweiz, Frankreich, Litauen, Serbien, Russland, Australien und Kolumbien – und gelegentlich ereigneten sich die sogenannten „Anormalen Gesundheitsvorfälle“ (AHI) sogar bei Beschäftigten im Weißen Haus in Washington. Insgesamt soll es jetzt bereits 1500 Geschädigte geben.

Am 1. April dieses Jahres berichtete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter Verweis auf gemeinsame Recherchen mit dem lettischen Investigativportal „The Insider“ und dem US-Fernsehmagazin „60 Minutes“, dass das Havanna-Syndrom vermutlich aus dem Einsatz einer Mikrowellen- oder Schallwaffe durch die berüchtigte Sondereinheit 29.155 des russischen Militärgeheimdienstes GRU resultiere. Als Beleg für diese Behauptung dienten unter anderem Aussagen über die Sichtung angeblicher russischer Agenten vor einigen US-Botschaften und -Konsulaten im Ausland.

Damit widersprachen der „Spiegel“ und die beiden anderen Magazine der Leiterin der United States Intelligence Community, Avril Haines, welche die Tätigkeit aller 18 Geheimdienste der USA koordiniert und eine Auslösung des Havanna-Syndroms durch gezielte Attacken „gegnerischer Staaten“ erst kürzlich als „höchst unwahrscheinlich“ bezeichnet hatte. Vielmehr seien die AHI die Folge von „Vorerkrankungen, gewöhnlichen Krankheiten und Umweltfaktoren“.

Allerdings gibt es Skeptiker, die Haines' Einschätzung nicht teilen und darauf verweisen, dass das US-Außenminister-

ium seit 2021 Entschädigungen an Betroffene nach einem Opferhilfe-Gesetz zahle, das abgekürzt wohl nicht zufällig „Havanna“ heißt (Helping American Victims Afflicted by Neurological Attacks). Vor diesem Hintergrund hielt der Schweizer Geheimdienstexperte Adrian Hänni eine gezielte Vertuschung der wahren Ursachen der AHI für möglich, weil die Angriffe – so sie denn tatsächlich stattfanden – vom Unvermögen der US-Geheimdienste künden, Washingtons diplomatische Vertretungen im Ausland zu schützen.

Nur zwei plausible Erklärungen

Dem stehen jedoch zwei Fachartikel entgegen, die beide am 18. März im „Journal of the American Medical Association“ erschienen. Im ersten Beitrag berichtet ein Team um Leighton Chan vom renommierten Bethesda Hospital der US-Marine über akribische Untersuchungen an 86 Personen mit dem Havanna-Syndrom. Dabei fanden die Ärzte keinerlei Hinweise auf objektive körperliche Veränderungen.

Offenbar führen die AHI bei den Probanden also lediglich zu subjektiven Beschwerden, welche nicht durch Biomarker im Blut oder an den Organen verifiziert werden können.

Ganz ähnlich lautet die Diagnose im zweiten Artikel der Arbeitsgruppe von Carlo Pierpaoli, die ebenfalls am Bethesda Naval Hospital tätig ist. Hirnscans von 81 Betroffenen des Havanna-Syndroms zeigten „keine signifikanten Unterschiede ... der Gehirnstruktur oder -funktion“ im Vergleich zu den Personen in einer Kontrollgruppe. Und das schließe die Verwendung von Mikrowellen aus, denn diese würden klar erkennbare Spuren im Körper hinterlassen.

Ebenso unwahrscheinlich ist, dass die Agenten der GRU-Sondereinheit 29.155, die auch für den mysteriösen Giftgasanschlag auf den Überläufer Sergeij Skripal verantwortlich gemacht wird, mit einer Schallwaffe arbeiteten. Zwar gibt es solche Systeme, doch diese erzeugen extremen Lärm und lassen sich daher nicht

unbemerkt zum Einsatz bringen. Möglich wäre das nur im Fall von Infra- oder Ultraschallkanonen, die für Menschen unhörbare Frequenzen nutzen. Tieffrequenter Infraschall ruft aber andere Symptome hervor, die zudem sofort abklingen, wenn die Exposition endet. Und hochfrequenter Ultraschall verbreitet sich kaum durch die Luft oder andere Medien, weswegen medizinische Ultraschalluntersuchungen auch direkten Hautkontakt erfordern.

Somit gibt es nur zwei plausible Erklärungen für die Entstehung des Havanna-Syndroms, wenn man bestehende neurologische Vorerkrankungen ausschließt: Entweder liegt hier ein Fall von kollektiver Hysterie vor, die zu psychosomatischen Beschwerden führt und vielleicht aus der besonderen mentalen Belastung während der Auslandseinsätze in einem oftmals feindseligen Umfeld resultiert. Oder aber die Symptome sind die Folge der Einwirkung bestimmter schädlicher Substanzen, zu denen beispielsweise Insektizide gehören.



In exponierter Lage für Strahlenangriffe: Die US-Botschaft in Havanna hinter einem rätselhaften Wald voller Fahnenmasten

MODERNE STRAHLENWAFFEN

Kanonen auf das Nervensystem

Es klingt wie aus einem Science-Fiction-Film – Doch Schall- und Mikrowellenwaffen, die mehr als nur Übelkeit erzeugen, gibt es längst

Obwohl es ausgesprochen unwahrscheinlich ist, dass Mikrowellen- oder Schallkanonen für das Havanna-Syndrom verantwortlich sind, existieren solche Waffensysteme in den Arsenalen Russlands, Chinas und der Vereinigten Staaten.

Zu den mittlerweile allgemein bekannten Schallwaffen zählt das Long-Range Acoustic Device (LRAD) der US-amerikanischen Firma Genasys. Das Gerät sendet hörbare akustische Signale im Bereich von 2100 bis 3100 Hertz aus, wobei der Schalldruckpegel 150 Dezibel (dB) erreichen kann. Zum Vergleich: Ab 85 dB drohen bei längerfristiger Einwirkung Hörschäden, und die Schmerzgrenze liegt bei 130 dB. Darüber hinaus kann das LRAD

auch schrille Töne erzeugen, die ebenfalls extrem unangenehm sind.

Der erste Einsatz der Waffe erfolgte im Dritten Golfkrieg 2003, in dem die USA zusammen mit einer „Koalition der Willigen“ Bagdad eroberten und den Diktator Saddam Hussein stürzten. Später wurde das LRAD auf Kreuzfahrtschiffen installiert und zur Piratenabwehr verwendet. So schlug die „Seabourn Spirit“ des britisch-amerikanischen Unternehmens Carnival Corporation am 5. November 2005 eine Gruppe somalischer Piraten mit der nicht-tödlichen Waffe in die Flucht. Außerdem nutzten die Sicherheitskräfte der USA die Schallkanone schon mehrfach, um wilde Demonstrationen

aufzulösen. Das geschah beispielsweise 2009 während des G20-Gipfels in Pittsburgh und 2014 anlässlich der Unruhen in der Kleinstadt Ferguson, die ausbrachen, nachdem ein Polizist einen Schwarzen erschossen hatte.

Kritiker des LRAD bemängeln, dass sein Einsatz zu bleibenden Hörschäden führen könne. Dahingegen meinen Sicherheitsexperten, es sei zu wenig wirksam, wenn der Gegner Ohrstöpsel verwende.

Neben dem LRAD besitzen die USA auch eine Mikrowellenwaffe namens Active Denial System (ADS). Diese wurde bereits in den 1980er Jahren vom Air Force Research Laboratory entwickelt, aber bis-

Sicherheitsexperten meinen, Schallwaffen seien zu wenig wirksam, wenn der Gegner Ohrstöpsel verwende

her nicht im Kampf eingesetzt. Sie wirkt in freiem Gelände bis zu einer Distanz von 500 Metern. Die hohe Strahlungsenergie erzeugt Schmerzreize an der Körperoberfläche der Getroffenen, die zur Flucht animieren sollen.

Das vom Rüstungskonzern Raytheon produzierte ADS steht seit Längerem in der Kritik, weil die Strahlendosis, welche die Zielperson erhält, kaum zu kontrollieren ist. So sind schwere Verbrennungen möglich, wenn der Getroffene nicht zurückweichen kann, in nasser Kleidung steckt oder metallische Gegenstände in den Taschen hat. Ganz abgesehen von der fatalen Wirkung auf die Augen, wenn keine Schutzbrille getragen wird. W.K.

MASSENSCHWINDEL

Ein klassischer Fall von Massenhysterie

Vorfälle von politischer Brisanz, bei denen zahlreiche Menschen mysteriöse Symptome entwickelten, gab es in der Vergangenheit schon einige. Ein typisches Beispiel hierfür ist die sogenannte Arjenyattah-Epidemie im israelisch besetzten Westjordanland. Zwischen dem 21. März und 3. April 1983 klagten 949 Personen in den Orten Arraba, Dschenin, Hebron und Yatta über Atemnot, Schwindel und Schmerzen in Kopf und Bauch. 77 Prozent der Betroffenen waren palästinensische Schulmädchen im Alter zwischen zwölf und 17 Jahren. Deshalb wurden schließlich alle Schulen im Westjordanland geschlossen.

Noch vor Abschluss der offiziellen Untersuchungen machte sich das Gerücht breit, Israel hätte schwefelhaltiges Giftgas eingesetzt. Daraufhin sprach die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa von einem „Massenmord in den besetzten Gebieten“, und der PLO-Chef Jassir Arafat bezeichnete die Vorgänge im Westjordanland als „Teil des geplanten und systematischen Genozids am palästinensischen Volk“. Umgekehrt behauptete die israelische Zeitung „Ha'aretz“, Terroristen der PLO hätten Nervengas freigesetzt, um einen Aufstand ihrer Landsleute zu provozieren. Das bewog schließlich den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, am 4. April 1983 auf eine unabhängige Untersuchung der „Vergiftungsfälle“ durch die Weltgesundheitsorganisation WHO zu drängen. Diese erbrachte dann allerdings den gleichen Befund, zu dem israelische und US-amerikanische Mediziner schon vorher gelangt waren.

Der schwefelige Geruch, über den die „Opfer“ in Arraba berichteten, kam aus einer defekten Toilette auf dem Schulhof. Und das gelbe Pulver, das in anderen Schulen für Panik gesorgt hatte, entpuppte sich als ganz gewöhnlicher Blütenstaub. Des Weiteren konnten weder im Blut noch im Urin der vermeintlich Betroffenen irgendwelche Giftstoffe nachgewiesen werden. Also war das Ganze ein klassischer Fall von Massenhysterie unter Teenagern. W.K.

Die unvollendete Republik

Vom Provisorium zum Nationalstaat der Deutschen hat die Bundesrepublik einen weiten Weg zurückgelegt. Ganz angekommen bei sich selbst und ihrem Land ist sie auch nach 75 Jahren noch nicht

VON RENÉ NEHRING

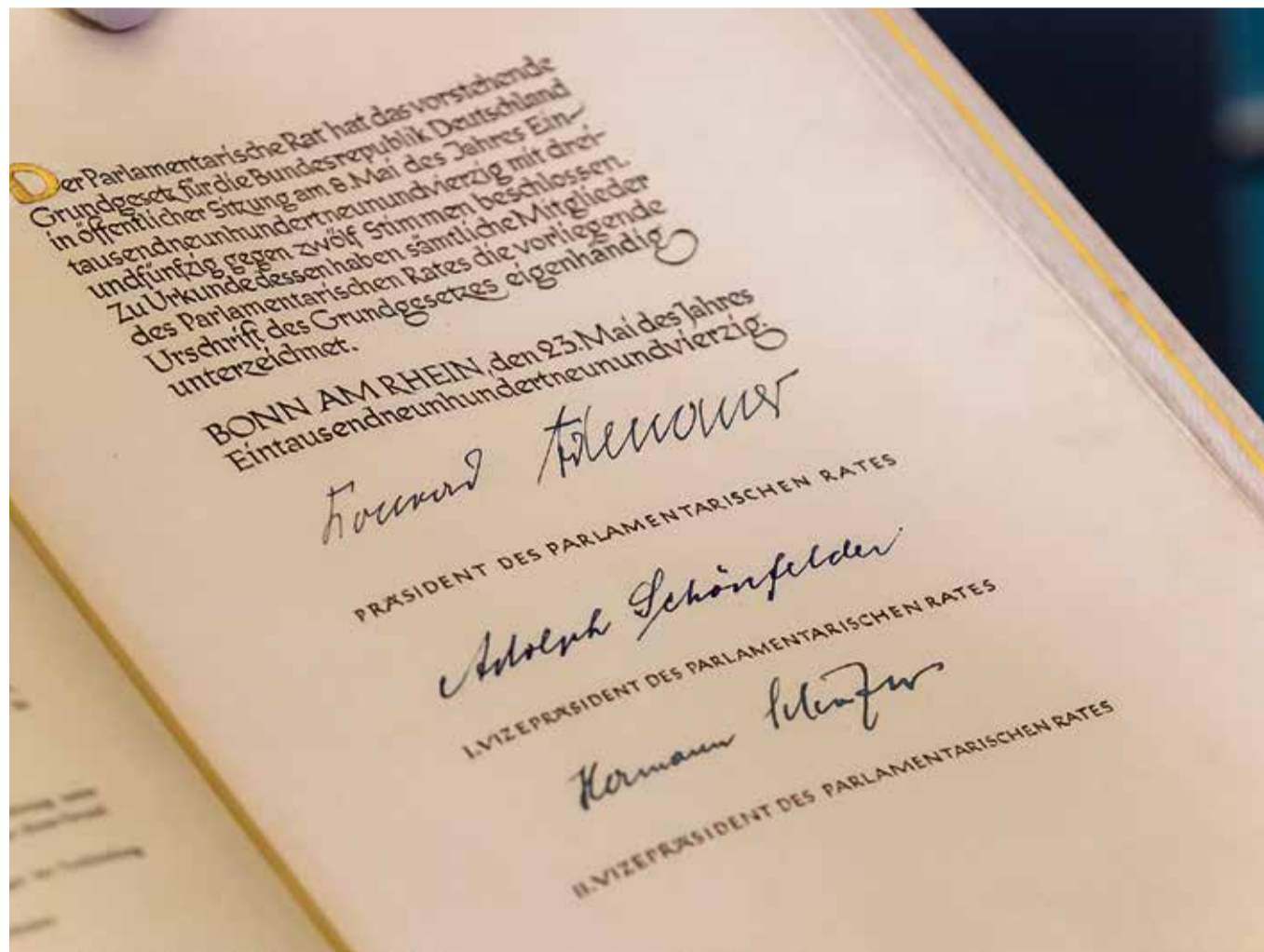
Die Intention war unmissverständlich. Als die Mitglieder des Parlamentarischen Rates am 23. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedeten, machten sie in jeder nur denkbaren Weise deutlich, dass sie hier lediglich ein Provisorium auf den Weg bringen wollten. So erklärte der Präsident der Versammlung, Konrad Adenauer, anlässlich der Verkündung des Grundlagendokuments, „der festen Überzeugung“ zu sein, „dass wir durch unsere Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes und auch zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und Verschleppten leisten. Wir wünschen und hoffen, dass bald der Tag kommen möge, an dem das ganze deutsche Volk unter dieser Fahne wieder vereint sein wird.“ Und er erwähnte auch, dass der Schritt notwendig sei, „um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“.

Auch sonst taten die Mitglieder des Parlamentarischen Rates alles dafür, dass ihr Vorhaben nicht als Staatsgründungsprojekt erschien, sondern als provisorische Neukonstituierung des seit der Verhaftung der Regierung Karl Dönitz am 23. Mai 1945 – auf den Tag genau vier Jahre zuvor – nicht mehr geschäftsfähigen deutschen Gesamtstaates. Beharrlich hatten sie sich geweigert, die Forderung der westlichen Besatzungsmächte zu erfüllen und einen Separatstaat zu gründen, stattdessen sprachen sie von einer überregionalen Organisation für die westlichen Besatzungszonen, die denn auch wegen ihres besonderen Status keine Verfassung, sondern lediglich ein „Grundgesetz“ erhalten sollte, das die wichtigsten Grundsätze festhielt. Und sowohl in der Präambel als auch im Schlussartikel 146 erklärten sie, dass es Aufgabe des deutschen Volkes sei, eines Tages eine Verfassung für die gesamte Nation zu beschließen.

Vom Provisorium zum Nationalstaat

Die Geschichte wollte es bekanntermaßen anders. Wenige Monate später, am 7. Oktober 1949, gründete die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone einen eigenen deutschen Staat, und zuvor war bereits der deutsche Osten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von allen Besatzungsmächten „unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt“ und die dort angestammte Bevölkerung vertrieben worden. Damit freilich war die volle Umsetzung des proklamierten Zieles – die staatliche Vereinigung Deutschlands in den Grenzen vor den nationalsozialistischen Eroberungszügen – von Beginn an fragwürdig. Gleichwohl hielten für immerhin zwei Jahrzehnte alle im Bundestag vertretenen Parteien und anschließend noch eine Hälfte des Parlaments die Forderung auf die staatliche Vereinigung mit Ostpreußen, Pommern, Schlesien und der Neumark aufrecht und gaben diese offiziell erst auf, als die Alliierten den Verzicht auf den Osten zur Voraussetzung für ihre Zustimmung zur Vereinigung von West- und Mitteldeutschland erhoben.

Dass selbst diese beiden Landesteile lange Zeit nicht zueinanderfanden, lag daran, dass die beiden deutschen Nachkriegsstaaten umgehend zum Frontgebiet des Kalten Krieges wurden und der Eisernen Vorhang sie voneinander trennte. Den Kampf der Systeme gewann der Westen haushoch. Während die DDR aufgrund der kommunistischen Mangelwirtschaft ständig mit Versorgungsengpässen zu kämpfen hatte, sorgten D-Mark und „Wirtschaftswunder“ für einen zuvor nicht gekannten Wohlstand – und eine immer größere Sogwirkung auf die Brüder und Schwestern im Osten. Ihre Niederlage im Systemwettbewerb gestanden die DDR-Macht-haber bereits im August 1961 ein, als sie eine



Ein „wesentlicher Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes“: Das Original des Grundgesetzes

Mauer durch Berlin zogen und die Grenze zu den westlichen Besatzungszonen zum Todesstreifen ausbauten. Als dann 1989 die DDR auch offiziell am Ende war, hatte sie dem Einheitsdrang ihrer Bürger nichts entgegenzusetzen, sodass die Vereinigung nahezu vollständig zu den Bedingungen des westlichen Teilstaates erfolgte. Der sichtbarste Ausdruck dieser Kapitulation war, dass Bundesrepublik und DDR zwar einen Einigungsvertrag schlossen, der zahlreiche Modalitäten des täglichen Lebens regelte, staatsrechtlich jedoch die Vereinigung durch den Beitritt der wiedergegründeten Länder der DDR zum Geltungsreich des Grundgesetzes erfolgte.

Spätestens damit – sowie mit dem „Zweipus-Vier-Vertrag“ (offiziell: „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“) – war aus dem Provisorium Bundesrepublik ein Nationalstaat geworden – und aus der bescheiden „Grundgesetz“ genannten Gründungsurkunde eine gesamtdeutsche Verfassung. Doch anstatt auf diese Erfolgsgeschichte – zu der neben dem Sieg im Kampf der Systeme auch die Integration von Millionen Ostvertriebenen, Flüchtlingen aus der DDR sowie ausländischen Gastarbeitern nicht zuletzt auch ein hohes Ansehen in der internationalen Staatengemeinschaft gehört – stolz zu sein und daraus gar ein zeitgemäßes positives Verhältnis zum eigenen Land zu entwickeln, erfasste die führenden Repräsentanten von Politik und Gesellschaft schnell ein großes Misstrauen gegen die eigene Nation – und der Wunsch, diesem Deutschland durch ein Aufgehen in einem vereinten Europa möglichst zu entfliehen.

Flucht aus der Nation

Ursache für diese in anderen Ländern undenkbare Haltung waren diverse innere Häutungen, die die Bundesrepublik während der Jahre der Teilung durchlebte. Hatte sie in den 50er Jahren noch den Anspruch erhoben, der einzige rechtmäßige deutsche Staat zu sein, so setzte zu Beginn der 70er Jahre nicht nur die Neue Ostpolitik ein, die auf die faktische Anerkennung zweier deutscher Staaten hinauslief, sondern es entwickelte sich nach und nach geradezu eine Absetzbewegung aus der eigenen Nation. Die Westbindung, als Folge sicherheits- und militärpolitischer Weichenstellungen im Kalten Krieg durchaus im Interesse des Landes, wurde nach und nach zur schicksalhaften Verortung der Nation erklärt.

Der Wunsch nach Wiedervereinigung – immerhin das höchste Ziel des Grundgesetzes – wurde als „Lebenslüge der Deutschen“ verunglimpft. Und an die Stelle traditioneller Liebe zu Heimat und Vaterland sollte nach dem Willen nicht weniger Intellektueller ein „Verfassungspatriotismus“ treten.

Allein über die Flucht zahlreicher Westdeutscher aus der eigenen Nation und ihrer Geschichte ließen sich ganze Bücher schreiben. Zu den wirkmächtigsten Ursachen gehört, dass die Bundesrepublik zwar in der Kontinuität des Deutschen Reiches gegründet worden war, im politischen Alltag jedoch – neben dem ideologischen Kampf mit der DDR – vor allem damit beschäftigt war, die Trümmer zusammenzukehren, die dieses Reich hinterlassen hatte. Dass mit dem Wirtschaftswachstum schon bald ein nie gekannter Wohlstand einsetzte, verstärkte derweil die Überzeugung, dass mit der Ausrufung der Bundesrepublik etwas völlig Neues eingesetzt habe, das mit dem Geschehen davor rein gar nichts zu tun hat.

Spuren einer Entfremdung

Hinzu kamen „Bildungsreformen“, die seit den 70er Jahren dazu führten, dass nachwachsende Generationen immer weniger mit Goethe und Schiller, Kant und Schopenhauer, Dürer und Riemenschneider oder auch Kopernikus und Adam Ries etwas anzufangen wussten. Das Wissen um die eigene Geschichte verkümmerte, bis irgendwann kaum mehr übrigblieb als die Erinnerung an die NS-Zeit und den Holocaust. Hinzu kam nicht zuletzt die Kraft des Faktischen einer jahrzehntelangen Teilung. Dass Fahrten in die DDR oder gar in den nun fremd verwalteten deutschen Osten mit allerlei Schikanen verbunden waren, während Urlaubsreisen ins Ausland – vor allem gen Süden – immer einfacher und erschwinglicher wurden, führte mit der Zeit dazu, dass die Strände der Adria, der Ägäis und erst recht der Baleareninsel Mallorca den Westdeutschen oft näher waren als die Sandburgen Rügens oder gar die Dünen der Kurischen Nehrung. Das Ergebnis dieser langen Entfremdung der Deutschen im Westen von ihren eigenen Ursprüngen war ein Staat, der sich den Ruf erwarb, ökonomisch ein Riese zu sein und politisch ein Zwerg.

Immerhin zeigte sich nach dem Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989, dass die Deutschen noch immer ein Zusammengehörig-

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates taten alles dafür, dass ihr Vorhaben nicht als Staatsgründungsprojekt erschien, sondern als provisorische Neukonstituierung des seit der Verhaftung der Regierung Karl Dönitz nicht mehr geschäftsfähigen deutschen Gesamtstaates

keitsgefühl verband, das weit über den Jubel für die Fußballnationalmannschaft hinausreichte. So dauerte es vom Rücktritt des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am 18. Oktober 1989 bis zur staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990 nicht einmal ein ganzes Jahr. Noch erstaunlicher ist das Schultern der finanziellen Kosten des Einigungsprozesses, die trotz der Höhe von jährlich etwa 100 Milliarden Euro von keiner politischen Kraft je in Frage gestellt wurden. Und in den Tagen dramatischer Naturkatastrophen wie den Hochwassern an Oder (1997) und Elbe (2002), als Bayern, Hessen und Rheinländer ihren Jahresurlaub opferten, um in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen Deiche zu bauen, zeigte sich, dass die Deutschen noch immer durch ein tiefes Gefühl des Zusammenhalts verbunden sind, dass niemand verordnen kann.

Was einen Staat zusammenhält

Womit wir bei der Gegenwart wären. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zweifellos zu den großen Erfolgskapiteln der deutschen Geschichte. Seit Jahrzehnten erfahren der Staat und seine Institutionen hohe Zustimmungswerte in Meinungsumfragen, im Ausland ist die Bundesrepublik ein angesehener Bündnispartner. Und doch zeigen schon die regelmäßigen Beschwörungen von Spitzenpolitikern, heute „im besten Deutschland, das es je gab“ zu leben, dass dem Verhältnis der Deutschen zu ihrem Staat auch nach 75 Jahren noch immer etwas Selbstverständliches fehlt. Ein Grund dafür mag sein, dass die Bundesrepublik als Provisorium angefangen und sich erst nach und nach zum Nationalstaat gemausert hat. Ein anderer Grund mag indes sein, dass – siehe oben – noch immer zahlreiche Eliten dieses Staates mit ihrer Nation fremdeln. Was wiederum die Frage aufwirft, warum sich die Angehörigen dieser Nation für sie erwärmen sollen.

Zu den großen Leistungen der Bundesrepublik gehört auch das sogenannte Böckenförde-Diktum aus dem Jahre 1964, das – nach dem Staats- und Rechtsphilosophen Ernst-Wolfgang Böckenförde benannt – mit den Worten „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ kurz und bündig das Dilemma beschreibt, dass moderne politische Systeme – so sie nicht mit Zwang regiert werden – nicht nur von theoretischen Texten wie einer Verfassung getragen werden, sondern von einem tiefen Gefühl der Zusammengehörigkeit der Bürger untereinander sowie der gemeinsamen Akzeptanz überlieferter Normen und Werte.

Hier liegt – bei allen Erfolgen der letzten Jahrzehnte – ein großes Manko der Bundesrepublik und vor allem ihrer Eliten der jüngeren Vergangenheit. Die Folgen der Globalisierung, in der immer mehr Menschen grenzübergreifend arbeiten, kulturelle Angebote konsumieren oder quer durch die Welt reisen, führen bei zahlreichen politischen Entscheidungen und medialen Großkommentatoren zu dem Glauben, dass Nationalstaaten nicht mehr gebraucht würden. Doch hängt gerade in einer sich permanent verändernden Welt die fortdauernde Bereitschaft der Bürger zur Einhaltung von Gesetzen sowie zur Zahlung von Steuern und Abgaben an den Staat wesentlich davon ab, was sie mit diesem Staat verbinden. Böckenförde, Jahrgang 1930, sowie erst recht den Müttern und Vätern des Grundgesetzes, die allesamt im Kaiserreich geboren waren, war durchaus bewusst, dass eine Verfassung allein noch keinen Staat macht.

Insofern sind all jene, die es gut mit den Deutschen und ihrer Republik meinen, gut beraten, weniger den Neubeginn in der deutschen Geschichte – den die Gründung der Bundesrepublik zweifellos markiert – zu betonen als vielmehr die Kontinuität, in der sich nicht zuletzt ihre prägenden Gründer vor 75 Jahren selbst sahen.

● MELDUNGEN

Windrad unter Denkmalschutz

Potsdam – Erstmals in Deutschland sind im Bundesland Brandenburg zwei defekte Windräder unter Denkmalschutz gestellt worden. Mit der Entscheidung der Denkmalschutzbehörde ersparen sich die Eigentümer der Windräder den Rückbau der Anlage und damit Zehntausende Euro an Abrisskosten. Nach Angaben einer Vertreterin der Denkmalschutzbehörde ist es bei der Prüfung unerheblich, ob ein Schutzantrag gestellt wird, weil der Antragsteller dadurch Geld sparen will. Bei den nun unter Denkmalschutz stehenden Windrädern handelt es sich um zwei Anlagen mit 38 Metern Nabenhöhe in Schünow, Landkreis Teltow-Fläming. Beide Windräder sind 1992 als Teil des ersten Windparks in Brandenburg ans Netz gegangen. Der Verein WindKraftArche plant, die beiden Windräder zu reparieren und auch wieder in Betrieb zu nehmen. Kritik an der Entscheidung der Denkmalschutzbehörde kommt allerdings von der Ortsvorsteherin Schünows Regina Pankrath. Sie kündigte an, Akteneinsicht beim Landesamt für Denkmalpflege nehmen zu wollen und möglicherweise auch Klage einzureichen. *H.M.*

● IN EIGENER SACHE

Neue Preise ab dem 1. Juli

Hamburg – Redaktion und Verlag der *Preußischen Allgemeine Zeitung* sind stets bemüht, die Kosten für die Herstellung dieser einzigartigen Stimme in der Medienlandschaft – und damit auch die Preise für unsere Leser – niedrig zu halten. Leider zwingen uns allgemeine Kostensteigerungen – etwa für Druck und Vertrieb – dennoch immer wieder zu einer Anpassung der Preise. Der Inlands-Abonnement-Preis für die Druckausgabe steigt ab 1. Juli 2024 auf 18 Euro im Monat, also 216 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 20,50 Euro monatlich (24,50 Euro bei Versand per Luftpost). Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 12 Euro pro Monat, für das Kombi-Abo aus Druck-/E-Paper 19,50 Euro im Monat. Im Einzelverkauf am Kiosk kostet die PAZ künftig 4,40 Euro. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir die Abonnenten um die rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen. Auch nach dieser Preisanpassung bleibt die PAZ deutlich günstiger als vergleichbare Zeitungen.

Redaktion und Verlag der PAZ

Richtigstellung

Hamburg – In der Rezension „Die Frau, die aus der Kälte kam“ von Holger Fuß in PAZ 18/2024 heißt es: „Hacks wurde Wagenknechts intellektueller Übertreiber. Flankiert wird der Poet von seinem Freund, dem Star-Interviewer André Müller, 1946 im Brandenburgischen zur Welt gekommen, in Österreich aufgewachsen, der das journalistische Genre Interview mit berühmten Zeitgenossen zu literarischem Rang erhob.“ Der hier beschriebene Journalist André Müller, als dessen Witwe ich Ihnen schreibe, stand niemals in Kontakt oder gar im Briefwechsel mit Peter Hacks, geschweige denn war er mit Sahra Wagenknecht bekannt.

Christine Gerstcker



Personifiziert mit der Spionageaffäre um seinen deutsch-chinesischen Mitarbeiter Jian G. und seinem gestörten Verhältnis zu Le Pen die derzeitige Malaise seiner Partei: Der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl Maximilian Krahl *Foto: Vincent Eisfeld*

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

In doppelter Bedrängnis

Weder auf nationaler noch auf EU-Ebene hat die AfD es derzeit leicht

VON PETER ENTINGER

Als die Alternative für Deutschland vor Monaten ihre Liste zur anstehenden Europawahl aufstellte, was schon nicht ohne Nebengeräusche passierte, da wählten sich die Parteigranden noch siegessicher. Möglichst viele Listenplätze sollten besetzt werden, schließlich sei ein Ergebnis zwischen 25 und 30 Prozent realistisch. Nun, drei Wochen vor dem Urnengang, sieht die Welt anders aus. Die ohnehin streiterprobte Partei steht unter vierfachem Druck.

Der politische Gegner hat die Dauerschreiben spätestens seit dem „Potsdamer Geheimtreffen“ maximal angezogen. Intern fliegen die Fetzen, und auch auf europäischer Bühne gibt es Turbulenzen. Hinzu kommen hausgemachte Probleme. Ein Mitarbeiter des EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krahl wurde kürz-

lich festgenommen, er soll für China spioniert haben. Die Nummer 2 auf der Liste, Petr Bystron, soll Geld aus russischen Quellen kassiert haben. Bewiesen ist zwar nichts, doch die Verteidigungsstrategie der Partei ist dünn. Abtauchen und wegducken lautet sie.

„Wir werden darauf achten, dass Meinungen und Positionen in der AfD niemals käuflich sein werden“, sagte Parteichef Tino Chrupalla. Wer käuflich sei, müsse gehen. Der Parteichef fügte aber auch hinzu: „Es muss auch bewiesen und nachgewiesen werden.“ Der Sachse setzt auf Zeit, doch die läuft der Partei davon. Noch vor einem halben Jahr wollten 23 Prozent bei der Europawahl die Rechtspartei wählen. Zuletzt waren es noch 15 Prozent. Tendenz rapide fallend.

Gleich unter vierfachem Druck

Wenn die Partei ein halbwegs ordentliches Ergebnis erzielt, dann aufgrund ihrer

Stabilität in den östlichen Bundesländern. Im Westen befindet sich die AfD gefühlt in einem Stadium der Selbstauflösung. In Hamburg schloss die Fraktion kürzlich eine Abgeordnete aus, in Bayern hält die Fraktion dagegen am Skandal-Abgeordneten Daniel Halemba fest, dem neben zahlreichen politischen Unappetitlichkeiten nun auch noch ein Verfahren wegen Geldwäsche droht. Der Bundesvorstand würde ihn gerne ausschließen, stößt aber vor Ort auf taube Ohren. In Niedersachsen wird derweil munter gegen den amtierenden Landesvorsitzenden geschossen, in Baden-Württemberg stellt man die Rechtmäßigkeit der Neuwahl in Frage.

In Bremen besteht die Partei nur noch auf dem Papier, und im Saarland ist der Karren derart festgefahren, dass die AfD in der Landeshauptstadt Saarbrücken nicht einmal mehr zur Stadtratswahl antreten kann. Zwei verschiedene Lager hatten zwei konkurrierende Listen eingereicht.

CORONA-PANDEMIE

Tongji-Klinikum stand im Zentrum des Ausbruchs

Möglicherweise ist SARS-CoV-2 im Deutsch-Chinesischen Freundschaftskrankenhaus Wuhan entstanden

Im Zentrum des Ausbruchs der ersten 174 COVID-19-Fälle stand das Tongji-Klinikum. Das hat Michael Worobey vom Department of Ecology and Evolutionary Biology der University of Arizona nachgewiesen. Das Tongji-Klinikum wurde im Jahr 1900 von dem deutschen Arzt Erich Paulun gegründet und zog 1950 von Schanghai nach Wuhan um. Es firmiert schon seit Jahrzehnten als „Deutsch-Chinesisches Freundschaftskrankenhaus“. Von 2009 bis 2018 war das Tongji-Klinikum wie das Institut für Virologie Wuhan (WIV) in das Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Transregional 60“ (TRR60) eingebunden. 2017 resultierte daraus die Einweihung eines Biosicherheitslabors der Stufe 2.

Als Hauptziel der Zusammenarbeit mit deutschen Einrichtungen galt die Erforschung virusbedingter Krankheiten

wie Aids und Hepatitis B (Serumhepatitis). Die Beteiligten interessierten sich aber auch für das tödliche Coronavirus MERS und andere RNA-Viren. Das belegt nicht zuletzt das Programm eines gemeinsamen Symposiums im Oktober 2015, an dem die beiden Corona-Experten Christian Drosten von der Berliner Charité und Shi Zhengli vom WIV teilnahmen. Und diese Konstellation könnte möglicherweise gravierende Folgen gehabt haben.

Sprecher des Sonderforschungsbereiches TRR60 war Ulf Dittmer, der Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Essen. Dessen Arbeit zielte vor allem darauf ab, Impfstoffe gegen Aids/HIV und Hepatitis B zu entwickeln, wie zahlreiche gemeinsame Fachaufsätze mit chinesischen Kollegen belegen. Besonders bemerkenswert ist dabei ein Artikel mit dem Titel „Die V1-Region von

gp120 wird während der SIV/HIV-Übertragung bevorzugt ausgewählt und ist für die Hüllfunktion und Virusinfektion unverzichtbar“, der 2016 in „Virologica Sinica“ erschien. Darin heißt es, dass man eine Region im Genom des HI-Virus identifiziert habe, die den Aids-Erreger in die Lage versetze, den menschlichen Organismus zu befallen.

Diese beiden kurzen Erbgut-Segmente, die aus Aminosäuren des Glycoproteins 120 bestehen, decken sich mit drei der vier sogenannten Inserts beziehungsweise Einfügungen, die indische Forscher um Prashant Pradhan im Coronavirus SARS-CoV-2 gefunden haben. Davon zeugt deren seinerzeit stark beachteter, aber mittlerweile wieder in Vergessenheit geratener Aufsatz „Unheimliche Ähnlichkeit einzigartiger Inserts im 2019-nCoV-Spike-Protein mit HIV-1 gp120 und Gag“, der bereits am 31. Janu-

Die Querelen zeigen Wirkung. Die Partei, von der es hieß, sie könne einen Besenstil aufstellen und würde dennoch gewählt, brach in der jüngsten Landesumfrage um 14,5 Prozentpunkte auf acht Prozent ein. Beobachter konstatieren, die AfD sei in zahlreichen Westverbänden kaum noch wahlkampffähig.

Kritik aus Italien und Frankreich

Der Dauerstreit wird auch im Ausland aufmerksam verfolgt. In Italien diskutiert das regierende Rechtsbündnis unter Giorgia Meloni mit zunehmender Schärfe über den Kurs mit der AfD. Melonis Partei „Brüder Italiens“ (FdI) gehört der nationalkonservativen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) im EU-Parlament an. Die Forza Italia von Außenminister Antonio Tajani sitzt mit den Christdemokraten in der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammen, und Matteo Salvini Lega ist mit der AfD in der Fraktion Identität und Demokratie (ID) verbunden, genau wie die Franzosen des Rassemblement National (RN, Nationale Sammlung).

„Wir werden niemals Verbündete der AfD sein, weil sie alternativ zu all unseren Werten ist“, sagte Tajani unlängst. Salvini hingegen sieht noch keinen Grund, sich von den Deutschen zu distanzieren. Dass wiederum hat Marine Le Pen vom RN längst getan. Die Französin hat den Parteivorsitz an den jungen Kronprinzen Jordan Bardella (siehe Seite 6) abgegeben und möchte sich auf die kommende Präsidentschaftswahl konzentrieren. Der Wirbel um das angebliche Potsdamer Geheimtreffen hat sie sehr verärgert. Chrupallas Co-Vorsitzende Alice Weidel trat den „Canossa-Gang“ nach Paris an, um die Wogen zu glätten. Das gelang nur vordergründig.

Insgeheim bewundert Le Pen die Italienerin Meloni, die es in Windeseile geschafft hat, die Schatten der neofaschistischen Parteigeschichte zu vertreiben. In Brüssel und Straßburg ist die italienische Ministerpräsidentin mittlerweile eine Gesprächspartnerin auf Augenhöhe. Zudem hat Le Pen nicht vergessen, dass AfD-Mann Krahl im zurückliegenden Präsidentschaftswahlkampf Le Pens Konkurrenten Eric Zemmour unterstützt hat.

Spannungsfrei ist das Verhältnis der beiden „starken Frauen“ allerdings auch nicht. Le Pen stichelte vor Monaten, Meloni fahre einen Kurs der Beliebigkeit. Die revanchierte sich, indem sie einen von Le Pen zu Zemmour übergelaufenen Abgeordneten in die EKR-Fraktion aufnehmen ließ. Solche Querelen sind Alltag in Straßburg. Was nichts daran ändert, dass die AfD derzeit für keine Fraktion ein attraktiver Partner ist.

ar 2020 auf der Vorveröffentlichungsplattform BioRxiv zu lesen war.

Angesichts dessen hält das kritische Internetportal „Science Files“ es für möglich, dass die von Dittmer und dessen Team entdeckten HIV-Genom-Stücke später in das natürlich vorkommende Fledermaus-Coronavirus RaTG13 aus einer Höhle in der chinesischen Provinz Yunnan eingefügt wurden und dass dadurch das neuartige Virus SARS-CoV-2 entstand, das aufgrund der zusätzlichen Segmente aus dem Erbgut des Aids-Erregers nun auch Menschen infizieren kann.

Ob die eventuelle Manipulation des Virus eher in einem WIV- oder einem Tongji-Labor erfolgte, lässt „Science Files“ offen. Allerdings legen die eingangs erwähnten Untersuchungen von Worobey nahe, dass das Tongji-Klinikum aufgrund seiner Lage in Wuhan der wahrscheinlichere Kandidat ist. *Wolfgang Kaufmann*

KONTROVERSE

Israel-Hass erfasst Berliner Hochschulen

„Mob von Antisemiten“: Heftiger Streit um „Protestcamp“ auf dem Gelände der Freien Universität

VON HERMANN MÜLLER

Fast 150 pro-palästinensische Demonstranten haben am 7. Mai versucht, an der Freien Universität Berlin (FU) einen Innenhof zu besetzen und Zelte aufzubauen. Ziel der Demonstranten war es offenbar, nach dem Vorbild von Besetzungen von Unis in den USA auf dem Gelände der FU ein Protestcamp einzurichten. Die Protestierer forderten die Universitäten in Berlin unter anderem dazu auf, sich für eine Waffenruhe im Gazastreifen einzusetzen und Israel „akademisch und kulturell“ zu boykottieren.

Nach Angaben der Berliner Polizei war es bei der versuchten Uni-Besetzung auch zu „volksverhetzenden Aufrufen“ gekommen. Insgesamt wurden 80 Strafereignisse eingeleitet. Der Lehrbetrieb wurde an der FU für den Tag sogar weitgehend eingestellt. Berlins Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) stellt nach der Protestaktion in Frage, ob es sich bei den Akteuren tatsächlich ausschließlich um Studenten gehandelt hat.

Weil die Leitung der Universität das Gelände von der Polizei räumen ließ, sieht sie sich scharfer Kritik ausgesetzt. Etwa 300 Lehrkräfte verschiedener Berliner Hochschulen stellten sich hinter die Protestaktion an der Freien Universität. In dem Schreiben der Dozenten heißt es: „Unabhängig davon, ob wir mit den konkreten Forderungen des Protestcamps einverstanden sind, stellen wir uns vor unsere Studierenden und verteidigen ihr Recht auf friedlichen Protest, das auch die Besetzung von Uni-Gelände einschließt.“ Die Lehrkräfte fordern die Universitätsleitungen zudem auf, „von Polizeieinsätzen gegen ihre eigenen Studierenden ebenso wie von weiterer strafrechtlicher Verfolgung abzusehen“.

Inzwischen hat die Unterstützer-Erklärung der Berliner Hochschuldozenten für die pro-palästinensischen Proteste scharfe Reaktionen ausgelöst. Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger zeigte sich empört und fassungslos. Dass es sich bei den Unterstützern der Proteste um Lehrkräfte handele, sei „eine neue Qualität“, so die FDP-Politikerin. Gerade sie müssten „auf dem Boden des Grundgesetzes stehen“. Die stellvertretende



„Tiefpunkt“: Anti-Israel-Demonstranten am 7. Mai auf dem Campus der Freien Universität Berlin

Foto: pa/reuters

Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Lindholz, bezeichnete den Protestbrief der Dozenten sogar als einen „Tiefpunkt für die deutsche Wissenschaft“. Lindholz sagte, sie habe kein Verständnis dafür, „wenn Professoren und Dozenten einen Mob von Antisemiten und Israelhassern verteidigen“.

Aus den USA herübergeschwappt

Als Vorbild für den Protest an der FU sehen Beobachter die Besetzung der Columbia-Universität in den USA. An der New Yorker Hochschule hatte Ende April nach der Eskalation pro-palästinensischer Proteste ein Großaufgebot der Polizei das Gelände von protestierenden Studenten geräumt. Mehr als hundert Studenten nahm die Polizei dabei in Gewahrsam. Die Leitung der Universität erklärte nach der Räumung, dass „die Arbeit der Universität nicht endlos durch Demonstranten gestört werden kann, die gegen die Regeln verstoßen“. Auch an anderen Universitäten der USA sorgt der Krieg in Gaza seit

Wochen für Spannungen. Angesichts der Studentenproteste wächst bei den US-Demokraten inzwischen die Sorge, die Entwicklung an den Universitäten könnte Joe Biden im Herbst den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen kosten. Senator Bernie Sanders (Demokraten) zog beispielsweise Parallelen zur Amtszeit des Präsidenten Lyndon B. Johnson. Unterstützung für Israel könnte seiner Präsidentschaft ähnlich schaden wie der Vietnamkrieg Johnson in den 1960er Jahren geschadet habe.

Gegenüber dem Nachrichtensender CNN sagte er: „Dies könnte Bidens Vietnam werden.“ Nicht nur laut der Darstellung von Sanders, der dem radikal-linken Flügel der Biden-Partei zugeordnet wird, entschied sich der Demokrat Johnson im Jahr 1968 wegen der Opposition gegen seine Ansichten zum Vietnamkrieg dafür, auf eine nochmalige Präsidentschaftskandidatur zu verzichten.

Auch wenn Biden sich im August auf dem Parteikonvent der US-Demokraten

entscheidet, für eine weitere Amtszeit zu kandidieren, kann ihn sein Verhalten gegenüber Israel und der Umgang mit den Studentenprotesten möglicherweise den Sieg kosten. Selbst wenn Bidens Haltung zu Israel nur von einer Minderheit unter den Wählern der Demokraten kritisch gesehen wird, kann dies bei der Präsidentschaftswahl im November wahlentscheidend sein.

Gleiches gilt für den Fall, dass Biden die Proteste an den Universitäten weiter laufen lässt. Gerade bei Wähler der politischen Mitte könnte nämlich der Eindruck entstehen, dass Biden es zulässt, dass Elite-Einrichtungen wie die Columbia-Universität nach den Übertreibungen der Woke-Ideologie und der Critical-Race-Theorie endgültig im Chaos versinken und aufhören, Stätten von Forschung und Lehre zu sein.

Auch in dieser Hinsicht folgen viele deutsche Hochschulen, auch in Berlin, dem bedenklichen Vorbild der US-Universitäten.

PARTEITAG

Grüne wollen Verfassungsschutz umbauen

Mit neu zu gründendem Institut soll die „Zivilgesellschaft“ in den Geheimdienst eingebunden werden

Trotz einer tiefen Spaltung zwischen Parteilinken und sogenannten Realos haben sich die Berliner Grünen auf ein Papier zur Neuordnung des Verfassungsschutzes geeinigt. Bei nur vier Enthaltungen und ohne Gegenstimmen nahmen die Delegierten des Landesparteitags am 4. Mai einen entsprechenden Leitantrag der Landesspitze an.

Nach den Vorstellungen der Hauptstadt-Grünen soll es beim Verfassungsschutz künftig eine Struktur geben, die auf zwei Säulen ruht. Dabei soll es wie bisher einen Bereich geben, der sich um die nachrichtendienstliche Arbeit kümmert. In Berlin existiert kein eigenständiges Landesamt für Verfassungsschutz; wie in Brandenburg ist der Verfassungsschutz hier direkter Teil des Innenressorts.

Über die bisherigen Aufgaben hinaus wollen die Grünen beim Verfassungsschutz künftig auch „wissenschaftliche

Analyse“ einfließen lassen und die sogenannte Zivilgesellschaft beteiligen. Diese Aufgaben sollen in einem neu zu gründenden Institut zur Erforschung antidemokratischer Tendenzen gebündelt und ausgelagert werden. Dabei soll es sich nach Darstellung der Partei um ein unabhängiges Institut handeln. Allerdings könnte unter dem Etikett „unabhängig“ im Extremfall eine Institution entstehen, die mit Steuergeldern finanziert wird, jedoch jeglicher Kontrolle, insbesondere durch das Parlament, entzogen wäre.

Aus Sicht der Parteitagdelegierten soll die neue Doppelstruktur die Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes stärken, zudem solle Sachverstand in Wissenschaft und Zivilgesellschaft über verfassungsfeindliche Bestrebungen systematisch genutzt werden. Der gewünschten neuen Struktur haben die Grünen auch gleich vorab eine politische Marschrichtung

erteilt: Die Verfassungsschützer sollen ihre „jahrelange Blindheit auf dem rechten Auge“ überwinden, statt „linken Protest“ zu stigmatisieren. Zur Begründung für die neue Doppelstruktur heißt es: „Die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder sind ihren Aufgaben durch ihre langjährige Blindheit auf dem rechten Auge und Stigmatisierung linken Protestes, dem Versagen im NSU-Komplex, V-Leute-Skandalen und Fehlern im Zusammenhang des Breitscheidplatz-Anschlages zu oft nicht gerecht geworden.“

„Auf dem rechten Auge blind“

Wie das Abstimmungsergebnis zu dem Leitantrag zeigt, hat die Parteispitze offenbar ein Konzept vorgelegt, das von allen Parteiflügeln mitgetragen wird. Allerdings hatten nach Darstellung der „taz“ einige sogenannte Realos zuvor noch „die Arbeit des Verfassungsschutzes über den

grünen Klee“ gelobt, während „gemäßigte Realos“ und Parteilinke eine grundlegende Neuordnung gefordert hatten. Für Teile der Grünen gehört sogar der Ruf nach kompletter Abschaffung des Verfassungsschutzes noch immer zu den Standardforderungen.

Während die Partei beim Thema Verfassungsschutz einen Kompromiss gefunden hat, sind Berlins Grüne bei der Frage der Enteignung von Wohnungsgesellschaften noch immer tief gespalten. Auf dem Parteitag brachte der Kreisverband Berlin-Mitte einen enteignungskritischen Antrag ein, den Beobachter als Abkehr vom bisherigen Parteikurs werten. Für diesen Antrag stimmten am Ende immerhin 43 Prozent der Delegierten, vor allem aus Mitte, Pankow, Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf und Spandau, allesamt Kreisverbände, die Hochburgen der sogenannten Realos sind. H.M.

KOLUMNE

Chancen

VON VERA LENGSELD

Von Berlins Schulen hört man viel, aber selten etwas Gutes. Gewalt auf Schulhöfen ist ein Dauerthema, Schüler, die ohne jede Deutsch-Kenntnis in die Schule kommen, obwohl sie in Deutschland geboren wurden, ja sogar ganze Klassen von Sitzenbleibern. Schultoiletten sind nach wie vor ein Sanierungsfall, das Unterrichtsmaterial knapp, noch knapper sind die Lehrkräfte.

Die Verbeamtung der Lehrer scheint sich auf die Erhöhung des Krankenstandes ausgewirkt zu haben, hört man hinter vorgehaltener Hand. Sportliche Wettbewerbe, Zensuren und Beurteilungen sind geächtet. Lehrer wagen es nicht mehr, ihren Schülern klare Ansagen zu machen, entsprechend sieht die Disziplin aus, besonders in den höheren, migrantisch geprägten Klassen. Dennoch hat das Berliner Bildungssystem einen großen Erfolg zu vermelden: Eine aktuelle Studie sieht die Bildungschancen in Berlin, dicht gefolgt von Brandenburg, „am wenigsten ungerecht“.

Donnerwetter! Was heißt das und wie kommt das zustande? Zwar entscheidet auch in Berlin das Einkommen und die Bildung der Eltern stark über die Bildung eines Kindes – aber die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind mit einem niedrigeren Bildungs- und Einkommenshintergrund ein Gymnasium besucht, ist in Berlin laut einer Studie des Ifo-Instituts etwas höher als in anderen Bundesländern. Die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs für Kinder aus Familien, in denen kein Elternteil Abitur hat, liegt in Berlin bei 37,1 Prozent. Deutschlandweit sind es nur 26,7 Prozent der Kinder mit diesem Hintergrund.

Als Grund für die etwas besseren Chancen sehen die Autoren die sechsjährige Grundschulzeit und die spätere Aufteilung auf weiterführende Schularten, nicht das niedrigere Anforderungsniveau an Berliner Gymnasien, das bewirkt, dass manche bayrischen Schüler in Berlin Abitur machen.

MELDUNG

Initiative für „Bauwende“

Berlin – Die Gruppe „Klimaneustart“ will bis September 20.000 Unterschriften sammeln, um eine „ökologische und soziale“ Bauwende im Land Berlin zu erreichen. Zuvor hatte dasselbe Bündnis für ein „Klimaneutrales Berlin“ zwar genügend Unterschriften gesammelt, aber in dem dann folgenden Volksentscheid die nötige Zustimmung von 25 Prozent der Wahlberechtigten verfehlt. Unter anderem sollen bei Neubauten „klimaverträgliche“ Baustoffe wie Holz zum Einsatz kommen. Auch leere Gebäude sollen in den Blick genommen werden – statt sie abzureißen. Sebastian Bartels vom Berliner Mieterverein unterstützt das Vorhaben: „Bauwende bedeutet nicht, dass nicht mehr gebaut wird, sondern dass richtig gebaut wird.“ Das „Schneller-Bauen-Gesetz“ des Senats sei „ideenlos“. Dass das Abgeordnetenhaus und der Senat die Forderungen der Initiative übernehmen, ist unwahrscheinlich. Denn erreicht die Initiative die erforderliche Stimmenzahl, muss sich das Landesparlament lediglich mit dem Vorhaben beschäftigen. F.B.

● MELDUNGEN

Asylverfahren auslagern

Brüssel – Eine Gruppe von EU-Staaten setzt sich bei der EU-Kommission für die Auslagerung von EU-Asylverfahren in Drittländer ein. Einen entsprechenden Brief an die EU-Kommission haben Dänemark und die Tschechische Republik initiiert. Die Niederlande, Italien, die baltischen Staaten und weitere EU-Länder unterstützen die Forderung. Bei dem sogenannten Ruanda-Modell sollen über Abkommen mit Nicht-EU-Ländern Immigranten, die beispielsweise versuchen, über das Mittelmeer in die EU zu gelangen, in Länder außerhalb der EU gebracht werden. Ein entsprechendes Abkommen hat Italien im November 2023 mit Albanien geschlossen. Großbritannien bemüht sich, illegal ins Land gelangte Immigranten nach Ruanda zu überstellen. Die dänische Regierung hatte zum Jahresanfang eigene Pläne für ein Asylbewerberzentrum in Ruanda vorerst auf Eis gelegt, um sich stattdessen für eine EU-weite Lösung zur Auslagerung von Asylverfahren einzusetzen. *H.M.*

Gerichte sollen schneller sein

Rom – Mit einer Justizreform will Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni die Arbeit von Staatsanwaltschaften und Gerichten effizienter machen. Als Vorgabe der EU-Kommission muss Italien bis 2026 eine Senkung der Verfahrensdauern um mindestens 40 Prozent erreichen. In Italien dauern Zivilverfahren mit durchschnittlich 1100 Tagen dreimal so lange wie im Schnitt der OECD-Staaten. Durch lange Bearbeitungszeiten verjähren jedes Jahr Tausende Straftaten. Als Teil der Reform plant Meloni die Selbstverwaltung der Justiz neu zu regeln. Für Disziplinarfälle soll künftig ein Gremium zuständig sein, das vom Parlament und nicht mehr vom Richterrat gewählt wird. Meloni will zudem den Straftatbestand des Amtsmissbrauchs abschaffen. Anklagen gegen Amtsträger wegen Amtsmissbrauchs beschäftigen Italiens Justiz häufig über Jahre, enden aber in über 90 Prozent der Fälle mit einem Freispruch. *H.M.*

Nachzug wird erschwert

Wien – Über einen Erlass will Österreichs Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) eine schärfere Regelung beim Familiennachzug von Ausländern durchsetzen. Demnach sollen Personen, die per Familiennachzug nach Österreich kommen wollen, künftig noch im Herkunftsland einen DNA-Test ablegen, falls Zweifel an der Echtheit vorgelegter Dokumente bestehen. Laut Innenministerium soll dies häufig der Fall sein. Derzeit wird nur bei einem Prozent der Anträge ein DNA-Test angefordert, künftig soll der Anteil auf etwa 50 Prozent steigen. Nach der Einreise und einem Asylantrag in Österreich soll die Identität der eingereisten Personen nochmals geprüft werden. Zudem will das Innenministerium für die Antragstellung außer dem Reisepass künftig auch die Vorlage einer Geburtsurkunde und einer Heiratsurkunde verlangen. Karner kündigte auch an, das Mindestalter der Ehepartner beim Familiennachzug auf 21 Jahre erhöhen zu wollen. *H.M.*

FRANKREICH

Ein Politstar mit 28 Jahren

Für die Europawahl erschließt Jordan Bardella der Partei von Le Pen neue Wählerschichten

VON BODO BOST

Nichts scheint dem Parteiführer und Spitzenkandidaten zur Europawahl von Marine Le Pens Rassemblement National (RN, Nationale Sammlung) etwas anhaben zu können. Bereits vor einem Jahr, als in Frankreich die ersten Umfragen zur diesjährigen Europawahl durchgeführt wurden, schnitt der damals noch 27-jährige Jordan Bardella mit großem Abstand am besten ab. Seitdem hat sich sein Vorsprung langsam, aber stetig vergrößert. Anfang März erreichte er bei den Umfragen dauerhaft die 30-Prozent-Marke. Damit liegt er zehn Prozentpunkte vor seiner Haupttrivalin Valérie Hayer. Sie ist bereits Europaabgeordnete und gehört dort der Fraktion „Renew Europe“ (Europa erneuern) an. „Renew Europe“ ist die Fraktion der liberalen und zentristischen Parteien, darunter auch die bundesdeutsche FDP, „NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum“ aus Österreich so-

wie das Wahlbündnis des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron „Renaissance“ (Wiedergeburt).

Nur wenige Stunden nach der Grundsatzzrede des Präsidenten in der Sorbonne vom 25. April stellte Bardella seine Vorstellungen von und für Europa vor. Er wiederholte seinen Aufruf, die Europawahlen, die letzte gesamtfranzösische Wahl vor der Präsidentschaftswahl 2027, zu nutzen, um „die Regierung zu bestrafen“ und „den Weg für einen Wechsel zu ebnet“. Laut einer Umfrage des 1938 gegründeten französischen Meinungs- und Marktforschungsinstituts mit Hauptsitz in Paris Institut français d'opinion publique (IFOP) beabsichtigen 41 Prozent der Franzosen, die Politik des Präsidenten der Republik durch ihre Stimmabgabe zu sanktionieren, bei den Wählern des RN sind es sogar 70 Prozent.

Republikaner und Rechtsradikale

Wie lässt sich der Vorsprung des RN erklären, nachdem bei den letzten Europa-

wahlen 2019 weniger als ein Prozentpunkt zwischen dem RN und der zentristischen Kandidatin Nathalie Loiseau von Präsident Macron gelegen hatte? Die detaillierte Analyse der Umfragen zeigt, dass Bardellas überraschungsfreier Wahlkampf auf Kundgebungen wie auf Märkten und Messen es ihm ermöglicht, über seine Basis hinaus zu überzeugen. Zu Zeiten von Jean-Marie Le Pen und in den Anfängen von Marine Le Pen waren die Wähler des Front National typischerweise jung, männlich, Arbeiter, ohne Abschluss und mit niedrigem Einkommen. Heute spricht die RN in allen Bevölkerungskreisen Wähler an.

Der RN ist zum Gravitationszentrum der gesamten Rechten geworden. Er möchte das Erbe des sozialen Gaullismus antreten. Er versucht ebenso links von der RN der Mitte-rechts-Partei „Les Républicains“ (Die Republikaner), die zu besseren Zeiten mit Jacques Chirac und Nicolas Sarkozy Staatspräsidenten hervorbrachte und mittlerweile als zerstrit-

ten und unhörbar gilt, Stimmen abzunehmen als auch rechts der RN der rechtsradikale Partei „Reconquête“ (Rückeroberung) von Eric Zemmour und Marion Maréchal, die in einem identitären Diskurs gefangen sind. Allerdings liegt auch Reconquête in Umfragen bei fünf Prozent, also doppelt so viel wie bei den Präsidentschaftswahlen.

Rentner und Besserverdienende

Der RN profitiert im Übrigen vom Scheitern des Macronismus auf dem Gebiet der Werte. Diese starke Position ermöglicht es dem RN in Wählerschichten zuzulegen, die normalerweise sehr zögerlich sind, für sie zu stimmen, bei den Rentnern. Bardella begeistert 26 Prozent der befragten Senioren, während nur 19 Prozent von ihnen 2019 für den RN gestimmt hatten. Rentner aus der Arbeiterschaft würden gar zu 36 Prozent für ihn stimmen. Der Mentalitätswandel vollzieht sich mit dem Verschwinden der Generationen, die sowohl den Zweiten Weltkrieg als auch die rassistischen oder den Holocaust leugnenden Ausfälle von Jean-Marie Le Pen erlebt haben. Mit Bardella hat der RN eine sehr attraktive Persönlichkeit gefunden, die mit dem Namen Le Pen und allem, was damit verbunden war, bricht. Er verkörpert wie kein anderer beim RN das neue Konzept der Entdämonisierung des Diskurses. Deswegen hat der RN auch viele Konflikte mit der AfD, die diese noch nicht vollzogen hat.

Auch in der Mittel- und Oberschicht ist der RN auf dem Vormarsch. Bei den Erwerbstätigen baut die Partei ihre Basis bei den Arbeitern und Angestellten aus und legt beim Mittelstand und – wenn auch nur leicht – sogar bei den Führungskräften zu. Der Vorsitzende des RN hatte in den letzten Monaten zahlreiche Auftritte vor Arbeitgeberverbänden. Die Gesprächspartner waren zwar anschließend nicht unbedingt überzeugt von dem, was er gesagt hatte, und wiesen hier und da auf Schwachstellen des Kandidaten hin, aber sie haben ihm zugehört. Bardella entwickelt einen unternehmensfreundlichen Diskurs, während er sich vom Neoliberalismus Macrons absetzt, der auf eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben setzt.



Am 25. April bei der Präsentation des Wahlprogramms seiner Partei für die Europawahl: Jordan Bardella

Foto: imago/IP3press

GLOBALES KLIMA

Zweifel an Wetterdaten wachsen

Die Manipulationen erfolgen offenbar so, dass der Klimawandel extremer erscheint, als er ist

Ständig melden die Medien neue Temperaturrekorde. Diese basieren jedoch auf Wetterdaten, die auf äußerst dubiose Weise manipuliert werden. Das hat der dänische Professor für Geowissenschaften Ole Humlum in seinem jüngst publizierten Bericht „State of the Climate 2023“ aufgedeckt. Darin verwies er auf die Datenbank GISS des Goddard Institute for Space Studies der US-amerikanischen Weltraumbehörde NASA zur Dokumentation der Oberflächentemperaturen auf der Erde. In dieser kommt es zu ständigen „administrativen Änderungen“, woraufhin sich auch die globale Durchschnittstemperatur verändert. Grund für die Anpassungen soll der verspätete Eingang von Daten sein. Allerdings betreffen die Änderungen auch sehr weit zurückliegende Jahre.

Bemerkenswert ist die Tendenz des Ganzen. Während die Temperaturen im Zeitraum von 1910 bis 1970 von der NASA seit Mai 2008 kontinuierlich nach unten

korrigiert wurden, führten die Änderungen der Werte nach 1970 zu höheren Temperaturen, als sie die GISS-Datenbank zuvor vermeldete. Daraus ergab sich eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur zwischen 1910 und 2000 um 0,67 Grad, während man bei der NASA Anfang 2008 noch von 0,45 Grad ausging.

Hierzu schreibt Humlum: „Dies entspricht einem Anstieg von etwa 49 Prozent, was bedeutet, dass etwa die Hälfte des ... globalen Temperaturanstiegs von Januar 1910 bis Januar 2000 ... auf administrative Änderungen der ursprünglichen Daten zurückzuführen ist.“ Daraus zieht der Däne folgenden Schluss: „Da sich die Vergangenheit nicht ändert, kann ein Datensatz, der ständigen Veränderungen unterworfen ist, die Vergangenheit ... nicht immer korrekt beschreiben.“

Ähnlich dreist wie die NASA agiert auch die National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA), die dem

Handelsministerium der Vereinigten Staaten untersteht. Diese präsentiert Wetterdaten aus einem seit rund hundert Jahren existierenden Netzwerk von Messstationen in allen Regionen der USA, die tagtäglich den höchsten und niedrigsten Temperaturwert melden. Wie der US-amerikanische Meteorologe und Oberstleutnant a. D. John Shewchuck unlängst enthüllte, existieren aber lediglich noch zwei Drittel der einstmaligen 1218 Stationen des U.S. Historical Climatology Network (USHCN). Dennoch fließen die „Daten“ der verschwundenen Stationen weiter in die Wetter- und somit auch Klimastatistiken ein. Die NOAA verwendet hierzu einfach den Mittelwert der Messergebnisse in den umliegenden realen Stationen. In manchen Regionen liegen diese allerdings über 200 Kilometer entfernt.

Darüber hinaus liefern aber auch viele der noch vorhandenen Wetterstationen grob falsche Werte, weil sie an ungeeigne-

ten Stellen stehen. Dazu zählen dicht bebaute Gebiete, in denen es zu Wärmestaus kommt, Kläranlagen, in denen Gärprozesse zu höheren Temperaturen führen, Flugplätze mit ihren großen aufgeheizten Betonflächen und das Umfeld von Verkehrswegen, Industriebetrieben und Kraftwerken. Shewchuck geht davon aus, dass nur noch zehn Prozent der übriggebliebenen Wetterstationen korrekt platziert sind.

Noch skeptischer ist Anthony Watts vom Heartland Institute in Chicago. Der ermittelte 2008 einen Anteil von falsch aufgestellten Stationen von 89 Prozent und korrigierte diesen Wert dann 2022 nach weiteren Vor-Ort-Überprüfungen auf 96 Prozent. Außerdem wies er nach, dass die Wettersatelliten der NASA bessere Ergebnisse liefern, was die Oberflächentemperatur betrifft. Aber diese werden dann ja ihrerseits administrativ verändert. *Wolfgang Kaufmann*

VON HERMANN MÜLLER

Anlässlich seines Staatsbesuchs in Deutschland will Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 27. Mai in Dresden eine Rede zur Lage in Europa halten. Der Gast muss sich jedoch darauf gefasst machen, dass seine Präsentation weitreichender Visionen in der sächsischen Landeshauptstadt von Protesten und schlechter Presse begleitet sein werden. Sachsen ist nämlich Standort von gleich zwei Werken des französischen Zugerherstellers Alstom. Den Werken in Görlitz, Bautzen und Hennigsdorf bei Berlin drohen tiefe Einschnitte, wenn nicht gar die Schließung.

Nachdem Alstom im Januar 2021 die hiesigen Werke von Bombardier Transportation übernommen hat, zählt der französische Zugerhersteller in Deutschland insgesamt 9600 Beschäftigte. Diese hatten mit großer Spannung am 8. Mai auf Nachrichten aus Paris gewartet. Angekündigt hatte Alstom für diesen Tag die Vorlage der Geschäftszahlen für das vergangene Jahr und die Präsentation einer neuen Konzernstrategie. Bei den deutschen Beschäftigten war dieser Termin mit der Befürchtung verbunden, dass in Paris das Aus für deutsche Standorte verkündet werde.

Im Vorfeld der Bilanzpressekonferenz hatte eine Äußerung die Sorgen der Beschäftigten noch befeuert. Wie der Alstom-Regionaldirektor gegenüber dem „Handelsblatt“ erklärte, passe die Auslastung der deutschen Standorte nicht zur Konzernstrategie. Tatsächlich müssen die hiesigen Mitarbeiter beobachten, dass im Zuge einer Kostensenkungsstrategie Aufträge zu den Alstom-Werken in Breslau und Kattowitz gehen, während die hiesigen Standorte aushelfen und nachbessern und vor allem alte Aufträge abarbeiten, die noch vor der Übernahme durch Alstom hereingeholt wurden.

Aufträge gingen nach Polen

Wie René Straube, der Betriebsratschef im Görlitzer Werk und Gesamtbetriebsratsvorsitzende aller deutschen Alstom-Standorte, sagte, ist der „große Knall“ ausgeblieben. Allerdings fehlt auch eine Aussage, ob die deutschen Standorte von Alstom eine Zukunft haben. Möglicherweise geht diese Unklarheit auf Bemühungen der Bundesregierung zurück. Wie der „Tagesspiegel“ berichtete, soll sich das Kanzleramt eingeschaltet haben und Druck auf Paris ausüben.

Tatsächlich hätten Entlassungen oder Werksschließungen nicht nur das Potential, den für Ende Mai erwarteten Staatsbesuch Macrons in Berlin, Dresden und Münster zu überschatten. Das Aus für die Werke in Görlitz, Bautzen und



Produktion in Gefahr? Mitarbeiter im Alstom-Werk Görlitz könnten ihren Arbeitsplatz verlieren

ALSTOM DEUTSCHLAND

Werksschließungen? Macron-Besuch wirft Schatten voraus

Konzernchef Henri Poupart-Lafarge hielt sich auf der Pressekonferenz zur Zukunft der deutschen Standorte bedenklich zurück

Hennigsdorf kann schnell auch ein Top-Thema bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg werden. Obendrein könnten Hiobsbotschaften zu den deutschen Alstom-Standorten dafür sorgen, dass gegenüber künftigen französischen Vorschlägen zur Schaffung gemeinsamer europäischer Champions die Skepsis steigt.

Der Umstand, dass sich der Alstom-Chef Henri Poupart-Lafarge am 9. Mai zur Zukunft der deutschen Standorte noch bedeckt gehalten hat, ist bei näherem Hinsehen kein positives Signal. Angesichts der Bemühungen des Kanzleramts und dem bevorstehenden Staatsbesuch Macrons wäre die Bilanzpressekonferenz nämlich die richtige Gelegenheit gewesen, mit positiven Nachrichten an die deutsche Öffentlichkeit zu gehen.

Stattdessen sprach Poupart-Lafarge von „Überkapazitäten an unseren Standorten, die mit den früheren Marktverlusten von Bombardier in Deutschland zusammenhängen“. Angekündigt hat Alstom, den Schuldenstand deutlich verringern zu wollen. Unter anderem soll der Verkauf von Unternehmenssparten rund 700 Millionen Euro in die Kasse des Konzerns bringen. Der Sparkurs beim Zugerhersteller ist Folge der teuren Übernahme des kanadischen Konkurrenten Bombardier. Der Kauf der Bombardier-Eisenbahnsparte hat Alstom zwar zum zweitgrößten Zugerhersteller der Welt gemacht, gleichzeitig aber auch den Schuldenberg auf zuletzt drei Milliarden Euro wachsen lassen.

Mit der IG Metall hatte Alstom im Juni 2023 für die hiesigen Standorte einen Zukunftstarifvertrag geschlossen. Kernpunkt

der Vereinbarung war ein Verzicht der Belegschaft auf tarifliche Sonderzahlungen und freiwillige Leistungen des Arbeitgebers. Im Gegenzug verpflichtet sich Alstom zu Investitionen. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, sicherte das Unternehmen zu, jährlich zwei Prozent des Umsatzes in Deutschland in die deutschen Standorte zu investieren.

Mittlerweile ist der Zukunftstarifvertrag allerdings Vergangenheit. Die IG Metall gab im März dieses Jahres bekannt, dass in einer Urabstimmung mehr als 88 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in den betroffenen Werken für eine Kündigung des Vertrags gestimmt haben. Zuvor hatten IG Metall und Gesamtbetriebsrat dem Alstom-Management vorgeworfen, es halte die Investitionszusage nicht im festgelegten Umfang ein.

GAZPROM

Rückfall in die 1990er Jahre

Russlands größter Gaskonzern verzeichnet für 2023 den größten Nettoverlust seit der Jelzin-Ära

Nach den Kriterien des International Financial Reporting Standards (IFRS) meldet Gazprom für das Jahr 2023 seinen bisher größten Nettoverlust. Der Verlust belief sich auf umgerechnet fast 6,4 Milliarden Euro. Russische Analysten hatten nach einem Gewinn von 12,5 Milliarden Euro 2022 auch im Folgejahr einen Gewinn erwartet, wenn auch einen deutlich kleineren. Die Einnahmen des Unternehmens aus dem Gasverkauf sind aufgrund des Rückgangs der Exporte nach Europa rückläufig und waren Ende 2023 geringer als die Einnahmen aus dem Ölgeschäft.

Das letzte Mal, dass das Unternehmen einen Verlust verzeichnete, war in den Jahren 1998 und 1999, also noch unter Präsident Boris Jelzin. Damals waren die Ölpreise auf den Weltmärkten extrem niedrig, und auf dem Inlandmarkt gab es ein

hohes Maß an Zahlungsausfällen. Selbst Ende 2020, als sowohl die Exportpreise als auch die Gasverkaufsmengen aufgrund der Pandemie erheblich zurückgingen, wies Gazprom keine so schlechten Ergebnisse auf wie im vergangenen Jahr.

Der Hauptgrund für den Verlust war der Rückgang der Einnahmen aus dem Gasverkauf in die Europäische Union, dem einst profitabelsten Segment des Gazprom-Geschäfts. Nach Berechnungen der Zeitung „Kommersant“ reduzierte das Unternehmen 2023 die Pipeline-Exporte nach Europa auf 24 Milliarden Kubikmeter, die über Turkish Stream und durch den ukrainischen Transit transportiert werden, verglichen mit 62 Milliarden Kubikmetern im Jahr zuvor.

Laut Marcel Salichow vom Institut für Energie und Finanzen wird der negative

Gesamteffekt der geringeren Verkäufe in die EU und der niedrigeren Gaspreise auf die Einnahmen von Gazprom auf 50 bis 55 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dabei wurde selbst in Russland die Mineralölsteuer drastisch erhöht. Auch die Zukunft der Lieferungen von Gazprom nach Europa sind fraglich geworden, weil alle europäischen Meeranrainerstaaten mittlerweile auf Flüssiggas aus Drittländern umgestiegen sind, was für die Zukunft der russischen Wirtschaft nichts Gutes erahnen lässt und eher darauf hindeutet, dass die Wirtschaft insgesamt in die 1990er Jahre zurückgeworfen wird.

Zum Chinageschäft wurden gesondert Daten bekannt. Nach Angaben des Unternehmens wurden 22,7 Milliarden Kubikmeter Gas über die Siberia Power Line auf den chinesischen Markt gelie-

fert, was anderthalb Mal mehr ist als 2022 und 700 Millionen Kubikmeter über den vertraglichen Verpflichtungen von Gazprom liegt. Allerdings weigert sich China, anders als einst Bundeskanzlerin Merkel bei Nordstream, die große Pipeline von Sibirien nach China zu bauen, um nicht von Moskau abhängig zu werden.

Erwartet werden jetzt auch personelle Konsequenzen. Im Aufsichtsrat von Gazprom sitzt Russlands einstiger Präsident Dmitrij Medwedjew. Dieser Posten war noch 2022 Putin-Intimus Gerhard Schröder aus Deutschland angeboten worden. Dieser verzichtete jedoch wegen seines Postens bei Rosneft. Seitdem schießt Medwedjew, der sich einst Hoffnungen machte, Nachfolger Putins zu werden, besonders gerne gegen Schröder. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Gläubiger werden unruhig

Kiew – Eine Gruppe von Investmentgesellschaften rund um Blackrock will gemeinsam durchsetzen, dass die Ukraine wieder Zinsen auf ihre Eurobond-Anleihen in Milliardenhöhe zahlt. Wie das „Wall Street Journal“ („WSJ“) berichtet, planen die Kreditgeber, ihre wegen der russischen Invasion aus Kulanz gewährte Schonfrist zu beenden. Die Ukraine hat über Eurobonds rund 18,6 Milliarden Euro aufgenommen. Ein Fünftel dieser Anleihen wird von Investmentgesellschaften gehalten. Laut dem „WSJ“ wollen Blackrock, Pimco und andere Investmentgesellschaften erreichen, dass die Ukraine spätestens nächstes Jahr wieder Zinsen an sie zahlt. Im Gegenzug sollen diese Kreditgeber bereits sein, der Ukraine einen Teil der ausstehenden Schulden zu erlassen. Staatliche Geldgeber unter Führung der USA haben der Ukraine auf Kredite über rund 3,7 Milliarden Euro einen Zinsaufschub bis zum Jahr 2027 gewährt. *H.M.*

Teurer als Verbrenner

Berlin – Sofern öffentliche Ladestationen benutzt werden, ist das Fahren mit einem Elektroauto inzwischen teurer als die Verwendung eines Fahrzeugs mit Verbrennungsmotor. Aus dem „Ladesäulencheck 2024“ im Auftrag des Ökostromanbieters LichtBlick geht hervor, dass 100 Kilometer Fahrt mit einem E-Auto mit 11,10 Euro zu Buche schlagen, wenn das Aufladen an einer normalen Ladesäule erfolgt, und mit 13,11 Euro bei Verwendung einer Schnellladestation. Im Vergleich dazu werden bei einem Verbrenner mit sechs Litern Verbrauch und einem Benzinpreis von 1,73 Euro für den Liter E10 nur 10,38 Euro fällig. Wenn der Besitzer eines E-Autos dieses zu Hause auflädt, kommt er mit 8,44 Euro pro 100 Kilometer hingegen noch vergleichsweise günstig davon. Den Preissprung an öffentlichen Ladestationen erklärt LichtBlick mit der regionalen Monopolbildung. In Deutschland hätten lokale Versorger meist einen Marktanteil von 80 Prozent. *W.K.*

Energiewende wird teurer

Berlin – Die geplante Energiewende wird die Bundesrepublik bis 2035 weitere 1,214 Billionen Euro kosten. Das geht aus dem aktuellen „Fortschrittsmonitor“ des Beratungsunternehmens EY und des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hervor. Um die anvisierte Reduzierung der CO₂-Emissionen zu erreichen, sind bis 2030 Investitionen in Höhe von 721 Milliarden Euro nötig. Dazu kommen nachfolgend nochmals 493 Milliarden. Diese Aufwendungen führen nur teilweise zu einer höheren Wertschöpfung, da das Geld oftmals für den Ersatz bestehender Technologien ausgegeben wird. Laut dem „Fortschrittsmonitor“ stehen den rund hundert Milliarden Euro pro Jahr für angeblich klimaförderliche und ressourcenschonende Investitionen Steigerungen beim Bruttosozialprodukt im Umfang von lediglich 52 Milliarden gegenüber. Das heißt, Deutschland wird durch die Energiewende kontinuierlich ärmer. *W.K.*

KOMMENTARE

Schaufensterpolitik

HERMANN MÜLLER

Die Freigabe weiterer Militärhilfen durch den US-amerikanischen Senat mindert die aktuelle Problemlage der ukrainischen Streitkräfte im Krieg gegen Russland nur zum Teil. Immer öfter weisen Militärexperten darauf hin, dass der Ukraine nicht nur Waffen und Munition fehlen, sondern zunehmend auch Soldaten. Die Ankündigung Kiews, konsularische Dienste und die Ausstellung von Pässen an Männer im wehrpflichtigen Alter im Ausland einzustellen, soll nun den dringend benötigten Personalnachschub für die Front mobilisieren: „Ein Aufenthalt im Ausland entbindet einen Bürger nicht von seinen Pflichten gegenüber der Heimat“, so der Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba. Polens Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz hat bereits Maßnahmen angekündigt, um Zehntausende von wehrpflichtigen Ukrainern wieder zurück in ihre Heimat zu schicken.

Inzwischen überschlagen sich auch deutsche Politiker mit Vorschlägen, wie der Ukraine bei der Rekrutierung

Wehrpflichtiger geholfen werden könne. Hessens Innenminister Roman Possek (CDU) machte dabei auf das Dilemma aufmerksam, dass Deutschland beim Versuch, der Ukraine zu helfen, rechtsstaatliche Prinzipien wahren müsse, selbst wenn sie ukrainischen Interessen entgegenstehen.

Die Diskussion trägt freilich Züge einer Schaufensterpolitik. Den Ukrainern, die sich in Deutschland aufhalten, ist bis März nächsten Jahres nämlich eine Aufenthaltserlaubnis garantiert worden. Einige der nun präsentierten Ideen, etwa die Streichung von Bürgergeld für alle wehrpflichtigen Ukrainer, dürften vor Gerichten kaum Bestand haben. Chancen, Regelungen zu treffen, hätten zum Beginn der Fluchtbewegung aus der Ukraine bestanden. Doch haben EU-Kommission und Bundesregierung mit der Aktivierung der EU-Massenzustrom-Richtlinie im März 2022 und der pauschalen Öffnung des deutschen Sozialsystems für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge Steuerungsmöglichkeiten weitgehend aus der Hand gegeben.



Weltweit einzigartig: Die Einstufung politischer Parteien als „extremistischer Verdachtsfall“ durch eine Behörde. Das Bild zeigt die Richterbank im Falle der Verhandlung über die AfD in Münster

Foto: imago/Rüdiger Wölk

Die Wehrpflicht-Wende

RENÉ NEHRING

Boris Pistorius will offenkundig zurück zur Wehrpflicht. Das zumindest meldete die „Welt am Sonntag“, deren Bericht zufolge das Bundesministerium der Verteidigung seinem Minister bei einer Klausur bereits diverse Vorschläge präsentiert hat. Nur wenige Tage zuvor hatte Pistorius im Rahmen einer Rede vor der Johns Hopkins University in Washington die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahre 2011 als einen „Fehler“ bezeichnet, den er korrigieren wolle.

Laut Bericht der „WamS“ liegen derzeit drei Optionen auf dem Tisch: 1. ein Freiwilliger Wehrdienst, der wie bisher kein Pflichtdienst ist, sondern eher eine „Optimierung des Status quo“ darstellt. 2. ein Auswahlpflicht-Modell, bei dem für junge Männer das Ausfüllen eines Online-Fragebogens und eine eventuelle Musterung verpflichtend werden sollen, während Frauen auf freiwilliger Basis angeschrieben werden. 3. eine „ge-

schlechtsneutrale Wehrpflicht“ für Männer und Frauen, der eine „Allgemeine Dienstpflicht“ folgen soll.

Da die Optionen derzeit weiter ausgearbeitet werden, ist eine Debatte über ihre zu erwartende Wirkung noch nicht möglich. Zu begrüßen ist jedoch, dass der Verteidigungsminister offenkundig bestrebt ist, einen zentralen Fehler der Ära Merkel, der auf dem Irrglauben basierte, nur noch von Freunden umgeben zu sein, zu korrigieren. Dass dabei auch der Dienst von Frauen in Erwägung gezogen wird, sollte in Zeiten weitgehender Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern nicht verwundern.

Einen besonderen Effekt dürfte die Wehrpflicht auch für die deutsche Zuwanderungsgesellschaft haben. Wurden in den letzten Jahren die Hürden für den Erwerb der Staatsbürgerschaft immer weiter gesenkt, so wäre der deutsche Pass künftig wieder mit dem Erbringen einer nicht unerheblichen Leistung für die Gemeinschaft verbunden.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

KOLUMNE

„Politischer Feudalismus“

FLORIAN STUMFALL

Das Oberverwaltungsgericht im nordrhein-westfälischen Münster hat zu Beginn dieser Woche darauf erkannt, dass die Einstufung der AfD als rechtsextremistischer Verdachtsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz rechtmäßig sei. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, weil die AfD die Möglichkeit hat, eine Revision über das Bundesverwaltungsgericht zu erreichen. Doch unabhängig davon, wie dieser Rechtsstreit endet, ist seine politische Wirkung bereits offenkundig, und sie wird sich über alle Instanzen hinaus verselbstständigen.

Im politischen Leben bedeutet das die weitere Verfemung einer Partei, gegenüber welcher Brandmauern errichtet werden – umso höher, je höher ihr jeweiliger Stimmenanteil wächst. Folgerichtig ist es daher, dass nach den anstehenden Wahlen in Deutschland in der Koalitionsarithmetik die AfD keine Rolle spielen wird. Die Macht wird unter allen anderen verteilt, und keine denkbaren noch vorhandenen Unterschiede etwa zwischen der CDU und der Linken können daran etwas ändern.

Allerdings kann niemand ausschließen, dass eine solche Verfahrensweise eines Tages zur Unregierbarkeit des Gemeinwesens führt. Eine Minderheit kann man nur bis zu einem bestimmten Gewicht und nur eine absehbare Zeit außer Acht lassen. Das ist keine Frage der politischen Sympathien, sondern der Psychologie, die auch auf diesem Feld eine große Rolle spielt. Der Kanzlerin Angela Merkel diktiert „Das muss rückgängig gemacht werden“ nach der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten in Thüringen war jenseits von Recht und Gesetz und ganz am Rande des politisch Möglichen. Die Wiederholung eines solchen Skandals dürfte sich wohl niemand mehr erlauben.

Verfassungstext und -wirklichkeit

Das System der Ausgrenzung einer Fraktion funktioniert nur unter der Voraussetzung, dass sich nach einer Wahl die verhandlungsführenden Exponenten der dazu in Frage kommenden Parteien mit dem Gewicht ihres jeweiligen Stimmenanteils in Szene setzen. Damit wird unterstellt, dass alle Parlamentarier, die eine neue Fraktion bilden können, sich dem Diktat der Fraktion unterwerfen und in deren Sinne abstimmen werden, so wie es die

wenigen Häuptlinge ausgehandelt haben und vorgeben.

Das entspricht auch den Üblichkeiten im Alltag der Parlamente. Im Regelfall beschließt die Fraktionsspitze, wie die Mitglieder abzustimmen haben. Und die Damen und Herren Parlamentarier halten sich daran. Der tatsächliche Fraktionszwang ist stärker als dessen theoretisches Verbot durch den Artikel 38 des Grundgesetzes. Dieser bestimmt, die Abgeordneten „sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Allein

Wesentlichen dadurch, dass sie hauptberuflich tätig sind, eine Reihe gemeinsamer Interessen haben, die nicht politischer, sondern persönlicher Natur sind: sicheres, weit überdurchschnittliches Einkommen, nach kurzer Zeit eine von allen Problemen befreiende Altersversorgung und ein gehobenes Sozialprestige. Die Bürger empfinden diese Kluft zu ihrem eigenen Leben und reagieren darauf mit dem vorwurfsvoll-resignierenden Begriff von „denen da droben“. Zu diesen gesellen sich allerdings auch die Vertreter der regierenden Medien, ohne die sich diese Ordnung nicht so leicht aufrechterhalten ließe.

Kaste der Berufspolitiker

Zur Kastenbildung gehört auch und in bedenklichem Maße der Umstand, dass innerhalb derselben ein weiterer Artikel des Grundgesetzes systematisch und dauerhaft außer Kraft gesetzt wird. Es geht dabei um die Gewaltenteilung. Sie gehört seit der Aufklärung zum geistigen Gemeinbesitz Europas und zu den unabdingbaren Elementen einer freiheitlichen Ordnung. Insofern also sollte man meinen, sie würde überall und widerspruchsvoll befolgt. Aber – weit gefehlt!

Es ist in allen deutschen Parlamenten – um nur diese in Augenschein zu nehmen – tägliche und selbstverständliche Übung, dass Parlamentarier, die in die Regierung berufen werden, ihr Mandat beibehalten. Sie gehören also gleichzeitig der gesetzgebenden wie auch der ausführenden Gewalt an. Anlass, diesen Missstand anzusprechen, findet niemand. Er wird hingenommen, mag er auch nicht nur der Verfassung, sondern auch der europäischen Tradition des freiheitlichen politischen Denkens widersprechen.

Überhaupt haben auch im politischen Leben eingefahrene Gewohnheiten ein zähes Leben. Sie vermitteln ein gutes Gefühl der Sicherheit und entheben einen der Notwendigkeit, sich auf veränderte Verhältnisse einstellen zu müssen. Auch das gehört zum Kastenwesen. So erscheint die Möglichkeit, eine unliebsame Partei nicht auf dem politischen Weg der Argumentation, sondern mittels gerichtlicher Verfügungen zu mindern, als das Mittel der Wahl, auf das sich alle anderen Mitbewerber im Parteien-Zirkus diesseits des Paria einigen können.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Man sollte meinen,
das Prinzip der
Gewaltenteilung
würde überall und
widerspruchslos
befolgt. Aber – weit
gefehlt!

aus der Formulierung „Vertreter des ganzen Volkes“, also auch derer, die sie nicht gewählt haben, geht hervor, dass die Parlamentarier in ihrem Mandat Verantwortung nicht für ihre Partei, sondern für die Bürger insgesamt tragen. Dieser Gedanke findet sich wieder in der Ablehnung von Aufträgen und Weisungen sowie dem Hinweis auf das Gewissen, nicht aber in der politischen Praxis.

Mit Bildung der Fraktionen in einem Parlament steht diese Zielsetzung bereits in Frage. Die Abgeordneten haben nach der landläufigen Übung weitgehend aufgehört, die Personen zu sein, denen die Wähler ihre Stimmen gegeben haben, sondern sie werden zählbare Masse im parlamentarischen, parteipolitischen Kräfteressen. Eigenartig, dass niemand zu sehen scheint, dass dieses verfassungswidrige Übel auch seinen Teil zum Missmut in der Wählerschaft beigetragen hat, der nun neben anderen Faktoren der AfD zugutekommt.

Ein weiteres kommt hinzu. Es ist dies die Kastenbildung der politischen Klasse, die der Herausgeber der tapferen Schweizer „Weltwoche“, Roger Köppel, einen „politischen Feudalismus“ nennt. Die Vertreter dieser Kaste gleichen einander im

Ohne sich die Hände zu verbrühen

Vom Wunder der Rückkehr der Prachthandschriften – Am Bodensee wird das Jubiläum 1300 Jahre Klosterinsel Reichenau gefeiert

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der Mönch Hermann der Lahme berichtet in seiner um 1050 verfassten Weltchronik, dass der vom fränkischen Hausmeier Karl Martell unterstützte Wanderbischof Pirmin anno 724 das Kloster Reichenau gegründet habe. Auf dieses Jahr hat der Reichenauer Mönch Udalrich im 12. Jahrhundert von ihm gefälschte Schriftstücke zurückdatiert: die „Stiftungsurkunde“ und die „Privilegienurkunde“ der Klosterinsel.

Das Gründungsjubiläum wird mit einem glanzvollen Festprogramm begangen. Das Archäologische Landesmuseum Konstanz zeigt die vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe entwickelte Große Landesausstellung „Welterbe des Mittelalters – 1300 Jahre Klosterinsel Reichenau“, die mit 250 erlesenen Exponaten aufwartet. Neun Kilometer entfernt befindet sich der zweite Schauplatz: Die zum UNESCO-Weltkulturerbe erhobene Klosterinsel Reichenau mit ihren drei mittelalterlichen Kirchen, der modernisierten Münsterschatzkammer und der neuen Dauerausstellung zur Klostergeschichte im Museum Reichenau.

Die Schau im Archäologischen Landesmuseum ist in weihelvolles Halbdunkel getaucht, aus dem die angeleuchteten Ausstellungsobjekte hervortreten. Auf einem inselartigen Podest steht die farbig gefasste Skulptur des „Heiligen Pirmin“ (um 1500). Über den missionierenden Wanderbischof gibt es nur wenige Nachrichten. Bereits 727 setzte er von der Reichenau aufs Festland über und gründete weitere Klöster. Seine letzte Gründung war das pfälzische Kloster Hornbach. Dort war er bis zur Reformation und Auflösung des Klosters 1557 bestattet. Er wurde 1576 nach Innsbruck überführt.

Üppig vertreten sind Handschriften aus der ehemaligen Klosterbibliothek. Unübertroffen umfangreich ist das seit dem Jahr 823 geführte „Reichenauer Verbrüderungsbuch“. Es beinhaltet rund 38.000 Namen von Menschen, für die die Mönche beteten. Fürbitte leisteten die Reichenauer etwa für die Mönchsgemeinschaften von Corvey, Speyer und Hornbach, die Frauenklöster von Herford, Essen und Gandersheim oder die Domkapi-



Aus dem Marienmünster in Radolfzell, Bodenseeraum, um 1480: Büsten-Reliquiar des Heiligen Bischofs Zeno von Verona

tel von Hildesheim, Halberstadt und Augsburg. Aufgeschlagen ist die Liste mit den „Namen der Verstorbenen, die dieses Kloster großzügig ausstatteten und förderten“. Zu ihnen gehörten Karl Martell, der in der Reichenauer Kirche St. Maria und Markus bestattete fränkische Kaiser Karl III. und der als Besteller von Prachthandschriften hervorgetretene römisch-deutsche Kaiser Heinrich II.

Die Reichenauer Bibliothek war ein Zentrum der Bewahrung, Vervielfältigung und Erweiterung des Wissens. Dessen bedeutendster Vertreter war Hermann der Lahme (1013–1054). Er verfasste musikwissenschaftliche, mathematische und astronomische Schriften. Seine Weltchronik reicht bis Christi Geburt zurück. Ein Kloster war im Mittelalter also eine reli-

giöse, politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Einrichtung. Unter ihnen nahm die Reichenau nach Fulda den zweiten Rang ein.

Größte Attraktion sind die nach tausendjähriger Abwesenheit an den Bodensee zurückgekehrten Prachthandschriften. Die Schreiber und Illustratoren des Skriptoriums der Reichenau schufen sie für Kaiser und Könige, Erzbischöfe und Äbte. Fünf der 16 ausgestellten Glanzstücke erklärte die UNESCO zum Weltokumentenerbe.

„Liuthar-Evangeliar“ ist Dauergast

Aus konservatorischen Gründen findet während der Laufzeit der Schau ein Austausch der Schriften statt. Aber jeweils drei Bände des Weltokumentenerbes

sind gleichzeitig ausgestellt. Präsentiert werden zuerst der „Codex Egberti“ (977/993) und das „Evangelistar von Poussay“ (um 980). Später sind der „Egbert-Psalter“ (um 980) und der „Gero-Codex“ (vor 969) zu sehen. Dauergast ist hingegen das „Liuthar-Evangeliar“ (zwischen 990 und 1000). Geöffnet sind seine Widmungsseiten. Auf der linken steht der Mönch Liuthar mit der Prachthandschrift in den Händen. Auf der rechten Seite thront ein als Kaiser Otto III. gedeuteter Herrscher, den die Hand Gottes berührt.

Das Kloster Reichenau bestand bis 1757. Von den mittelalterlichen Bauwerken der Klosterinsel sind drei Kirchen erhalten geblieben. Gelb verputzt leuchtet uns in Oberzell die von Abt Hatto III. anno 897 geweihte Kirche St. Georg entge-

gen. Einzigartig gut erhalten sind die Wandmalereien im Mittelschiff, die aus dem 10. Jahrhundert stammen. Sie zeigen acht Wundertaten Jesu. Zum Beispiel die „Beruhigung des Sturms auf dem See Gennesaret“ und die „Auferweckung eines jungen Mannes in Nain“.

In der Ostapsis der Niedrzeller Kirche St. Peter und Paul befindet sich das jüngste uns erhalten gebliebene große Werk der Reichenauer Waldmalerei. Das um 1104 bis 1126 geschaffene Monumentalbild zeigt den thronenden Christus überlebensgroß in Begleitung weit kleiner gemalter Apostel und Propheten.

Der 806 bis 822 amtierende Abt Heito I. veranlasste die Errichtung der Klosterkirche St. Maria und Markus, die später zahlreiche bauliche Erweiterungen und Veränderungen erfuhr. Hauptattraktionen der spärlichen Innenausstattung sind der stufenförmige Markusaltar im Westen und der rot-goldene Heilig-Blut-Altar von 1739 im Osten. In ihm befindet sich das „Heilig-Blut-Reliquiar“, das die Gräfin Swanahild dem Kloster 923 oder 925 schenkte. Im Gegensatz zur spartanischen Kircheneinrichtung drängen sich in der neu hergerichteten Schatzkammer die frisch restaurierten liturgischen Geräte und Reliquiare dicht an dicht.

Größtes und bedeutendstes Objekt ist der zu Beginn des 14. Jahrhunderts angefertigte Markusschrein. Er enthält gemäß alter Überlieferung Knochen des Evangelisten Markus. Getarnt als solche des weniger bedeutenden heiligen Valens, brachte Bischof Ratold von Verona im Jahre 830 die begehrten Reliquien des Evangelisten auf die Reichenau. Deren Echtheit „bezeugt“ die Reliefszene auf der Stirnseite des Markusschreins. Sie stellt den sogenannten „Kesselfang“ dar. Ratold legt die eine Hand auf den Schrein und hält die andere – ohne sich zu verbrühen – in einen Kessel mit siedendem Wasser.

● Bis 20. Oktober im Archäologischen Landesmuseum Baden-Württemberg, Benediktinerplatz 5, Konstanz, täglich geöffnet außer montags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 14 Euro, die reguläre Kombi-Eintrittskarte für Erwachsene (Konstanz, Museum Reichenau, Schatzkammer & Inselbus) kostet 23 Euro.

www.ausstellung-reichenau.de

JAHRESTAG

Der bekannteste Armenier

Vor 100 Jahren wurde in Paris Charles Aznavour geboren – Der Sänger wirkte auch in deutschen Filmen mit

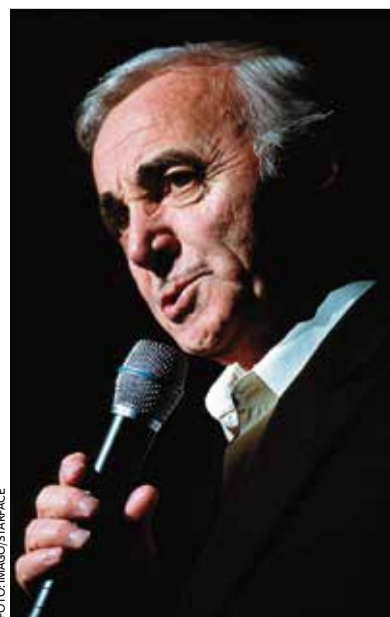
Ohne Sigismund Markus würde der Roman „Die Blechtrommel“ des Danziger Literaturnobelpreisträgers Günter Grass keinen Sinn ergeben. Denn bei dem jüdischen Spielwarenverkäufer bezieht der jugendliche Held Oskar Matzerath seine Blechtrommeln. In Volker Schlöndorffs Oscar-prämierter Romanverfilmung von 1979 wird der Verkäufer von einem kleinen, melancholisch wirkenden Mann mit schmollender Unterlippe verkörpert. Sein Name: Charles Aznavour.

Im Film überlebt der am 22. Mai 1924 in Paris geborene Schauspieler und Chansonnier den von den Nationalsozialisten durchgeführten Genozid an den Juden nicht. Im wahren Leben ist er Nachkomme von Überlebenden eines anderen Völkermords: den an den Armeniern durch

die Osmanen im Ersten Weltkrieg. Im darauffolgenden Weltkrieg lebte Charles Aznavourian, wie er mit Nachnamen ursprünglich hieß, in ständiger Angst vor den deutschen Besatzern in Frankreich: Seine christliche Familie versteckte in dieser Zeit Juden und Résistancekämpfer.

Es hinderte ihn später nicht daran, seine Hand nach Deutschland auszustrecken, etwa wenn er in deutschen Filmen wie auch in Hans W. Geißendörfers Thomas-Mann-Verfilmung „Der Zauberberg“ mitwirkte oder wenn er, der französische Sänger, auf Deutsch sang. 2004 brachte er mit „Das Beste auf Deutsch“ sogar eine ganze CD mit deutschen Liedern heraus.

Seine Karriere als einer der bekanntesten Chansonnier in Frankreich hatte er auch der Chansonkönigin Édith Piaf zu



Als Chansonnier: Charles Aznavour

verdanken, mit der von 1946 an er acht Jahre lang gemeinsam auf Tournee ging, ehe er seine eigene Sololaufbahn startete. Wegen seiner sanft-rauchigen Gesangsstimme, die sich von den wütenden Tonalen eines Jacques Brel unterschied, bezeichnete man ihn auch als den französischen Frank Sinatra.

Spätestens seit Aznavour 1960 in François Truffauts Film „Schießen Sie auf den Pianisten“ die Hauptrolle spielte, war er bis zu seinem Tod 2018 beides: Sänger und Schauspieler. Und noch ein Drittes kam hinzu: Botschafter. So war er Vertreter Armeniens in der Schweiz und bei den UN. Bis die ebenfalls armenischstämmigen US-Milliardärin Kim Kardashian auf der Bildfläche erschien, war Aznavour der wohl bekannteste „Armenier“. H. Tews

● MELDUNG

Ein Museum der Unschuld

München – Mit Orhan Pamuk – der erste türkische Schriftsteller, der den Literaturnobelpreis erhielt – präsentiert das Lenbachhaus dessen vielseitiges, kreatives Schaffen als Autor, Fotograf, Zeichner, Kurator, Museumsgründer und bedeutende Stimme der Gegenwart. In der Ausstellung „Der Trost der Dinge“, die vom 17. Mai bis 13. Oktober läuft, sind 40 Kabinette aus dem Istanbuler „Museum der Unschuld“ zu sehen, das Pamuk nach dem Erscheinen seines gleichnamigen Liebesromans von 2008 gegründet hat. Außerdem wird Pamuks bisher weitgehend unbekanntes Bildender Künstler teils erstmalig der Öffentlichkeit präsentiert. Infos: www.lenbachhaus.de tws

LUDWIG VON FRIEDBURG

Vom U-Boot zum Katheder und zur Rednertribüne

Der jüngste Kommandant eines Kriegsmarine-Unterseeboots kam vor 100 Jahren in Wilhelmshaven zur Welt

VON MANUEL RUOFF

Deutschland hat diverse U-Bootkommandanten hervorgebracht, die in den Weltkriegen hervorstachen und nach dem Kriegseinsatz als Zivilisten ein eher unauffälliges Leben führten. Andere deutsche U-Bootkommandanten waren in den Weltkriegen eher unauffällig und starteten nach ihrem Soldatendasein durch, erlangten erst als Zivilisten Prominenz. Ludwig von Friedeburg bildete insofern eine Ausnahme, als er sowohl als U-Boot-Kommandant als auch anschließend als Zivilist eine gewisse historische Bedeutung gewann.

Bei Friedeburg drängt sich ein Vergleich mit Martin Niemöller, dem Autor der Autobiographie „Vom U-Boot zur Kanzel“, auf. Beide Weltkriegs-U-Bootkommandanten machten schließlich als Zivilisten mit der Vertretung dezidiert linker Positionen Furore. Es gibt allerdings auch interessante Unterschiede. Während Niemöller als Pastor auf der Kanzel landete, landete Friedeburg als Professor auf dem Katheder und als Politiker auf der Rednertribüne. Ein weiterer Unterschied ist, dass Niemöller im Ersten und Friedeburg im Zweiten Weltkrieg diente. Und schließlich hatte Friedeburg mit dem Kommandierenden Admiral der Unterseeboote, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und einzigen Mitunterzeichner beider Kapitulationsurkunden der Wehrmacht, Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg, einen bekannten Vater.

Sohn eines Dönitz-Mitarbeiters

Angesichts dieses Vaters verwundert es nicht, dass der am 21. Mai 1924 im Marinestandort Wilhelmshaven geborene Ludwig-Ferdinand Heinrich Georg Friedrich



Als Kultusminister mit demonstrierenden Schülern: Ludwig von Friedeburg Foto: pa

von Friedeburg nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und dem Notabatur bei der U-Boot-Waffe landete. Eine gewisse militärgeschichtliche Bedeutung gewann Friedeburg dadurch, dass der damalige Leutnant zur See mit 20 Jahren und

111 Tagen der jüngste deutsche U-Boot-Kommandant des Zweiten Weltkrieges wurde. Vom 9. September bis 21. Oktober 1944 überführte er U 155 von Lorient nach Flensburg. Erst anschließend besuchte er den Kommandanten-Lehrgang. Friede-

burg war nicht nur der jüngste U-Boot-Kommandant der Kriegsmarine, sondern auch jener, der am 1. Mai 1945 mit U 4710 das letzte Wehrmachts-U-Boot in Dienst gestellt hat. Vier Tage später versenkte Friedeburg, inzwischen Oberleutnant, mit seiner Mannschaft den Neubau nahe Flensburg in der Geltinger Bucht.

Exponent linker Bildungspolitik

Nachdem er zwei Jahre im Deutschen Minenräumdienst tätig gewesen war, an einem Übergangskurs für Kriegsteilnehmer in Cuxhaven teilgenommen hatte und die Abschlussprüfung für die Zulassung zum Studium bestanden hatte, studierte Friedeburg ab 1947 in Kiel Mathematik, Physik und Philosophie. 1949 wechselte er im Anschluss an den Besuch des Salzburger Seminars für Amerikanische Studien der Internationalen Sommerakademie für Bildende Kunst Salzburg nach Freiburg, wo er nun Psychologie, Philosophie und Soziologie studierte. 1951 wurde er Diplom-Psychologe. Im darauffolgenden Jahr promovierte er mit der Arbeit „Die Umfrage als Instrument der Sozialwissenschaften. Zur Methode und Verwendung der Umfrage unter besonderer Berücksichtigung der Umfrage in der Intimsphäre“.

Seit 1955 Abteilungsleiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung, habilitierte er sich 1960 bei Theodor Adorno mit der Arbeit „Soziologie des Betriebsklimas. Studien zur Deutung empirischer Untersuchungen in industriellen Großbetrieben“. Im selben Jahr heiratete er die Diplom-Soziologin und Adorno-Schülerin Ellen Schölch. 1962 folgte Friedeburg einem Ruf als Professor für Soziologie an die Freie Universität Berlin, nutzte jedoch die Gelegenheit, 1966 in dieser Funktion nach Frankfurt zurückzukehren.

1969 wurde der Sozialdemokrat Albert Osswald hessischer Ministerpräsident. Friedeburg holte er als Kultusminister in sein SPD-Kabinett. Vom späteren CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch stammt das Wort: „Ludwig von Friedeburg hat der CDU in Hessen wahrscheinlich mehr neue Mitglieder zugeführt als jeder andere.“

Fakt ist, dass der neue Kultusminister eine derart linke Bildungspolitik betrieb, dass er eine Symbolfigur für die sozialdemokratischen Bildungsreformen der damaligen Zeit wurde. Dazu gehörte neben der Einführung der Mengenlehre die Bekämpfung des dreigliedrigen Schulsystems. Letztere erfolgte durch die Einführung der Gesamtschule sowie einer sogenannten Förderstufe, durch die im Anschluss an die vierjährige Grundschule die Kinder zwei weitere Jahre lang gemeinsam unterrichtet werden sollten. Außerdem versuchte der Soziologieprofessor, den Geschichtsunterricht durch eine soziologischlastige Gesellschaftslehre zu ersetzen. Nach der Landtagswahl von 1974, in der die CDU erstmals stärkste politische Kraft wurde, ersetzte Osswald den umstrittenen, polarisierenden Friedeburg durch den bisherigen Staatsminister für Landwirtschaft und Umwelt Hans Krollmann.

Der Ex-Kultusminister widmete sich nun wieder vermehrt der Wissenschaft. Bereits im Sterbejahr Adornos war Friedeburg Nachfolger seines akademischen Lehrers als geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialforschung geworden. Wegen seines politischen Engagements war er dieses anfänglich nur formell gewesen. Nun, nach dem Ende seines Ausflugs in die Politik, konnte er es auch real werden. Bis 2001 behielt er dieses Amt. Neun Jahre später, am 17. Mai 2010, starb Friedeburg an seinem Hauptschiff Frankfurt am Main.

OTTOKAR DÖRFFEL

Deutscher Pionier in Brasilien

Vor 175 Jahren nahm die Obrigkeit dem 48er die bürgerliche Existenz – In der Neuen Welt machte der Beamtensohn Karriere

Wer im deutschen Kaiserreich „für die Republik sich erwärmt, der möchte herüber nach Brasilien kommen, er würde gründlichst geheilt werden und einen tiefen Abscheu dagegen kriegen“, bilanzierte Ottokar Dörffel, einer der bedeutendsten deutschen Kolonisten Brasiliens, in einem späten Brief Ende des 19. Jahrhunderts seine politischen Erfahrungen und nannte das viele Wählen einen Krebschaden für das Volk, die Republik „eine hässlich-schöne Komödie“. Es war ein düsterer Blick auf eine relativ stabile Demokratie in den 1880er nach einem Putsch gegen Kaiser Pedro II. gegründeten Vereinigten Staaten von Brasilien.

Der am 24. März 1818 als Sohn eines Beamten in der fürstlich Schönburgischen Herrschaft in Waldenburg/Sachsen geborene Dörffel nahm nach seiner Maturitätsprüfung, wie das Abitur bis etwa 1900 genannt wurde, 1839 an der Universität Leipzig ein Studium der Rechts- und Kameralwissenschaften auf. Obwohl er in der spannungsreichen Zeit des Vormärz Burschenschaftler wurde, beschrieb er selbst die Phase und den Umgang mit den Kommilitonen als „ohne jede politische Tendenz oder irgendeine verwerfliche Tendenz“. Dörffel wollte sich grundsätzlich streng gesetzestreu verhalten, war aber durch seine Mitgliedschaft in der verbotenen Burschenschaft in disziplinarische Untersuchungen verwickelt.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums 1842 ließ sich Dörffel noch im selben Jahr als Anwalt im Herzogtum Sachsen-Altenburg nieder. Doch zog es ihn zwei Jahre darauf nach Rochlitz, wo er die Tochter eines Uhrmachers ehelichte. Im Revolutionsjahr 1848 war der Jurist in Forderglauchau tätig und wurde dort als gemäßigter Liberaler zum Bürgermeister gewählt. Dörffel zog Recht und Ordnung noch immer den Unruhen vor. Als 1849 aufgewiegelter Bürger das Schloss Forderglauchau brandschatzen wollen, hielt er die Revolutionäre mit einer offenbar ergreifenden Rede auf. Er konnte allerdings nicht verhindern, dass Freischärler aus seiner Stadt sich den Aufständischen in Dresden anschlossen.

Das genügte, um Dörffel vor 175 Jahren, im Mai 1849, wegen „Teilnahme an hochverräterischen und aufrührerischen Unternehmungen“ anzuklagen – und zum Tode zu verurteilen. Doch dazu kam es nicht. Zunächst wurde die Strafe in zwölf Jahre Zuchthaus abgemildert. Und schließlich konnte Dörffel seine Unschuld in dritter Instanz 1852 endlich beweisen. Trotz des schwer erkämpften Freispruchs blieb die Rehabilitierung indes aus. Dem suspendierten Bürgermeister wurden die Stimm- und Wahlberechtigung entzogen, er selbst als Führer der Kommunalgarde entlassen.

Dörffel hielt nun nichts mehr in Deutschland. Am 24. Juli 1854 beantragte er

für sich und seine Frau einen Auswandererschein, um als Kolonist in die südbrasilianische Kolonie Dana Francisco auszuwandern. Das nur dünn besiedelte Land war auf der Suche nach fleißigen Kolonisten, und der Hamburger Kolonisationsverein von 1849 förderte das Projekt. Die Dörffels segelten mit der „Florentin“. Die Atlantiküberfahrten hatten es in der Zeit noch in sich – 35 Passagiere des Segelschiffs überlebten die zweimonatige Reise nicht.

Dörffel begann bei Null. Mit Säbel und Axt hat er den Wald gelichtet und mit Karst und Hacke den Boden für die Saat bereitet. Er errichtete eine Ziegelei, um den Kolonisten den Hausbau zu ermöglichen, und bot sich als Jurist der Kolonistenverwaltung an. Über seine Pionierleistungen berichtete Dörffel in einer regen Korrespondenz mit den Daheimgebliebenen, die heute zum Bestand des Staatsarchivs Chemnitz gehört.

Dörffel errichtete sich in Joinville eine Villa, die noch heute existiert und als Kunstmuseum dient. Er war in Brasilien zum Unternehmer geworden. Um das deutsche Kulturleben zu verfestigen, gründete er eine Druckerei. Das war ein nicht ganz leichtes Unternehmen, denn das Frachtschiff, das die ersten Druckmaschinen aus Europa anlieferte, sank 1858. Erst am 20. Dezember 1862 konnte er die erste Ausgabe seiner „Colonie-Zeitung – Anzeiger für Dana Francisco und

Blumenau“ herausbringen. Diese älteste deutsche Zeitung Brasiliens erschien bis 1942, dem Jahr, in dem Brasilien aufseiten der Alliierten in den Zweiten Weltkrieg eintrat und die deutsche Sprache verboten wurde.

Dörffel wurde Mitgründer der typischen deutschen Vereine des 19. Jahrhunderts: Sängerbund, Turnverein, Schulverein, Alldeutscher Verband, Kulturverein und Freimaurerloge „Deutsche Freundschaft zum Kreuz des Südens“. Er galt als herausragender Redner. Bis heute

würdigen die Freimaurer Joinvilles ihn regelmäßig auf dem Einwandererfriedhof der Stadt.

1873 veräußerte Dörffel die Druckerei und leitete bis 1877 de facto die Kolonialverwaltung. Um die Kolonie weiterzuentwickeln, vertraute er nicht auf die brasilianische Bürokratie. „Da heißt es oft rasch und entschlossen handeln, eine vollendete Tatsache und energisches Handeln findet bei unserer Regierung mehr Beachtung als ein Bittgesuch“, zierte ihn ein Biograf.

Dörffel war zudem für die deutschen Kolonisten der wichtigste Draht nach Deutschland. 1859 wurde er Konsul Hamburgs, 1869 des Norddeutschen Bundes, dem die Hansestadt seit dessen Gründung 1866 angehörte, und 1872 des Deutschen Reichs, zu welchem der Norddeutsche Bund 1871 durch den Beitritt der süd-deutschen Staaten erweitert worden war.

Joinville ist heute mit rund 570.000 Einwohnern die größte Stadt des brasilianischen Bundesstaats Santa Catarina und gilt neben Blumenau und Brusque als Zentrum der deutschen Kolonisation. Auch wenn der Zweite Weltkrieg das Deutschtum in Brasilien weitestgehend ausgebremst hat – Dörffels Entwicklungshilfe jenseits bürokratischer Auflagen ist bis heute in den Siedlungsgebieten der deutschen Zuwanderer sichtbar. Bernhard Knapstein



Ottokar Dörffel

Foto: Wikimedia

VON ANSGAR LANGE

Konrad Adenauer und Ernst Reuter sind unzweifelhaft zwei prägende politische Gestalten der frühen Bundesrepublik. Während der „Gründungskanzler“ (Hans-Peter Schwarz) den meisten Deutschen zumindest dem Namen nach noch geläufig sein dürfte, sieht es bei Ernst Reuter schon etwas anders aus. Der Bonner Historiker Jürgen Peter Schmied widmet den beiden auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen Figuren eine schlanke Schrift, welche die Vollblutpolitiker als Rivalen, Gegner und Verbündete zeichnet.

Der 1974 geborene Historiker Schmied ist ein ausgewiesener Kenner der Materie. Im Jahr 2010 veröffentlichte er im Verlag C.H. Beck eine voluminöse Biographie über Sebastian Haffner, einen der interessantesten Publizisten und populären Historiker der Bundesrepublik. Von 2010 bis 2018 arbeitete Schmied als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf und war Projektleiter der dortigen Dauerausstellung. Seit 2019 ist Schmied als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf tätig.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat Schmieds Stil anlässlich einer Rezension seines Haffner-Buches einst wie folgt beschrieben: „Er wird Haffner, der nicht zuletzt wegen seines Stils berühmt war, sowohl sprachlich als auch in seinem souveränen, gerecht abwägenden Zugriff auf dessen Art und Eigenheiten gerecht.“ Diese Feststellung darf man auch über seine jüngste Veröffentlichung im Rahmen der Ernst-Reuter-Hefte machen. Obwohl der eher als konservativ zu verortende Schmied dem Gründungskanzler Adenauer, dem er 2018 den sehr schönen Bildband „Konrad Adenauer. Der Kanzler aus Rhöndorf“ gewidmet hat, politisch näherstehen dürfte, beschreibt er sowohl Adenauer als auch Reuter mit Fairness und Sympathie. Sein Stil ist klar und verständlich, die Sprache menschlich einfühlsam. Sowohl der Laie als auch der Historiker können die Broschüre mit Genuss und Gewinn lesen.

Doch nun zum eigentlichen Buch, das vergangenes Jahr im Bebra Verlag erschienen ist, der sich seit seiner Gründung vor 30 Jahren schwerpunktmäßig mit der Geschichte und Zeitgeschichte der Region Berlin-Brandenburg beschäftigt. Die Ernst-Reuter-Hefte haben es sich zum Ziel gesetzt, auf knappem Raum ausgewählte Themen zur Biographie Ernst Reuters, zur Geschichte Berlins und zur allgemeinen deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert darzustellen. Die historischen Essays richten sich sowohl an ein Fachpublikum als auch an eine historisch interessierte Leserschaft. Beide Lesergruppen adressiert Schmied perfekt.

Was verbindet die auf den ersten Blick so unterschiedlichen Politiker? Beide haben gemeinsam, dass sie als Oberbürgermeister von Köln (Adenauer) und Magdeburg (Reuter) von den Nationalsozialisten aus dem Amt gejagt wurden. Während der 1889 im schleswigschen Apenrade geborene Reuter einer arrivierten bürgerlichen Familie entstammte, wuchs der 1876 geborene Adenauer in einem eher kleinbürgerlichen Milieu auf. Während beide ihre politischen Karrieren mit viel Fleiß verfolgten, mangelte es dem Großbürger Reuter immer am nötigen Stallgeruch in der SPD, während Adenauer die Christlich Demokratische Union über Jahre dominierte.

Wertvoll für Profis wie für Laien

Als Oberbürgermeister teilten der Sozialist Reuter und der Zentrumsmann Adenauer die Vorliebe für eine sehr expansive Ausgabenpolitik. Sie förderten den sozialen Wohnungsbau, um die Lebensqualität der Bürger spürbar zu verbessern. Beide einte eine „Vorliebe für kostspielige Großvorhaben“, so Schmied. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten war die politische Karriere erst einmal unter-

Zwei rivalisierende Stimmen für die Freiheit

Jürgen Peter Schmied zeichnet in einer von der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv herausgegebenen Publikation Ernst Reuter und Konrad Adenauer als Rivalen, Gegner und Verbündete



Am 16. Juli 1952: Ernst Reuter und Konrad Adenauer (von links)

Foto: akg images

brochen. Beide mussten sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Der Rheinländer Adenauer kam in Haft, der Preuße Reuter musste sogar für mehrere Monate in ein Konzentrationslager. Beim Aktenstudium gab sich der gebürtige Kölner übrigens deutlich preußischer, das heißt akribischer als der Freigeist Reuter, den eine lebenslange Liebe zur klassischen Philologie und zu Büchern auszeichnete, wie Schmied mit feinem Humor anmerkt.

Reuter, der im Juni 1947 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt worden war, profilierte sich als Führungsfigur des Berliner Widerstands gegen die sowjetische Aggression. Mit seinem Eintreten für die Gründung eines westdeutschen Teilstaates, für eine Stärkung des westlichen Bündnisses und eine entschlossene Politik gegenüber Moskau entfernte sich Reuter sehr weit von seiner eigenen Partei und näherte sich den Positionen Adenauer an, der 1949 in Bonn, der provisorischen Hauptstadt der Bundesrepublik, zum Bundeskanzler gewählt wurde.

Doch mit der Zeit traten die Differenzen bezüglich der Deutschlandpolitik immer offener zutage, da der Regierende Bürgermeister von Berlin eine wesentlich größere Bereitschaft als der Bundeskanzler an den Tag legte, mit den östlichen Machthabern in einen Dialog über die Wiedervereinigung einzutreten, während Adenauer den westlichen Verbündeten gegenüber mit sehr viel mehr Verständnis und Nachsicht begegnete, als dies bei Reuter der Fall war.

Wie war es um die politische Macht der beiden bestellt? Adenauer, der gegenüber sich selbst und gegenüber den politischen Mitbewerbern zur Härte neigte und keine Sentimentalitäten kannte, war aufgrund seines Amtes als Bundeskanzler und als Parteivorsitzender unangefochten. Reuter wurde zu einem der profiliertesten Politiker der frühen Nachkriegszeit, weil er etwas darstellte und weil er

über die Parteigrenzen hinweg sehr viel Sympathie genoss, zum Beispiel beim freidemokratischen Bundespräsidenten Theodor Heuss oder dem christdemokratischen Minister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser, der immer wieder als Fürsprecher Reuters auftrat.

Ein wenig dem Vergessen entrissen

„Schon die äußere Erscheinung war ähnlich imposant wie diejenige Adenauers“, schreibt Schmied. „Auf einem stattlichen Körper saß ein mächtiger Kopf, die großen, dunklen Augen wurden von buschigen Brauen und tiefhängenden Tränensäcken eingerahmt, ein Gehstock, auf den sich Reuter aufgrund einer Verwundung aus dem Ersten Weltkrieg stützen musste, erinnerte an seine intensiven Verstrickungen in die Zeitläufte, und schließlich besaß er mit der Baskenmütze, die er bei fast jeder Gelegenheit trug, ein unverkennbares Markenzeichen.“

Eine ganze Weile buhlte der Sozialdemokrat um die Gunst des Kanzlers, musste aber feststellen, dass er auf Granit biss. Die Bundestagswahl am 6. September 1953 bestätigte den politischen Kurs Adenauers eindrucksvoll. CDU und CSU konnten ihren Stimmenanteil von 31 auf 45,2 Prozent steigern, während die SPD bei etwas unter 29 Prozent herumdümpelte. Reuter starb am 29. September desselben Jahres mit erst 64 Jahren überraschend an einem Herzinfarkt. Adenauer hatte erkannt, dass den Westdeutschen ihr eigener materieller Wohlstand wichtiger war als die nationale Einheit. Ihn zeichnete ein herausragendes Gespür für die Wünsche der Wähler aus. Pragmatismus war stärker als Idealismus.

Auch wenn der in Gefühlsdingen eiserne Kanzler den Einsatz Reuters für die Freiheit Berlins intern durchaus schätzte, blieb er dessen Begräbnis ebenso fern wie dem Kurt Schumachers. In seinen Erinnerungen, die der zurückgetretene Kanzler

Mitte der 1960er Jahre schrieb und die immerhin vier Bände umfassten, erwähnte er seinen Rivalen und Gegner und nur sporadischen Verbündeten Reuter mit keinem Wort. Es scheint, als sei dem früh verstorbenen Sozialdemokraten die Gabe bürgerlicher Souveränität eher gegeben gewesen als dem hochbetagten verstorbenen Christdemokraten.

Schmieds schmale Schrift hat sicher nicht den Anspruch, die Geschichtswissenschaft auf einen neuen Kenntnisstand zu bringen. Am Ende des Büchleins findet sich eine überschaubare Liste bekannter Literatur, unter anderem von Willy Brandt und Richard Löwenthal, Theodor Heuss, Henning Köhler oder Hans-Peter Schwarz. Zahlreiche Bilder gestalten die Lektüre noch etwas abwechslungsreicher. Wegen der besseren Lesbarkeit und des populärwissenschaftlichen Anspruchs ist die Zahl der Fußnoten begrenzt.

Wie eingangs schon gesagt: Konrad Adenauer ist weiterhin im kollektiven Gedächtnis der Deutschen. Bei dem ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin dürfte dies nicht mehr uneingeschränkt der Fall sein. Das 2010 gegründete Ernst-Reuter-Archiv widmet sich daher dem Gedenken einer wichtigen Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung während der sowjetischen Besatzungszeit und der sowjetischen Blockade Berlins in den Jahren 1948 und 1949. Das Werk „Rivalen – Gegner – Verbündete“ entreißt Reuter wieder ein kleines Stück dem Vergessen.

Jürgen Peter Schmied: „Rivalen – Gegner – Verbündete. Konrad Adenauer und Ernst Reuter“, Heft 13 der Ernst-Reuter-Hefte, Bebra Wissenschaft Verlag, Berlin 2023, Paperback, 56 Seiten, 8 Euro



LEOPOLD UND LOEB

Kein perfektes Verbrechen

Theaterfreunde kennen vielleicht Patrick Hamiltons „Rope“, Filmfreunde Alfred Hitchcocks „Cocktail für eine Leiche“, Freunde des Musicals Stephen Dolginoffs „Thrill me – die Leopold und Loeb Story“. Alle drei basieren auf einem wahren Mordfall, der sich vor 100 Jahren im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, in Chicago ereignete.

Nur wenige Verbrechen waren derart sinnlos. Die beiden Täter, Nathan Leopold Junior und Richard Loeb, hatten scheinbar alles, was man sich nur wünschen kann. Sie waren jung, smart und hochbegabt. Und Geldprobleme hatten die beiden Sprösslinge sehr wohlhabender deutsch-jüdischer Familien auch nicht. Die Welt schien ihnen offenzustehen, eine glänzende Zukunft vor ihnen zu liegen. Aber das alles reichte ihnen nicht. Sie suchten den Nervenkitzel und empfanden es als Herausforderung, das perfekte Verbrechen zu begehen. Unrechtsbewusstsein oder Mitgefühl mit ihrem Opfer waren ihnen kein Hindernis.

Nachdem sie zuvor bereits diverse kleinere Straftaten begangen hatten, ohne dass man ihnen auf die Schliche gekommen wäre, planten sie mit noch nicht einmal zwanzig Lebensjahren das schlimmstmögliche Verbrechen: Mord. Am 21. Mai 1924 wurde Bobby Franks, ein 14-jähriger entfernter Verwandter und Nachbar Loeb, von den beiden in einen unter falschem Namen gemieteten Wagen gelockt, dort niedergeschlagen und anschließend erstickt. Die beiden verätzten der Leiche mit Säure das Gesicht, um eine Identifizierung zu erschweren, und versteckten sie außerhalb Chicagos an einer Bahnlinie in einem Abflussrohr. Um die Polizei auf eine falsche Fährte zu locken, erweckten sie den Eindruck einer Entführung aus finanziellen Motiven. So ließen sie der Familie ihres Opfers eine Lösegeldforderung in Höhe von 10.000 US-Dollar zukommen.

Einiges verlief indes nicht nach Plan. Noch vor einer Lösegeldübergabe wurde die Leiche von Eisenbahnarbeitern gefunden, und die Ermittler begannen an einer konventionellen Entführung aus finanziellen Motiven zu zweifeln. Auf die Spur von Leopold gelangte die Polizei, als sie neben der Leiche eine extrem seltene Brille aus seinem Besitz fand. Die Polizei machte die insgesamt nur drei Besitzer dieses Brillentyps im Großraum Chicago ausfindig, und Leopold vermochte keine triftige Erklärung dafür zu bieten, warum er seine nicht vorzeigen konnte. Des Weiteren ermittelte die Polizei, dass die Lösegeldforderung auf einer Schreibmaschine geschrieben worden war, die unter anderem Leopold benutzte, und dass die Handschrift auf dem zugehörigen Briefumschlag mit seiner übereinstimmte.

Neben Leopold geriet auch Loeb in Verdacht, als beide behaupteten, während der Tatzeit eine Spritztour mit Leopolds Auto unternommen zu haben. Dieses Alibi brachte der Chauffeur der Leopolds unfreiwillig zum Platzen, indem er gegenüber der Polizei in bester Absicht argumentierte, Nathan habe zur Tatzeit gar nicht am Tatort gewesen sein können, da er dessen Auto zu der Zeit in der Garage repariert habe. Schließlich gaben Leopold und Loeb das Leugnen auf.

Die beiden Minderjährigen wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Loeb wurde 1936 von einem Mithäftling getötet. Leopold wurde 1958 auf Bewährung entlassen, suchte in Puerto Rico die Anonymität und starb 1971 an einem Herzinfarkt. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Manchen Leuten reicht es einfach nicht aus, im Urlaub nach Mallorca zu fliegen oder an der Ostsee zu campen. Deshalb reisen sie lieber durch Länder wie den Irak, den Sudan, den Kongo, den Tschad und Jemen oder nach Syrien, Somalia, Pakistan, Afghanistan, Venezuela und Haiti. Der Wiener Tourismusforscher Peter Zellmann schätzt, dass etwa drei bis vier Prozent der Menschen in den westlichen Industriestaaten die sogenannten schönsten Wochen des Jahres nutzen, um Abenteuer oder Makabres zu erleben – und dies oftmals auch in Krisen- oder Kriegsgebieten.

Das verschafft Anbietern wie Warzone Tours und Hinterland Travel erhebliche Gewinne. Dabei gibt es ganz unterschiedliche Motive für einen derartigen „Dark Tourism“, wie der international gebräuchliche Fachausdruck für das gezielte Aufsuchen von Orten lautet, die durch Leid, Tod, Katastrophen und Verfall geprägt sind.

Manche der Reisenden wollen lediglich ihre Sensationslust befriedigen und immer neue Arten von Nervenzitgel erleben. Die Voyeure des Grauens zieht es geradezu magisch an Orte, „wo es knallt“, und die deshalb ständig in den Nachrichten auftauchen. Das verschafft ihnen gleichzeitig die Möglichkeit, aus der Masse herauszustechen und sich in den Sozialen Netzwerken als „Held“ zu präsentieren. In anderen Fällen ist ein ausuferndes Helfersyndrom die Haupttriebkraft.

Eine heikle Gratwanderung

Und dann sind da noch Touristen, die nicht bloß von echter Anteilnahme getrieben werden, sondern auch das Ziel verfolgen, hinter die medial errichteten Kulissen zu schauen, um ein unverstelltes Bild von jenen Gegenden des Planeten zu erhalten, die mit stark negativen Stereotypen behaftet sind. Aufschlussreich ist die Antwort von Markus Walter, dem Geschäftsführer der Agentur Diamir Reisen in Dresden, die unter anderem Trekking-Touren durch Pakistan und den Tschad anbietet: Diamirkunden seien zumeist auf der Suche nach den „letzten untouristischen Erlebnissen“, denn in 20 Jahren könnte es solche nicht mehr geben, weil sich die Welt rasend schnell verändere.

„Dark Tourism“ ist also eine heikle Gratwanderung, die ohne einen funktionierenden moralischen Kompass kaum ohne Abstürze zu bewältigen ist. Das zeigen nicht zuletzt die perversen Rundfahrten durch die Elendsviertel afrikanischer oder südamerikanischer Städte, bei denen die Reisenden auf „fotogene“ Armut treffen sollen, oder das Beispiel des deutschen Bloggers Stephan Müller, welcher Ende 2022 durch Afghanistan zog und anschließend in holprigen Worten verkündete: Die Taliban „sind ja gar nicht so



Reiz der Apokalypse: Das vom Vulkanausbruch 1995 zerstörte Gerichtsgebäude von Plymouth auf der britischen Karibikinsel Montserrat

Foto: imago/Westend61

FREMDENERKEHR

Reisen an die Orte von Tod, Elend und Katastrophen

„Dark Tourism“ ist zur florierenden Sparte im Erlebnistourismus aufgestiegen. Spezialanbieter führen für viel Geld an die düstersten Stätten des Planeten. Die Kunden treiben ganz unterschiedliche Motive

schlimm, außer die Unterdrückung der Menschen“.

Allerdings existieren durchaus noch andere Möglichkeiten, „Dark Tourism“ zu betreiben, statt aktuelle Kriegs- und Krisengebiete zu besuchen. Das beginnt mit der Besichtigung verlassener Geisterdörfer wie dem süditalienischen Craco oder der Diamantenbergbausiedlung Kolmannskuppe in Namibia sowie dem Abstieg in Beinhäuser voller Schädel und Skelette in Neapel, Palermo, Mailand und Rom oder auch den böhmischen Städten Melnik und Kuttenberg [Kutná Hora].

Ebenfalls vergleichsweise harmlose Gruseffekte bieten der angebliche „Selbstmordwald“ von Aokigahara am Fuße des japanischen Vulkans Fuji, die mit Hunderten von verstümmelten Puppen „verzierte“ Isla de las Muñecas in Mexiko und diverse Spuk-Schlösser. Solche befinden sich unter anderem im dänischen Hørve und dem rumänischen Siebenbürgen, der Heimat des legendären Fürsten

Vlad III., der für die Figur des Grafen Dracula Pate stand.

Deutlich verstörender ist dagegen das Wandeln am Ort realer Katastrophen, für die der Mensch oder die Natur verantwortlich zeichneten. Dazu zählen das Ufer des Nyos-Sees in Kamerun, wo 1986 um die 1700 Dorfbewohner durch giftige vulkanische Dämpfe starben, die 1995 bei einem Vulkanausbruch weitgehend verschüttete Stadt Plymouth auf der britischen Karibikinsel Montserrat und das „Tor zur Hölle“ bei Derweze in Turkmenistan, aus dem seit einem missglückten Bohrversuch sowjetischer Geologen vor 53 Jahren brennendes Methangas hervorschießt.

Renner ist Saddams „Blut-Koran“

Wer es noch etwas apokalyptischer möchte, der besucht das frühere Atomwaffentestgelände der UdSSR auf der Arktisinsel Nowaja Semlja, Red Gate Woods im US-Bundesstaat Illinois, den Lagerplatz der

strahlenden Überreste des ersten Atomreaktors der Welt, oder den Spitzenreiter in der Liste der „weltweit einzigartigen Orte“ des „Forbes Magazine“, nämlich die 1986 blitzartig geräumte 50.000-Einwohner-Stadt Prypjat unweit der Atomruine von Tschernobyl.

Zu den besonders makabren „Urlaubsfreuden“ zählen des Weiteren Wanderungen zum Gebirgssee Roopkund im indischen Himalaja, wo Hunderte Skelette von auf mysteriöse Weise ums Leben gekommenen Pilgern aus dem Schnee ragen, und Ausflüge ins Tal der Hängenden Särge von Sagada auf der philippinischen Insel Luzon.

Als regelrechter Heiliger Gral aller Globetrotter, die außergewöhnliche und verstörende Dinge sehen wollen, gilt aktuell ein Blick auf das Unikat des Korans, dessen 336.000 Wörter angeblich mit dem Blut von Saddam Hussein geschrieben wurden, nachdem der Diktator 1997 beschlossen hatte, sich damit bei Gott für

die Rettung aus mehreren Gefahrensituationen zu revanchieren. Dieses Buch liegt in der Umm-al-Qura-Moschee in Bagdad und wird nur extrem selten gezeigt.

Billig sind solche Reisen und Erfahrungen nicht. So verlangt Warzone Tours für eine Woche Somalia für zwei Personen 10.000 US-Dollar. Dazu kommen die Flüge und weitere 12.000 Dollar für die Rückführung der Leiche des Touristen, falls auf der Reise etwas schiefgehen sollte. Aber hier besteht Hoffnung – zumindest für Deutsche, denen das Geld nicht ganz so locker sitzt.

Immerhin gelten ja manche Viertel in den Großstädten der Bundesrepublik mittlerweile auch als Gefahrenzone und potentielles Bürgerkriegsgebiet. Deshalb könnte „Dark Tourism“ unter Mottos wie „Nachts in Bus und Bahn“ oder „Silvester in Berlin-Kreuzberg“ demnächst auch im eigenen Lande möglich sein, was die Kosten für diese Art von Urlaubsgestaltung erheblich reduzieren würde.

SICHERHEIT

Sandburgen sind gefährlicher als Haie

Forscher weisen nach: In den beliebten Strandbauten verunglücken mehr Menschen tödlich als durch Attacken von Meerestieren

Der Aufenthalt am Meer und das Baden in der offenen See sind nicht ungefährlich. Vor allem in wärmeren Gewässern stellen auch Haie oder giftige Schlangen, Quallen und ähnliches Getier ein Risiko dar. Diese Gefahr wird allerdings überschätzt. So zeigt eine Studie von Sean Kelly, Shane Daw und Jasmin Lawes von der Rettungsorganisation Surf Life Saving Australia, die im März im „Australian and New Zealand Journal of Public Health“ erschien, dass nur rund zwei Prozent der 1667 Menschen, welche zwischen 2012 und 2022 an australischen Stränden ums Leben kamen, Opfer der Meeresfauna wurden.

In der Mehrzahl gingen die Todesfälle auf Ertrinken, Herzversagen und schwere Verletzungen zurück, die nicht aus dem Kontakt mit Tieren resultierten. Gleichzeitig zeigte die Untersuchung der Mediziner Bradley Maron, Barry Maron und Tammy Haas von der Harvard Medical School in Boston und der Minneapolis Heart Institute Foundation, über deren Ergebnisse im „New England Journal of Medicine“ berichtet wurde, eine weitere Gefahrenquelle auf, welche in der öffentlichen Wahrnehmung freilich noch kaum eine Rolle spielt.

In dem Zehn-Jahres-Zeitraum von 1997 bis 2007 wurden elf Menschen an

den Küsten der USA von Haien attackiert, wobei die meisten keine tödlichen Verletzungen erlitten. Parallel hierzu ereigneten sich allerdings laut Aussage der drei US-Ärzte 52 schwere Unfälle mit Sandburgen am Strand, bei denen es 31 Tote gab – die übrigen Opfer konnten noch rechtzeitig geborgen werden und überlebten dank sofort eingeleiteter medizinischer Maßnahmen. Die Betroffenen waren dabei zumeist junge und fast immer männliche Personen im Alter zwischen drei und 21 Jahren. Die Sandburgen, in denen sie verunglückten, wiesen Durchmesser zwischen 0,6 und 4,6 Metern und Tiefen von 60 bis 370 Zentimetern auf.

Wenn es zu Todesfällen infolge des Einsturzes der Sandburgen beziehungsweise der Wände von selbst gegrabenen Löchern im Sand kam, rührten sie stets aus dem Gewicht des Sandes, welches den Atemvorgang blockierte und das Blut in den Kopf presste, was zu tödlichen Hirnschädigungen führte. Sand in der Lunge wies dahingegen keiner der Verstorbenen auf.

Die zur Todesfälle gewordenen Sandburgen entstanden allesamt in ursprünglich nassem Sand, der Böschungswinkel bis fast 90 Grad erlaubt. Wenn die Sonne den Sand dann austrocknet, wird er schon bei einer Wandneigung von rund 30 Grad

instabil. Ab diesem Moment reichen bereits kleine Erschütterungen, Windstöße, weiteres Graben oder das Hineinfallen in das Loch, um die Katastrophe auszulösen.

Ebenso ist es überraschend schwer, verschüttete Personen schnell wieder zu befreien: Der Sand umschließt die Opfer sehr fest, was die Bergung ungemein verkompliziert. Um Unfälle mit Bauten am Strand zu vermeiden, empfehlen Maron und seine Kollegen neben der lückenlosen Beaufsichtigung spielender Kinder, nur maximal knietiefe Löcher zu graben und diese vor dem Weggehen wieder zuzuschütten. Das diene im Übrigen auch dem Schutz von Tieren am Strand. W.K.

NEIDENBURG

Gesangswettbewerb in der Burg

Fünf Jahre Basisarbeit mit Grundschulern der Deutschen Minderheit

VON UWE HAHNKAMP

Es ist eine der erfolgreichsten Initiativen der letzten Jahre der Deutschen Minderheit und des Deutschunterrichts in der Woiwodschaft Ermland-Masuren: der Walter-Kollo-Wettbewerb des deutschen Liedes im Kreis Neidenburg. Zur diesjährigen fünften Ausgabe luden die Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Neidenburg und die Grundschule „Johannes Paul II.“ in Grünfließ am 18. April Grundschüler aus dem Kreis Neidenburg mit Deutsch als Minderheitensprache in den Rittersaal der Neidenburger Burg ein, um dort ihre Deutsch- und Gesangkünste zu zeigen.

Was als kleiner, ambitionierter Versuchsballett gestartet war, hat inzwischen seinen Platz bei den Selbstverwaltungen von Stadt und Kreis Neidenburg und damit auch auf der Burg, dem Wahrzeichen der Stadt, gefunden. Das schlägt sich auch auf die finanzielle Unterstützung nieder. Sowohl Bürgermeister Jacek Kosmala als auch Landrat Marcin Paliński ließen es sich nicht nehmen, als Sponsoren für die Preise der Gewinner des Wettbewerbs aufzutreten. Weitere Gelder gab es von der Kreisgemeinschaft Neidenburg und vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG).

Auf vielen Beinen steht man gut

Eingebunden in das Ereignis sind auch das Zentrum für die Entwicklung der Bildung des Landkreises Neidenburg und das Kulturzentrum der Stadt. Die Direktoren Małgorzata Wilińska respektive Krzysztof Żukowski übernahmen in der Jury die Beurteilung der auftretenden Schüler. Die Fäden in der Hand – mit kräftiger Unterstützung aus ihren Organisationen – hatten wie immer die Vorsitzende der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit Sabina Reguła und der Direktor der Grundschule „Johannes Paul II.“ in Grünfließ, Rafał Ziółkowski, die auch die Moderation der Veranstaltung übernahmen. Der Walter-Kollo-Wettbewerb hat eine solide Basis und hat



Siegte in ihrer Altersklasse mit dem Lied der „Jahresuhr“: Emilia Rostek bei ihrem Vortrag

Foto: U.H.

auch die Pandemie gut überstanden, obwohl damals die Organisation schwieriger und die Beteiligung geringer waren.

Namensgeber ist ein berühmter Neidenburger, dessen ursprünglicher Name Walter Elimar Kollodzieyski lautete. Über Königsberg kam er nach Berlin, wo er mit verkürztem Nachnamen ab 1910 als Walter Kollo mit Singspielen, Operetten und anderen Werken der leichten Muse Erfolg hatte. Einer seiner bekanntesten Titel ist „Die Männer sind alle Verbrecher“ aus der Operette „Wie einst im Mai“, das die Sängerin Brigitte Mira noch bis vor wenigen Jahren interpretierte. Sein Sohn Willi trat als Komponist in seine Fußstapfen, sein Enkel war der bekannte Schlagersänger und Tenor Rene Kollo.

„... aber lieb sind sie doch“

... aber lieb sind sie doch, die Männer in Walter Kollo's Lied, lieb waren auch die Vertreter der Jury, die mit geschärften Ohren und Argusaugen die Auftritte der

Grundschüler verfolgten. Für eine familiäre Atmosphäre sorgten ebenso liebe Freunde, Lehrerinnen und Organisatoren, sodass das Lampenfieber sich bei allen Künstlern in Grenzen hielt. Trotzdem war die Nervosität in den Vorträgen zu spüren. Mit phantasievollen Kostümen und Requisiten von Schlafanzug über Bienenflügel, Regenschirme und Sonnenbrillen bis zu farbenfrohen Elfen boten sie ihre Lieder dar, während Maria Dytrych aus Grünfließ, die Siegerin der ältesten Gruppe, in einem schlicht-eleganten schwarzen Kleid auftrat.

In drei Altersgruppen legten sich die Kandidaten ins Zeug – die vor und die nach 2013 Geborenen, sowie die Teilnehmer aus diesem Geburtsjahrgang. Entsprechend war die Auswahl der Lieder, von Kinderliedern wie der „Jahresuhr“, mit der Emilia Roska von der Grundschule in Rontzken in der jüngsten Gruppe gewann, oder „Danke, Mama“, das Lena Wizła, ebenfalls aus Rontzken, den drit-

ten Platz bei den 2013ern bescherte. Kinga Reguła von der Grundschule Nr. 1 in Neidenburg, die dort den ersten Platz belegte, hatte sich dagegen sehr mutig Mark Forsters „Sowieso“ gewählt, und auch die älteren Sängerinnen griffen zu modernen Liedern. Oliwia Krawczyk aus Lahna auf Platz zwei trug „Meilenweit“ von Vanessa Mai vor, Maria Dytrych „Nie vergessen“ von Glasperlenspiel. Die Jury hatte wahrlich keine leichte Aufgabe.

Vor der Preisverleihung traten als Retrospektive unter anderem die ehemaligen Siegerinnen Iga Potapiuk und Julia Perzanowska aus Neidenburg als Duo auf. Neben Danksagungen für die Lehrerinnen, die ihre Schützlinge vorbereitet hatten, sowie Urkunden und Preisen für die Teilnehmer, die Bürgermeister Kosmala persönlich verteilte, wurde das fünfjährige Jubiläum mit einer Torte begangen. Außerdem gab es Goldene Tickets für die 30-Jahr-Feier der Neidenburger Gesellschaft Deutscher Minderheit am 29. Juni.

● MELDUNGEN

Protest gegen Recyclingwerk

Bischofsstein-Senkitten – In Bischofsstein regt sich Protest gegen einen Abfallverarbeitungsbetrieb. Er soll in Senkitten stehen, wo bereits ein ähnliches Unternehmen tätig ist. Im neuen Werk sollen Abfälle aus Verbrennungsprozessen zu Materialien für den Straßenbau verarbeitet werden. Während die Firma betont, dass die Auswirkungen auf die Umwelt nicht über das Gelände hinausgehen, sind die Einwohner skeptisch. Sie weisen auf einen Brand dieser Aschen in Allenstein hin, bei dem schädliche Substanzen, wie Dioxine, freigesetzt wurden. Außerdem befürchten die mehr als 1000 Unterzeichner des Protests, dass gefährliche Materialien bei ihnen endgelagert werden. Unweit der Baustelle ist ein Grundwasservorkommen, das die Gemeinde mit Trinkwasser versorgt. Auch wenn die Firma betont, dass das Werk erst in einigen Jahren in Betrieb gehen soll, sind weitere Proteste zu erwarten. U.H.

Siegfried-Lenz-Wettbewerb

Lyck – Menschen aus der ganzen Welt sind von der Stadt Lyck aufgerufen, ihre Werke einzusenden, die mit dem in Lyck geborenen Schriftsteller Siegfried Lenz verbunden sind. Vor seinem Geburtstag am 17. März wurde die achte Ausgabe des internationalen Literaturwettbewerbs eröffnet, der seinen Namen trägt. Gesucht werden Erzählungen, Novellen oder Prosa, die an die verschiedenen Kulturen und Themen anknüpfen, die Lenz aufgegriffen hat, insbesondere die Problematik der Koexistenz von Menschen unterschiedlicher Wertesysteme und die Spezifika der Heimatregionen. Bis zum zweiten Juni sind Beiträge zum Wettbewerb an die Lycker Stadtbibliothek zu schicken. Es ist ein Preisgeld von umgerechnet etwa 3500 Euro ausgelobt. Genauere Informationen unter www.biblioteka.elk.pl U.H.

ALLENSTEIN

Schwarte verlagert seine Produktion nach Kroatien

Zu hohe Kosten als Grund – Das südliche Ostpreußen verliert damit einen wichtigen Arbeitgeber

Ein wichtiger Arbeitgeber in der Region, die Schwarte-Gruppe, schließt Ende Juni die Produktion in seinem Betrieb Schwarte Milfor in Allenstein. Ab Juli werden dessen Produkte nicht mehr im südlichen Ostpreußen, sondern in Kroatien hergestellt.

Schwarte Processing gilt als einer der europäischen Markt- und Technologieführer bei der Herstellung von Behältern und Anlagen für die Lagerung und Verarbeitung empfindlicher Lebensmittel, aber auch für die Herstellung von Bodenbehältern und Anlagen für Produktionsprozesse wie Fermentation oder Sterilisation. An Standorten in der Bundesrepublik, Österreich und der Republik Polen werden innovative Systemlösungen für die Molke-, Pharma-, Kosmetik-, Chemie- und Lebensmittelindustrie erstellt. Lange Zeit bot die Niederlassung des Unternehmens vielen Menschen vor Ort einen sicheren

Arbeitsplatz. Dann jedoch tauchten im Internet alarmierende Gerüchte auf, wonach das Unternehmen seinen Betrieb in

Alenstein einstellen und seinen Hauptsitz nach Kroatien verlegen wolle. Obwohl viele das für reine Spekulation hielten, bestä-

tigte ein landesweites Internetportal, dass das Werk im südlichen Ostpreußen in Kürze die Produktion einstellen wird. 72 der 166 beschäftigten Arbeitnehmer sollen ihren Arbeitsplatz verlieren. Diese Zahl hatte Schwarte im Februar mitgeteilt. Insbesondere Schweißer, Monteure und Schlosser könnten arbeitslos werden. Wie die Geschäftsführerin des Unternehmens, Danuta Skrajny, den Medien mitteilte, wird die Behälterproduktion ab Juli in die hochmoderne Produktionsstätte der Muttergesellschaft Harburg-Freudenberger Maschinenbau GmbH in Valpovo, Kroatien, integriert, während die Ingenieurkompetenz bei der Schwarte-Gruppe in Allenstein verbleibt und ausgebaut wird.

Das Unternehmen begründet die Entlassungen mit den hohen Energie-, Infrastruktur- und Arbeitskosten sowie dem Preisdruck. Kurz gesagt, die Produktion

in der Republik Polen wurde für den deutschen Konzern immer unrentabler, da die Fabrik in den letzten Jahren Verluste erwirtschaftete. Das in Allenstein verbleibende Ingenieurzentrum soll enger mit der Universität Ermland-Masuren zusammenarbeiten. Die Ingenieure sollen Edelstahlbehälter und Prozessanlagen für verschiedene Anwendungen konstruieren sowie Wartungsarbeiten vornehmen.

Die Schwarte-Gruppe hat ein Angebot für die entlassenen Mitarbeiter, das sie in Absprache mit den Gewerkschaften ausarbeitet hat. Dazu gehören Abfindungen, Unterstützungsleistungen, Umschulungsmaßnahmen, Ausbildungshilfen oder Freistellungen für die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz. Am anderen polnischen Standort von Schwarte in Köslin läuft der Betrieb vorerst wie gewohnt weiter. Dawid Kazanski



Alenstein: Niederlassung der Schwarte Group

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Sareik, Hilde, geb. **Niedzkowski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai

ZUM 101. GEBURTSTAG

Joneleit, Irmgard, geb. **Emmenthal**, aus Klein Engela, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Schmidt, Elsbeth, geb. **Lange**, aus Bartendorf, Kreis Wehlau, am 18. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai
Koppetsch, Martha, geb. **Fuchs**, aus Mecken, Kreis Ebenrode, am 23. Mai
Sievers, Emmi, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Masurek, Käthe, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Rauch, Susanne, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 19. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bruns, Erna, geb. **Wieberneit**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Mai
Kraus, Kurt, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 23. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dziersk, Ursula, geb. **Kost**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai
Klein, Charles M., aus Lyck, am 20. Mai
Scharf, Käte, geb. **Harbacher**, aus Stempelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai

Schulz, Franz, aus Altdamm, am 22. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, am 20. Mai
Döhring, Heinz, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Huhn, Anneliese, geb. **Kuchanzewski**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Mai
Jellonnek, Margarete, geb. **Sobolewski**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 19. Mai
Lukowski, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Madle, Ursula, geb. **Zuehlsdorf**, aus Bieberwalde, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brosig, Hildegard, geb. **Hohmann**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Hömke, Hildegard, geb. **Werner**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 23. Mai
Rudzki, Ilse, geb. **Kleimann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 23. Mai
Wienand, Anneliese, geb. **Grundmann**, aus Mohrunen, am 20. Mai
Zniniewicz, Renate, geb. **Schwarz**, aus Kuppen, Kreis Mohrunen, am 17. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Christoph, Reinhold, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 23. Mai
Höcker, Kurt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Lassek, Hubert, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Neumann, Hildegard, geb. **Melza**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 21. Mai
Puppik, Ruth, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 23. Mai
Radzik, Fritz, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Riedel, Helga, geb. **Klein**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 17. Mai

Sailer, Erna, geb. **Ring**, aus Grünwalde, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Schmidt, Walter, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. Mai
Schuppenies, Helmut, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Utschakowski, Gert, aus Fischhausen, am 23. Mai
Wendel, Christa, geb. **Geruschkat**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. **Szybalski**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Fölsch, Charlotte, geb. **Wanagat**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode am 19. Mai
Götze, Traute, geb. **Reetz**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 23. Mai
Junga, Heinz, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Kuphal, Horst, aus Wehlau, am 23. Mai
Lorenschat, Kurt, aus Warthenhöfen, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Meyer, Hans, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. Mai
Mielke, Karl, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Patz, Gertrud, geb. **Siegmund**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai
Ramm, Gerda, geb. **Aukthun**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Seyda, Reinhard, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai
Warsewa, Elfriede, geb. **Blumenstein**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Zeil, Hildegard, geb. **Dahlmann**, aus Neidenburg, Schloßgut, Kreis Neidenburg, am 21. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bergsch, Anna, geb. **Laniewski**, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 17. Mai
Christoleit, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 22. Mai
Griguleit, Ruth, geb. **Domurath**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai

Kosmowski, Hans-Georg, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Maerz, Frieda, geb. **Schröter**, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 18. Mai
Rekowski, Frieda, aus Rumtau, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Sawicki, Hildegard, geb. **Sdorra**, aus Sorden, Kreis Lyck, am 20. Mai
Tubenthal, Barbara, geb. **Kirsten**, aus Treuburg, am 18. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baumgarten, Waltraut, geb. **Kulschewski**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 17. Mai
Blankenstein, Horst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Burghardt, Siegfried, geb. **Iwannek**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai
Funk, Ingelore, geb. **Preuß**, aus Kuckerneise, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Lueth, Christel, geb. **Rydzewski**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 20. Mai
Mucha, Reinhold, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Nüchtern, Waltraud, geb. **Schmidtke**, aus Silberbach, Kreis Mohrunen, am 22. Mai
Olias, Wilhelm, aus Regeln, Kreis Lyck, am 17. Mai
Schäfer, Hanna, geb. **Warstat**, aus Wehlau, am 23. Mai
Schleg, Anni, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 21. Mai
Schönwald, Gertraud, geb. **Pomerin**, aus Ortelsburg, am 21. Mai
Skowron, Georg, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. Mai
Städter, Erika, geb. **Klein**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 23. Mai
Wittkowski, Helmut, aus Rohmannen, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arndt, Kurt, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. Mai
Berwein, Willi, aus Ortelsburg, am 21. Mai
Buttgereit, Harry, aus Seedrancken, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Erdmann, Edeltraut, geb. **Gollub**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 18. Mai
Esser, Ingeborg, geb. **Petrowitz**, aus Lyck, am 21. Mai
Goetz, Traute, geb. **Feyerabend**, aus Kalkstein, Kreis Fischhausen, am 23. Mai
Hornbogen, Manfred, aus Lötzen, am 21. Mai

Janz, Manfred, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Mai
Krause, Inge, geb. **Dzikowski**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Martin, Erna, geb. **Kopka**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Pohl, Brigitte, geb. **Weber**, aus Lyck, am 20. Mai
Pomarolli, Brigitte, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, am 17. Mai
Reichentrog, Ilse, geb. **Brosius**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 18. Mai
Rose, Ingrid, geb. **Kroschinski**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 18. Mai
Sahs, Artur, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Schwalm, Reinhold, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 21. Mai
Slopianka, Frank, aus Lyck, am 21. Mai
Wiemann-Barge, Herta, aus Lötzen, am 17. Mai
Wischniewski, Kurt, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 17. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abel, Renate, geb. **Meschkat**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 18. Mai
Bäk, Günter, aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 17. Mai
Bardenhagen, Gerda, geb. **Mock**, aus Quellbruch, Kreis Ebenrode, am 18. Mai
Böhnke, Magnus, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 17. Mai
Frasa, Ingrid, geb. **Sorowy**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai
Gregorzewski, Armin, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 23. Mai
Groppel, Ingrid, geb. **Schmidt**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Langeloh, Ursel, geb. **Mrotzek**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 20. Mai
Meschonat, Werner, aus Ortelsburg, am 21. Mai
Munz, Renate, geb. **Sokol**, aus Lyck, am 19. Mai
Scheffer, Renate, geb. **Czypull**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 23. Mai
Schmedemann, Gerhard, aus Rübzahl, Kreis Lötzen, am 17. Mai
Schwabe, Georg, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 19. Mai
Seiler, Brigitte, geb. **Faltin**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Serowy, Reinhold, aus Markshofen, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Szepanek, Jürgen, aus Kleineppingen, Kreis Neidenburg, am 17. Mai
Teubner, Herbert, aus Mohrunen, am 23. Mai
Winkler, Helga, geb. **Pilch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Mai
Wittern, Erika, geb. **Berg**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 20. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Grunwald, Dieter, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 21. Mai
Kawashima, Helga, geb. **Reuter**, aus Dingeln, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Meinert, Dietmar, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 18. Mai
Pludra, Gerd-Rüdiger, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 17. Mai
Radio, Horst, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Sawatzki, Gert, aus Sannen, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Schulzki, Ingrid, geb. **Bork**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 21. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Krenkel, Annelies, geb. **Böhnke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Müller, Gisela, geb. **Böhnke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Schmidt, Marianne, geb. **Bertram**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 27. Mai

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Pfungstochsenfest der Dittchenbühne: Kreispräsident schneidet Ochsen an

Elmshorn - Am kommenden Pflugstochsenfest, 19. Mai 2024, findet wieder das traditionelle Stadtteilfest des Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ statt – mit dem großen Flohmarkt rund um die Dittchenbühne, mit einem interessanten Programm auf der Kulturbühne, mit Grillereien und Getränken und vor allem: mit dem Ochsen am Spieß, wie man ihn heute leider nur noch ganz selten bekommt.

Start ist am Pflugstochsenfest bereits um 10 Uhr auf dem Gelände der Dittchenbühne. Um 11 Uhr findet der erste Höhepunkt des Tages statt: Kreispräsident Helmuth Ahrens schneidet den

gut durchgebratenen Ochsen an und eröffnet damit den Festschmaus im Hof der Dittchenbühne. Auf der Kulturbühne treten unter anderen die „Molenkieker“ auf – ein beliebter Shanty-Chor aus Glückstadt. Rund um die Dittchenbühne wird ein Riesen-Flohmarkt veranstaltet, der sich auch in die angrenzenden Straßen fortsetzt – denn auch die Nachbarn freuen sich auf die Schnäppchenjäger...

Da die Verkehrssituation am Veranstaltungsort wahrscheinlich wieder sehr angespannt sein dürfte, appelliert das „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ an alle, denen es irgend möglich ist, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zum Festgelände zu kommen. Wer mit dem Auto kommt, sollte sich schon weit-

räumig vor der Dittchenbühne einen Parkplatz suchen.

Der Ochse am Spieß wird übrigens schon am späten Samstagnachmittag im Hof der Dittchenbühne „angefeuert“. Er wird geliefert von der Schlachtereierie Fölscher und dann am Samstag ab Nachmittag und in der Nacht zum Sonntag betreut und bewacht von

Christian Koschick von der Landschlachtereierie Thies. Der Samstagabend entwickelt sich immer zu so etwas wie zum „Fest vor dem Fest“ – mit Grillwürstchen und Getränken.

Weitere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Altmühlfranken – Freitag, 24. Mai, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: gemeinsames Essen, Currywurst; Pommersches Kalenderblatt, ein Gang durch die pommersche Geschichte von und mit Edith Richter.

Ansbach - Der Bund der Vertriebenen, Stadtverband Ansbach, die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ansbach sowie die Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach e.V. laden aus Anlass des 300. Geburtstages des Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724-1804) zu einer angemessenen Erinnerung an das Leben des bedeutendsten Vertreters der abendländischen Philosophie ein.

Musikalische Eröffnung: Sonate in f-Moll von Johann Friedrich Reichardt, Freund von Immanuel Kant, Pianist: Paul Sturm, Sachsen
Festvortrag: „300 Jahre Immanuel Kant - Der Weltgelehrte aus Königsberg“. Ein Vortrag mit Lichtbildern aus der Welt des berühmten Philosophen Jörn Pekrul, Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr), Berlin.
Samstag, 15. Juni, 15.00 Uhr, Karls-halle, Karlsplatz, Ansbach

Der Eintritt ist frei. Spenden sind willkommen.

Um Anmeldung bis 10. Juni unter dr.juergen.danowski@gmx.de oder telefonisch unter 0981-84677 wird gebeten.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Landesgruppe - Wir bitten alle, die mit dem eigenen Pkw zum Treffen in Wolfsburg am 1. Juni fahren und eine Mitfahrgelegenheit anbieten können, um eine Mitteilung an meine Handy-Nr. 01522 4025314.

Das gleiche gilt für Interessenten, die mitgenommen werden möchten. Ich würde gerne Mitfahrgelegenheiten vermitteln.

Heinrich Lohmann



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Monatstreffen

Sonnabend, 25. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35.

Nun will der Lenz uns grüßen. Ein fröhlicher Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit. Musikalische Begleitung Mathias Budau mit Gitarre.

Zuvor erfreuen wir Sie mit Kaffee und Kuchen.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Und plötzlich stand ein Elch im Saal - Das war das 27. Landestreffen der Ostpreußen Mecklenburg-Vorpommern in Anklam

Das 27. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern war wieder überaus gut besucht. Landesvorsitzender Manfred Schukat konnte am 11. Mai etwa 750 Landsleute und Freunde der Heimat im Volkshaus Anklam begrüßen. Trotz Maximalbestuhlung blieb kein Platz leer. So hat sich das kleine Anklam gegen Rostock, Schwerin und Neubrandenburg etabliert, wo die großen Hallen schon nicht mehr bezahlbar sind. Auf der Bühne und den Tischen leuchteten überall gelbe Osterglocken und Forsythien, während fast 100 bunte Fahnen aller Heimatkreise, der meisten ostpreußischen Städte und vieler Dörfer rundum die Wände schmückten. Zum leichten Auffinden waren für die Besucher 60 runde Tische mit großen Schildern ihrer Stadt- und Landkreise in Ostpreußen vorbereitet. Alle Kreise waren mehr oder weniger gut vertreten, ebenso wie fast alle Bundesländer.

Unter den über 100 erstmals Teilnehmenden fanden sich auffallend viele Nachkriegs-Jahrgänge. Ulrike Madeya aus Kiel präsentierte einen ostpreußischen Handarbeitsstand. Doch die Kulturgruppen aus Polen und Litauen kamen von am weitesten her, denn die

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern hatte fast 80 Gäste aus Ostpreußen eingeladen. Ein Bus war aus Ermland-Masuren mit den Chören „Stimme der Heimat“ Lötzen, „Warmia“ Heilsberg und der Jugend-Tanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein angereist, ein weiterer kam aus Memel (Klaipėda) mit dem Schülerchor des deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasiums. Der befreundete russische Kant-Chor Gumbinnen sandte ein Gruß-Video, weil er leider nicht über die polnisch-russische Grenze durfte. Die Gruppen übernachteten aus Kostengründen im nahen Stettin.

Musikalisch umrahmt wurde das Landestreffen vom hochprofessionellen Landespolizei-Orchester Mecklenburg-Vorpommern mit dem Dirigenten Johannes Meures. Zu „Preußens Gloria“ und vor den staunenden Augen des Publikums posierte ein lebensgroßer Elch vor der Bühne auf und ab. Diese naturgetreue Skulptur aus Polen ist eine Referenz der Ostpreußen-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern an das 300-jährige Gumbinnen, von Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. am 24. Mai 1724 gegründet, sowie an die drei mittelalterlichen Teilstädte von Königsberg - Altstadt, Löbenicht und Kneiphof -, die der Soldatenkönig ebenfalls vor 300 Jahren am 13. Juni 1724 zu einer Stadt vereinigte. So war es eine besondere Ehre, dass Pfarrer Philip Kiril Prinz von Preußen als ältester Ur-Ur-Enkel des letzten deutschen Kaisers nun in Anklam die Morgenandacht hielt. Zum feierlichen Totengedenken wurden die seit Jahresbeginn bekannt gewordenen Verstorbenen namentlich erinnert. Ihnen und der Heimat zu Ehren stimmten die Landsleute stehend in ihre Heimathymne vom „Land der dunklen Wälder“ ein. Engagierte Grußworte entboten der stellvertretende Landrat von Vorpommern-Greifswald, Jörg Hasselmann, sowie Barbara

Ostpreußisches Landesmuseum



Lüneburg – Sonntag, 19. Mai 2024, Eintritt frei! **Internationaler Museumstag im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum.** Besuchen Sie unser Museum von 10.00 bis 18.00 Uhr unter dem Motto „Museum mit Freude entdecken“ bei freiem Eintritt! *Führung: 11.00 – 12.30 Uhr: Highlights in der Dauerausstellung mit Petra Vollmer*

Rużewicz vom Deutschen Verein Lötzen und Arnold Piklaps vom Verein der Deutschen in Klaipėda.

Historischer Ehrengast war diesmal aus Anlass seines 300. Geburtstages der berühmte Philosoph aus Königsberg, Immanuel Kant, in historischem Kostüm dargestellt vom Verfasser dieser Zeilen. Kant berichtete aus seinem Leben in Königsberg und Ostpreußen, welches er nie verlassen hat. Besonders mahnte der größte Philosoph der Aufklärung den Weltfrieden an. Nur wenige wissen, dass Russland im Siebenjährigen Krieg ganz Ostpreußen von 1758 - 1762 schon einmal besetzte und Kant damit zeitweise russischer Staatsbürger war. Er rief aber nicht etwa zu Widerstand, Gewalt und Ungehorsam auf, sondern er hat die Umstände ertragen. Und tatsächlich - nach dem Tod von Zarin Elisabeth gab ihr Sohn, Zar Peter III., Ostpreußen an Preußen zurück. In seiner wegweisenden Schrift „Zum ewigen Frieden“ zeigte Kant genau diesen Verhandlungsweg als einzig mögliche Lösung auf. Sonst steuert die Menschheit auf die globale Katastrophe und Friedhofsruhe zu - eine andere Art „ewigen Friedens“, die niemand wollen kann. Als Dank für diesen Vortrag erhielt der Referent aus den Händen von Landsmann Manfred Milewski aus Lyck, eine frisch geprägte 20-Euro-Münze mit dem Bildnis Kants und seinem bekanntesten Ausspruch vom „bestirnten Himmel über mir und dem moralischen Gesetz in mir“.

Den kulturell-musikalischen Auftakt nach der Mittagspause machte das Mecklenburg-Pommener Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten mit einem Feuerwerk an Volkstänzen, Kostümen und Farben. Währenddessen sammelten zwei Mitarbeiterinnen der Deutsche Kriegsgräberfürsorge MV aus Schwerin im Saal fast 800,00 Euro Spenden für die friedensstiftende Arbeit des Volksbundes ein. Die angereisten Kulturgruppen aus Ostpreußen hatten eigens für Anklam musikalische Grüße aus der Heimat mitgebracht. Der Schülerchor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums Memel (Klaipėda) und seine Lehrerin Frau Asta begeisterten unter anderem mit „Sag mir, wo die Blumen sind“, „Zogen einst fünf wilde Schwäne“ und „Ännchen von Tharau“. In ihren farbenfrohen Kostümen und Trachten waren auch die Kinder und Jugendlichen der Tanzgruppe „Saga“ eine Augenweide. Der Chor „Stimme der Heimat“ Lötzen (Giżycko) hatte einen deutsch-polnischen Liederstrauß vorbereitet, darunter das Lieblingslied von Papst Johannes Paul II. „Licze na Ciebie, Ojczy“. Beim Auftritt des Chores „Warmia“ Heilsberg erreichte das Landestreffen seinen Höhepunkt. Mit kräftigen Stimmungsliedern brachte Ewa Huss-Nowosielska mit ihren Damen und kräftigen Stimmungsliedern das Volkshaus zum Kochen - auch diesmal bilde-

Fortsetzung auf Seite 16

Vertretung

Bis einschließlich Ausgabe 25 (Erstverkaufstag 21. Juni) wird Frau Rinser-Schrut durch Frau Renker vertreten. Bitte senden Sie in dieser Zeit Ihre Texte an: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Untertüß, Tel.: (05827) 4099850. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bericht über unsere Zusammenkunft am 8. Mai 2024

Oldenburg - Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg traf sich zu einem gemütlichen Klönschnack bei einem Kaffee-Nachmittag in dem Ausflugslokal Bümmersteder Krug vor den Toren Oldenburgs. Weil es für einen Halbtagesausflug nicht mehr reicht, haben wir diese zwanglose Zusammenkunft gewählt, die jeder auch ohne Auto per öffentlichem Bus erreichen kann.

Friedhelm Schülke

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Wir waren 10 Personen und wir feierten den 100. Geburtstag unserer Frau Frida Huxol, den sie vor einer Woche bei bester Gesundheit begehen konnte. Ansonsten ließ uns beste Laune Kaffee, Tee und Kuchen bei Klönschnack und Schabbern mit Nachbarn und dem Gegenüber genießen.

Am 12. Juni hören wir ein Porträt der Musikstadt Königsberg i. Pr.: Komponisten - Dirigenten - Chöre, vorgetragen von Regine Mentz. Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen. Wie immer im Stadthotel in Oldenburg-Eversten, Hauptstraße 38 um 15.00 Uhr.

Gisela Borchers

Vorsitzende der Landsmannschaft der Ostpreußen und Westpreußen, Oldenburg



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzender: Joachim Mross, Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe - Aus Nordrhein-Westfalen ist eine Busreise in Wolfsburg geplant. Die Anreise soll ab Wuppertal mit Zusteigen entlang der A2 über Gütersloh, Bielefeld, erfolgen.

Je nach Verkehrslage ist ein Zwischenstopp in Bad Nenndorf mit Besuch des Agnes-Miegel-

Hauses möglich. Weiter fährt der Bus zum Hotel im Raum Wolfsburg. Am 1. Juni geht es nach dem Frühstück zum Congress Park mit Teilnahme am Ostpreußentreffen.

Nach 17 Uhr ist eine Fahrt nach Lüneburg geplant. Am 2. Juni steht die Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseum mit der Sonderausstellung Kant auf dem Plan. Gegen 16 Uhr soll die Heimreise stattfinden.

Auskunft: Margitta. Romagnolo@gmx.de und Gerhard Scheer info@scheer-reisen.de



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg - Ankündigung: Mittwoch, 5. Juni: 1/2-Tagesfahrt nach Eckernförde (mit Mittagessen). Anmeldung bitte bis 28. Mai bei Frau Kunde, Tel: 0461-91170 bzw. rehekunde@aol.com oder Herrn Legies Tel. 0461-32006 bzw. hans.legies@t-online.de.

2. Sechstägige Reise in den Kreis Saatzig im September diesen Jahres. Anmeldung bis zum 22. Juni sowie Informationen bei unserem Mitglied Hermann Welk unter Tel. 04608 - 971381 bzw. hermann.welk@gmx.de.

Flensburg - Bericht: Das erste monatliche Treffen im Mai sollte uns in weite Ferne, nach Namibia im

südlichen Afrika, entführen. Doch zuvor begrüßte unser Vorsitzender Hans Legies die zahlreich erschienenen Mitglieder, vier Gäste und natürlich den Vortragenden Carsten Möhle herzlich und gab erst einmal Kaffee und Kuchen frei. Dann ging es in den Flieger, um rund 10 Stunden später in der namibischen Hauptstadt Windhuk zu landen.

Carsten Möhle in Schleswig-Holstein geborener ehemaliger Offizier des deutschen Heeres, kam schon früh mit Afrika in Berührung. Zahlreiche Reisen wie manch dienstlicher Einsatz führten ihn in die Südhälfte des schwarzen Kontinentes. Er lebt seit 1998 etwa 9 Monate des Jahres in Namibia und verbringt die übrige Zeit in der mitteleuropäischen Heimat. Als studierter Touristikfachmann hat er ein kleines Safari-Unternehmen in Namibia aufgebaut und bietet neben Stadtführungen auch z.T. ungewöhnlichere Touren an.

Seinen Vortrag hatte er nicht als Photobericht angelegt (manch ein

Zuhörer vermisste evtl. die sonst üblichen Bilder wilder Tiere und Landschaften), sondern brachte dem Auditorium durch ausführliche Erzählungen über Geschichte, Land und Leute, die politische Situation, das Stammesgefüge und das tägliche Leben die ehemalige deutsche Kolonie nahe. Durch sein umfangreiches Wissen wie seine vielen Kontakte zu Funktionsträgern der dort ansässigen Bevölkerung vermittelte er ein gutes Bild eines Landes, das den meisten bisher unbekannt war.

Im kommenden Jahr plant Carsten Möhle, sich zur Ruhe zu setzen, will seinen Ruhestand aber durch die Vollendung einer bereits im Bau befindlichen Wohnanlage in Omaruru, einer Kleinstadt 50km nördlich von Windhuk, mit Leben füllen. Dann wird er wieder zu uns sprechen und sicher auch einige Bilder zeigen.

Michael Weber

Landesmannschaft Ostpreußen - Termine 2024

- 1. Juni: Ostpreußentreffen in Wolfsburg
22. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Heilsberg
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwochen in Helmstedt
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal (gT)
2. November: Mitgliederver-

- sammlung der LO-Bruderhilfe e.V. in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (gT)
Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen - Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 22/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 22/2024 (Erstverkaufstag 31. Mai) bis spätestens Dienstag, den 21. Mai, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

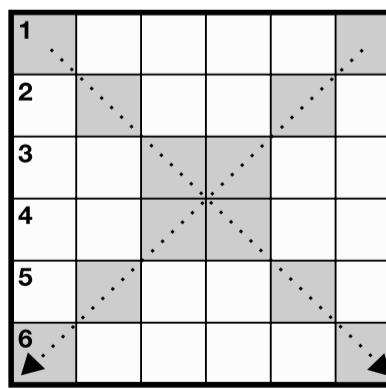
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for Sudoku, Diagonalrätsel, and So ist's richtig.

Sudoku

6x6 Sudoku grid with numbers 1-9 and empty cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

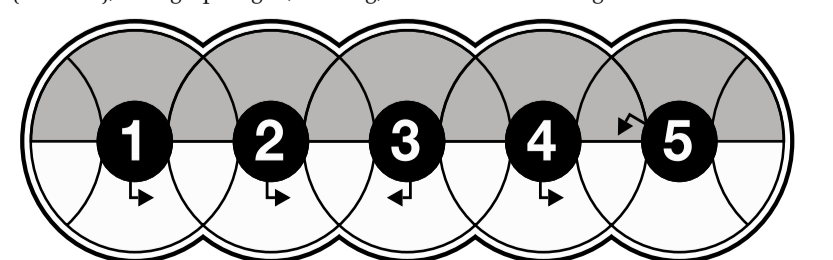
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Früchte.

- 1 spanisch-ital. Adelsgeschlecht
2 Gewährsmann, Bürge
3 Staat in Nordamerika
4 später, hinterher
5 Wartezeit, Sperrfrist
6 Getreidekornhülle

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Nähutensil.

- 1 des Weiteren, außerdem, 2 spanische Stadt am Tajo, 3 bezogen, bedeckt (Himmel), 4 aufgesprungen, brüchig, 5 akustisches Alarmgerät



Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Helmut Funder, Birkenweg 48, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 32410, www.angerapp.com

Jahrestreffen

Das diesjährige Jahrestreffen der Angerapper findet wieder in Handeloh/Nordheide statt, und zwar am 22. Juni im Hotel Fuchs, Hauptstrasse 35. Beginn ist 10 Uhr.

Bitte melden Sie sich per gelber Anmeldekarte (im Heimatbrief vorhanden) oder telefonisch bei der stellvertretenden Kreisvertreterin E. Mai, damit die Teilnehmerzahl für das Mittagessen kalkuliert werden kann.

Eventuell gewünschte Hotelübernachtungen können direkt unter der Telefonnummer: 04188/414 mit dem Hinweis „Ostpreußen“ erfolgen.

Zu dem Treffen laden wir Sie, Ihre Kinder, Enkelkinder und auch Gäste ganz herzlich ein. Wir freuen uns auf ein gesundes Wiedersehen.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Funder
Kreisvertreter



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lenggo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Herzliche Einladung zur Mitgliederversammlung

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) e. V. lädt die Vereinsmitglieder zur ordentlichen Mitgliederversammlung am 15. Juni, um 14 Uhr, im Luhetreff, Deichstraße 30, 21423 Winsen/Luhe herzlich ein. Der

Luhetreff ist vom Bahnhof nur wenig weiter als der Schloßplatz und zu Fuß zu erreichen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlußfähigkeit
2. Protokoll
3. Wahl des 2. stellvertretenden Vorsitzenden
4. Bericht des Vorstands
5. Kassenbericht
6. Antrag auf Entlastung des Vorstands
7. Verschiedenes

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Prof. Dr. Heberer, Dr. Gerhard Kuebart, Maria Leonowski

Wichtige Mitteilung: Aus organisatorischen Gründen findet das Ostpreußentreffen vormittags nicht, wie im Heimatbrief angekündigt, im Marstall, sondern in der ca. 100 m entfernten Brasserie am Schloß statt.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Eigentlich wollten wir diesmal einen Tagungsort in den mitteldeutschen Bundesländern wählen, um unseren Landsleuten entgegenzukommen, denen die Anreise zu den Treffen sonst zu lang ist. Doch die passende Lokalität, die unseren Ansprüchen genügt und zudem noch finanzierbar ist, haben wir trotz intensiver Suche leider nicht gefunden. Deshalb wird das Hauptkreistreffen erneut in Bad Nenndorf stattfinden.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen dort auch noch ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungsschlüsselwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppelzimmer (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie Ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf wenden, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 74 85 60, Internet: www.badnenndorf.de, E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreisgerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Mitgliederversammlung

Anlässlich des Ostpreußentreffens am 1. Juni in Wolfsburg, werden wir in der Mittagspause eine Mitgliederversammlung durchführen.

Hauptthema wird die Kooption eines neuen Mitglieds in den Vorstand der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. sein. Durch Rücktritte und Trauerfall ist die, durch die Satzung bestimmte Anzahl der Vorstandsmitglieder nicht mehr gegeben.

Wir möchten ein neues Mitglied vorstellen und durch Abstimmung der Mitglieder in den erweiterten Vorstand bestellen. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen.



Ostpreußisches Landesmuseum

Noch bis 13. Oktober 2024 **Kant 300. Ein Leben in Königsberg.** Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine **Sonderausstellung.** Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das 11 Kant Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen.

PAZ wirkt!

Zusendungen für die Ausgabe 23/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 23/2024 (Erstverkaufstag 7. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 28. Mai**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 1. Juni 2024 im CongressPark Wolfsburg zum Ostpreußentreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet.

Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen. Das Heimattreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahmal für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 m hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10.00 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit dem Orchester der Stadtwerke Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit

dem Glockengeläut des Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt Domherr André Schmeier aus Allenstein und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkte des Vormittags sind dann die Ansprache von Philipp Amthor MdB und die Festrede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften, Landesgruppen sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen.

Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen

Kultur. Auftreten werden u.a. die Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein, die Ostpreußenbrüder, der Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel und der bekannte Heimatsänger BernStein, der auch durch das Programm führt.

Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen auch 79 Jahre nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im **Vorverkauf** zum Preis von 10 EURO (Versand zusätzlich 1 EURO) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: grodeck@ostpreussen.de und an der **Tageskasse** in Wolfsburg erworben werden.



ANZEIGE

www.ostpreussen.de

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Karten auch an der Tageskasse

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. **Eintritt nur mit gültiger Karte.**

RELIGION OSTPREUSSENS

Von prußischen Göttern zum Christentum

Die religiösen Bräuche der Ureinwohner Ostpreußens, der Prußen, verschwanden im Zuge der Christianisierung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Prußen, also die Ureinwohner Ostpreußens, wurden von den deutschen Eroberern als „Heiden“ bezeichnet. In der Chronik des Peter von Dusburg aus der Zeit um 1330 heißt es: „Weil sie also Gott nicht kannten, deshalb verehrten sie in ihrem Irrtum jegliche Kreatur als göttlich, nämlich Sonne, Mond und Sterne, Donner, Vögel, auch vierfüßige Tiere, ja sogar die Kröte. Sie hatten auch Wälder, Felder und Gewässer, die sie für so heilig hielten, dass sie in ihnen weder Holz zu hauen noch Äcker zu bestellen oder zu fischen wagten.“ Das weist auf die Existenz einer typischen Naturreligion hin, wie man sie aus vielen Regionen der Welt vom Polarkreis bis ins tropische Afrika kennt. Allerdings erwähnen andere Quellen auch eine ganze Reihe personifizierter Gottheiten.

Beispielsweise nennt der Christburger Friedensvertrag von 1249 den Fruchtbarkeitsgott Curche, und in der „Collacio episcopi warmiensis“ von 1418 tauchen die Namen Patollos und Natrimpe auf. Ersterer war der Totengott der Prußen und der Letztere wohl ein Meeressgott ähnlich dem römischen Neptunus. Darüber hinaus verehrten die Prußen den Friedensgott Deiwus, den heilenden Gott Auschauts und den Gott des Reichtums Pilnitis. Außerdem glaubten sie an Wesen wie Barstucke und Markopole, eine Art Koblode oder Zwerge, welche als Begleiter von Patollos galten.

Geistliche unter den Prußen

Es gab auch Geistliche unter den Prußen. Dusburg schreibt von einem Priester namens Criwe, der angeblich der „Papst der Heiden“ gewesen sei und im zentralen



Darstellung der prußischen Götter: Pikulas, Perkunas und Potrimpos (oben) nach der Beschreibung bei Simon Grunau Foto: Wikipedia

Prußen-Tempel von Romowe residiert habe. Mittlerweile geht die Forschung aber davon aus, dass etliche solcher Criwe existierten und verschiedene Heilig-

tümer betreuten. Spuren derselben fanden sich später unter anderem bei Kreywutschen zwischen Wehlau und Insterburg sowie auf dem Rombinus-Hügel na-

he Ragnit im Memelgebiet. Weitere Kultstätten lagen wahrscheinlich in der Nähe von Ortschaften mit den Endungen „schwanz“ (heilig) und „lab“ (gut).

Welche Handlungen die Priester ausführten, ist weitgehend unbekannt. In den Quellen wird meist nur von einer Befragung der Götter mittels Losen und von Opferhandlungen berichtet. Dusburg behauptete in diesem Zusammenhang, dass auch christliche Kriegsgefangene auf zereemonielle Weise getötet worden seien, jedoch konnte bis heute keine derartige Opferung archäologisch nachgewiesen werden. Möglicherweise handelte es sich hier also nur um ein verleumderisches Gerücht vonseiten des Deutschen Ordens, das den Kampfesmut der eigenen Leute anfachen sollte.

Opferhandlungen und Totenkult

Ansonsten praktizierten die Prußen auch einen Totenkult, denn sie glaubten offenbar an die Existenz einer unsterblichen Seele, die sogar in Pflanzen und Tieren weiterzuleben vermag, sowie an das Leben im Jenseits. Deswegen gaben sie den Toten Waffen, Werkzeuge, Kleidungsstücke, Schmuck und Pferde mit auf den Weg. Die Bestattung erfolgte in der Regel durch Verbrennen und nachfolgendes Vergraben der Asche ohne Urne.

Die religiösen Bräuche der Prußen verschwanden im Zuge der Christianisierung, die ein überaus langwieriger Prozess gewesen sein muss. Der erste Missionar, der das Prußenland erreichte, war Adalbert von Prag. Dieser böhmische Bischof wurde vom polnischen Fürsten und späteren König Boleslaw dem Tapferen unterstützt. Er starb am 23. April 997 durch die Hand der Prußen – möglicherweise wegen des unerlaubten Betretens

eines heiligen Haines. Nicht besser erging es seinem Nachfolger, dem sächsischen Erzbischof Brun von Querfurt, zu Beginn des Jahres 1009. Dann versuchten die Zisterzienser im 12. Jahrhundert, den Prußen das Christentum nahezubringen.

Aufgrund der hierbei erzielten Erfolge konnte 1215 mit Christian von Lekno beziehungsweise von Oliva aus dem Kloster Kolbatz in Pommern der erste Bischof für das Prußenland geweiht werden. Dieser stand zwar in Konkurrenz zum Deutschen Orden, profitierte aber von dessen Eroberungszügen gegen die Prußen. Ein wichtiger Schritt bei deren Christianisierung war der Abschluss des Christburger Friedensvertrages von 1249 zwischen dem Deutschen Orden und den prußischen Stämmen in Pomesanien, Ermland und Natangen. Letztere verpflichteten sich darin, auf bestimmte „heidnische“ Bräuche zu verzichten und wurden dafür im Gegenzug als gleichberechtigte Partner anerkannt.

Verzicht auf „heidnische“ Bräuche

Allerdings hielten andere Prußen zähe an ihren Gebräuchen fest. Das galt insbesondere für die Sudauer, die beispielsweise dem seit dem 13. Jahrhundert verbotenen Brauch der Bocksheiligung huldigten. Das taten sie den historischen Quellen zufolge sogar noch nach der Einführung der Reformation im Herzogtum Preußen im Jahre 1525. Deswegen kam es zu etlichen Verurteilungen wegen „Hexerei“ oder ähnlichen Vorwürfen. Daraus resultierte eine immer stärkere Geheimhaltung bei der fortwährenden Praktizierung „heidnischer Riten“ durch die Prußen, sodass niemand genau sagen kann, wann die Religion der ostpreußischen Urbevölkerung nun tatsächlich ausstarb.

SENSBURG

Wichtige Themen und ein wenig Romantik

Zur Arbeitstagung der Vertreter der Deutschen Minderheit kamen Angehörige verschiedener Organisationen zusammen

Ein arbeitsreiches Wochenende erwartete die Vertreter der Gesellschaften der Deutschen Minderheit in der heutigen Woiwodschaft Ermland-Masuren. Ein Teil ihres durchaus auch angenehmen Pensums war die jährliche Arbeitstagung der Vorsitzenden der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, welche die Landsmannschaft Ostpreußen in diesem Jahr am 13. und 14. April in Sensburg im Hotel „Anek“ organisierte. Auf sie warteten unterschiedliche Themen aus verschiedenen Zeiten.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, und den Leiter des Seminars, Ulf Püstow vom Bundesvorstand der LO, griffen diese erst einmal eine rege Diskussion aus der vorausgegangenen Jahresversammlung des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) auf. Es ging um die Frage einer Zukunftsstrategie der deutschen Vereine, die dort Michał Schlueter, der Vertreter der Region beim Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), als Gast aufgeworfen hatte.

Wer sind die Angehörigen der Deutschen Minderheit?

Dazu gehört auch das Wissen, wer in den jeweiligen Regionen der Deutschen Min-

derheit angehört, so Püstow bei einer abendlichen Diskussion. Es gebe mit Sicherheit viele Menschen auf dem Land, die nicht in den Vereinen mitwirken oder Mitglied sind, aber „manchmal verliert man auch ältere Menschen aus den Augen, wenn sie aus Altersgründen keinen Beitrag mehr zahlen müssen“, erklärte Püstow. Nicht nur, aber gerade auch in der Arbeit für die Bruderhilfe, die er selber im Kreis Treuburg seit Jahren leistet, komme es darauf an, die Menschen vor Ort zu finden und zu treffen. Denn die Bruderhilfe, die in Sensburg ebenfalls thematisiert wurde, soll genau diese Menschen erreichen.

Einer ganz anderen Zielgruppe widmet sich Chantal Stannik, die derzeitige Kulturmanagerin des ifa-Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart beim VdGEM. Ihre Arbeit mit jungen Menschen und ihre Pläne dafür stellte sie ins Zentrum ihrer Ausführungen. Es gibt sie also ein wenig, die Ideen für die Zukunft, und das umso mehr, als die Situation der deutschen Vereine, die Heinrich Hoch als Vorsitzender des VdGEM darstellte, sich nach dem Wechsel der Regierung in Polen ein wenig weniger angespannt darstellt. Das hängt unter anderem mit dem seither deutlich verbesserten Deutschlandbild in den polnischen Medien zusammen, das in den letzten acht Jahren an negativer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.

Nach dem Ausflug ins Thema der Medien entführten die Organisatoren die Teilnehmer ins „Unvergessliche Ostpreußen. Eine romantische Reise in die Vergangenheit“ – so der Titel des Filmangebots für den Sonnabend-Abend. Komplettiert wurde der Teilnehmerkreis am späten Abend während der lebhaften Gespräche in gemütlicher Stimmung durch einige Delegierte, die die Deutsche Minderheit des südlichen Ostpreußen bei der

Gedenkfeier für die Opfer der Torpedierung der Flüchtlingsschiffe „Wilhelm Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“ vertreten hatten, die im Laufe des Nachmittags in Gdingen stattgefunden hatte (Die PAZ berichtete, siehe Nr. 19, Seite 18).

In Zukunft gibt es wieder mehr Deutschunterricht

Das Bild der Deutschen in Polen war auch ein Kriterium für die Auseinandersetzung

gen um den Unterricht in Deutsch als Minderheitensprache an polnischen Schulen, die am Sonntagvormittag Sabina Regula aus Neidenburg unter die Lupe nahm. Aus dem „Warum bekomme ich weniger Unterricht?“ ihrer Tochter Kinga sei inzwischen ein „Ja, ich darf wieder mehr“ geworden, erklärte sie als Mutter und Lehrerin. Nach dem gegenwärtigen Beschluss der neuen Regierung werden nämlich die seit 2022 gekürzten zwei Wochenstunden ab nächstem Schuljahr wieder gewährt, alle Schüler aus Minderheiten also wieder gleichgestellt. Darüber hinaus stellte Regula das Programm Deutsch AG vor, das weiteren Deutschunterricht ermöglicht.

Das Angebot an Kursen und spielerischen Veranstaltungen für Deutsch lernende Menschen verschiedener Generationen bei der Allenteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) präsentierte anschließend deren Vorsitzender Piotr Dukat, wonach Damian Wierchowski vom Verbindungsbüro der LO in Allenstein mit einer Übersicht der für dieses Jahr geplanten Veranstaltungen von LO und VdGEM das Programm beschloss. Vielfältige Themen also für die 35 Teilnehmer der Arbeitstagung, die dank der Organisation und der Finanzierung der LO über die Bühne ging. Die nächste Arbeitstagung ist für 2025 geplant, wenn sich die Entstehung des Herzogtums Preußens zum 500. Mal jährt. Uwe Hahnkamp



Berichtete über neue Projekte im südlichen Ostpreußen: Damian Wierchowski, Leiter des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein Foto: U.H.

MARITIMES

Ein Wolgaster und (s)ein Schiff

60 Jahre mit dem Gütermotorschiff „Aken“ auf Sund, Bodden, Haff und Peenestrom unterwegs

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Manfred Volz ist waschechter Wolgaster mit Haus in der Fährstraße, und „sein“ Schiff ist die „Aken“, einziges in Vorpommern registriertes Gütermotorschiff dieses Typs, abgekürzt nur GMS oder GüMo. Seit 1961 versieht die gepflegte Maschine weitgehend störungsfrei ihren Dienst und verbraucht gerade mal 35 Liter Diesel pro Stunde. „Etwa so viel wie ein Lkw“, rechnet er vor, „wir sind zwar langsamer, aber können 19-mal so viel transportieren.“

Seit 60 Jahren steht er am Ruder von Schiffen, fing bei der Deutschen Binnenreederei der DDR von der Pike auf an, befuhr alle schiffbaren Flüsse und Kanäle der Republik, wechselte für 20 Jahre zur Fischerei – „da gab es mehr zu verdienen“ – und kehrte wieder zurück in sein altes Metier, um Ladung zu transportieren. Seine Frau Karin freute sich. Zwischen Sund, Bodden, Haff und Peenestrom liegt das Revier des Binnenfrachters.

An diesem Frühjahrmorgen sind es 400 Tonnen Split, die vom Stralsunder Südhafen zum Hafen Kloster auf Hiddensee geschafft werden müssen. Eine Drei-Stunden- oder 18-Seemeilen-Reise. Die MS „Aken“ fährt diese Route seit 2012, um Massengut auf die autofreie Insel zu bringen sowie Schrott, Schutt und Müll von dort abzuholen. „Bei 20 Fahren pro Jahr rechnet sich das“, meint Nils Gottschalk von der Firma Hiddenseer Logistik GmbH. Gemeinsam mit Torsten Müller, dem Inhaber der Schiffsmakerei TM-Shipping, betreibt er die betagte Schiffsdame, die auf eine bewegte Geschichte zurückblicken kann.

Fünf Panzer nach England

1928 wurde sie, wie das Schiffsattest zweifelsfrei ausweist, im niederländischen Amsterdam als „Josephine Speer“ gebaut, und zwar als solider Schleppkahn aus acht Millimeter dickem Stahlblech. Im Zweiten Weltkrieg wurde er beschlagnahmt und umgebaut. Das Vorschiff erhielt eine

Landeklappe. Fünf Panzer sollten in dem Landungsprahm über den Ärmelkanal nach England gebracht werden. „Unternehmen Seelöwe“ wurde der Invasionsplan genannt, der aber scheiterte. Die Alliierten machten es am 6. Juni 1944 genau in der entgegengesetzten Richtung in der Normandie.

Das Kriegsende überstand das Schiff im Berliner Westhafen. Damit war das Leben des Kahns gerettet. „Josephine“ wurde schließlich von der sowjetischen Be-

se für Bodden, Haff und Flüsse. Heute darf die „MS Aken“ sogar die Zone 2 befahren, also bis zu einem Küstenabstand von zwei Seemeilen.

Sogar bis in Zone 2

1960 wurde sie in Aken an der Elbe zum Motorschiff umgebaut, in die Flotte des VEB Deutsche Binnenreederei Berlin/DDR eingereiht und nach der Fertigstellung 1961 in „Aken“ umbenannt mit Heimathafen Stralsund. Den Namen trug bis

ßen offen. Doch 1991 war die Binnenreederei am Ende. Die „Aken“ wurde wie viele andere Schiffe im Baggerloch von Rogätz bei Magdeburg aufgelegt. Bis sie der Wolgaster Schiffer Horst Dudeck 1992 entdeckte und kaufte. Sein Schwiegersohn Manfred Volz übernahm dann die Schiffsführung über den nächsten Besitzerwechsel 2012 hinaus. Er wird unterstützt von Thomas Berger, der als Steuermann ohne Patent und Bootsmann angemustert hat.

Zieht Touristen an

Der gelernte Maler und Lackierer ist stolz auf den guten Pflegezustand „seines“ Schiffes. Volz sorgte vorher schon für ein neues Steuerhaus und moderne technische Ausrüstung samt Inneneinrichtung der Kabinen im Vor- und Achterschiff. „Nach Feierabend macht jeder seins“, erklärt Volz, „denn Thomas hat doch ganz andere Interessen als ich.“

In Kloster zieht das Anlegen an Touristen an, als sich der Sound des bullernen Sechszylinders an der Kaimauer bricht und reflektiert wird. Unter dem Fenster der NDR-Wetterstation von Stefan Kreibohm stehen Bagger und Lkw schon bereit. Berger schiebt die Luken auf, und bald packt der Greifer zu. Nach zwei Tagen ist der Laderaum wieder blank gefegt, und es kann abgelegt werden zur Heimreise nach Stralsund.

● „MS („GüMo“) Aken“; Baujahr: 1928; Bauwerk: Amsterdam, als Schleppkahn; Kriegseinsatz als umgebauter Landprahm für „Unternehmen Seelöwe“/Invasion Englands; Kriegsende im Westhafen Berlin; 1947 Rückbau zum Frachtkahn; 1960: Umbau zum Motorschiff; Länge: 50,55 Meter; Breite: 6,61 Meter; Tiefgang (maximal): 2,15 Meter; Ladung: 466 Tonnen; Hauptmaschine: SKL 6 NVD 360; PS: 300; Geschwindigkeit (maximal): acht Knoten; Heimathafen: Stralsund, Registerhafen: Vitte; Eigner: Torsten Müller/TM-Shipping, Nils Gottschalk Hiddenseer Logistik GmbH; Flagge: Deutschland.



Laden im Stralsunder Südhafen für Kloster auf Hiddensee: Manfred Volz mit Ehefrau Karin und Bootsmann Thomas an „ihrem“ Schiff

Foto: Schmidt-Walther

satzungszone übernommen, die sie in ihre neu entstandene Binnenschiffsflotte einreichte und „GD 413“ nannte. Mit Reparationsgut beladen steuerte sie mehrmals den Hafen Stettin an, von wo die Ladung per Seeschiff in die Sowjetunion ging.

1947 übernahm Robert Loch aus Aken an der Elbe den Kahn als Schiffsführer. Unter seiner Regie wurde „GD 413“ in ein ziviles Frachtschiff zurückgebaut ohne Betonboden, Klappe sowie mit neuem Bug und Namen: „DSU 528“, dem Kürzel des neuen Eigentümers Deutsche Schiffsbetriebs- und Umschlaggesellschaft. „DSU 413“ erhielt fortan die höchste Klas-

dahin der Seitenrad-Schleppdampfer „Aken“, der aber verschrottet wurde.

1981 wurde auf der Elbe eine Stückgutlinie eingerichtet, die Sohn Rudolf Loch befuhr und dabei auch Lehrlinge ausbildete, was der „Aken“ den Titel „Lehrschiff“ einbrachte. Als schließlich Großkessel von Dresden nach Hennigsdorf befördert werden sollten, brauchte die Besatzung „West-Stempel“ für die Fahrt durch West-Berlin. Dann wurde allerdings die Stammbesatzung durch „linien-treue“ Kollegen ersetzt.

Mit dem Fall der Mauer standen auch der „Aken“ die europäischen Wasserstra-

JUBILÄUM

775 Jahre St. Maria Magdalena zu Vilmnitz

Einst Begräbnisstätte derer von Putbus zeigt die Kirche eine vielgestaltige Ausstattung mit kunsthistorischen Besonderheiten

Vilmnitz liegt vier Kilometer östlich von Putbus auf Rügen und entwickelte sich parallel zur Maria-Magdalena-Kirche als Dorf. Heute ist es ein Ortsteil der Stadt Putbus im Landkreis Vorpommern-Rügen. Die Kirche St. Maria Magdalena in Vilmnitz wurde am 17. Mai 1249, vor 775 Jahren, erstmalig urkundlich erwähnt. Sie wurde von einem Bruder des Rügenfürsten Jaromar I. begründet und kann bis heute auf einige Besonderheiten verweisen, die für ein andauerndes Interesse sorgen.

Die spätromanisch-gotische Backsteinkirche war über Jahrhunderte die Begräbnisstätte für die Adelsfamilie von Putbus. Sie besitzt eine gut erhaltene reiche Ausstattung und wurde 1967 als Drehort für den Film „Die Heiden von Kummerow und ihre lustigen Streiche“ genutzt.

Erbaut Anfang des 13. Jahrhunderts im Stil der Romanik mit gotischen Elementen auf einem Hügel am Rande des Ortes, bewahrt sie bis heute die ursprüngliche Dreiteiligkeit. Sie umfasst den quadratischen Turm, das vierjochige Langhaus und den Chor. Ab 1351 ist die Nutzung der

Kirche als Grabstätte derer von Putbus nachgewiesen. Diese Nutzung dauerte bis ins Jahr 1867 und ermöglicht den Blick auf 28 erhaltene Särge der Adelsfamilie. Dazu gehören die Sarkophage des Grafen Malte zu Putbus und dessen Frau sowie die Särge von Fürst Wilhelm Malte I. sowie dessen Frau.

Fürst Wilhelm Malte I., aus einem alten slawisch-rügenschen Adelsgeschlecht stammend, machte in schwedischen und preußischen Diensten Karriere und war der Stadtgründer von Putbus, dessen klassizistische Gebäudeensemble mit dem Circus in Putbus, einem Rondellplatz, bis heute beeindruckt. Er bezog bei seiner Bauplanung auch den berühmten Architekten Karl Friedrich Schinkel ein. Ab 1867 diente dann im Putbuser Park ein neues Mausoleum als Begräbnisstätte für die Fürstenfamilie.

Berühmter Orgelbauer

Die vielgestaltige Ausstattung der Vilmnitzer Kirche reicht vom Hochaltar und die Barockkanzel über zahlreiche Epitaphien bis zur Orgel auf der Westempore.

Der Hochaltar besteht aus Sandstein und besitzt im Sockel ein Abendmahlrelief. Im Unterteil des Aufsatzes befindet sich eine plastische Gruppe, die das letzte Abendmahl zeigt.

Die sechseckige Barockkanzel mit einer Mosesfigur als Kanzelfuß bildet mit dem Beichtstuhl eine Einheit. In den Fel-

dern des Korbes sind Figuren der Evangelisten eingearbeitet. Das Ensemble aus Beichtstuhl und Kanzel schuf 1722 der Stralsunder Kunstschreiner Hans Broder. Es gilt bis heute als eine kunsthistorische Besonderheit.

Die aktuelle Orgel auf der Westempore wurde 1866 vom Stralsunder Orgelbau-

er Friedrich Albert Mehmel erbaut und 1996 restauriert. Mehmel stammte aus Mitteldeutschland, er hatte berühmte Orgelbauer als Lehrmeister wie Johann Friedrich Schulze und Friedrich Ladegast und war mit eigener Werkstatt in Stralsund in ganz Norddeutschland zwischen Nord- und Ostsee bis Kolberg tätig.

Seit über 20 Jahren finden auf dieser Vilmnitzer Mehmel-Orgel in den Sommermonaten Orgelkonzerte statt. Neben der Kirche St. Maria Magdalena gelten auch das Haus Stubbenkammer und der Erbkrug im Schweizer Stil nach einem Schinkelentwurf als Sehenswürdigkeiten im Ort.

Die evangelische Kirchengemeinde von Vilmnitz mit der Maria-Magdalena-Kirche gehört seit 2012 zur Propstei Stralsund. Die Sanierung des Sakralbaus wurde von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz finanziell unterstützt.

Martin Stolzenau

● Besichtigungen kann man bei der Evangelischen Kirchengemeinde Vilmnitz anmelden: Telefon (03830) 590



Die Jubiläumskirche: St. Maria Magdalena birgt eine detailreiche Ausstattung. In den Sommermonaten finden Orgelkonzerte statt

FOTO: WIKIPEDIA/KLUGSCHNICKER

„Kaum Hoffnung auf bessere Zeiten?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Danke, Herr Kujat, für Ihre Ausführungen, denen ich vorbehaltlos zustimme“

Ulrich Bohl, Dresden

zum Thema: „Es gibt nur einen Weg für das Überleben der Ukraine“ (Nr. 18)



Ausgabe Nr. 18

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

OHNE ZORN UND EIFER

ZU: „ES GIBT NUR EINEN WEG FÜR DAS ÜBERLEBEN DER UKRAINE“ (NR. 18)

Danke für das neue Interview mit Harald Kujat und Gratulation, dass er nun praktisch schon zur PAZ gehört. Bewundernswert, wie General Kujat, entsetzt über die hysterische Kriegshetze gegen Russland, mit der Deutschland und Westeuropa sich existenziell schaden, *sine ira et studio* fundiert die Lage darstellt und in unangreifbaren Formulierungen, deutlich zur Vernunft mahnend, beurteilt.

Manfred Backerra, Hamburg

ZWEIFEL SIND ANGEBRACHT

ZU: DIE DRAMATISCHE STILLE IN DRAMATISCHEN ZEITEN (NR. 17)

Es liegt eine eigenartige Stimmung in diesen Tagen über dem Land. In diesen Tagen? Diese Stimmung haben wir doch schon seit vielen Monaten. Warum gibt es kaum Hoffnung auf bessere Zeiten? Ein großer Teil der Bürger dieses Landes hat alles, was die Politik in vielen vergangenen Jahren gemacht hat, willenlos akzeptiert, und das auch schon zu Angela Merkels Zeiten, selbst wenn das in sehr vielen Fällen zu Nachteilen für die Bürger geführt hat. Es wurde nicht gesehen, dass nicht wir an erster Stelle stehen, sondern die Welt. Wenn dann aber die „Abnickbürger“ ihr Nichtstun damit begründen, dass „die da oben“ ja doch machen, was sie wollen, dann haben „die da oben“ gewonnen.

Es reicht nicht aus, wenn Menschen auf die Straße gehen und gegen die Klimapolitik protestieren, die gegen rechts sind und nicht merken, dass sie allmählich von links überholt werden (beides ist gefährlich), und wenn dann für die Ukraine Stimmung gemacht wird. Natürlich muss viel für eine Verbesserung des Klimas getan werden. Aber es ist auch wichtig, dass alles, was damit zusammenhängt, berücksichtigt wird. Es führt doch zu nichts, wenn Protestler und Politiker völlig planlos handeln.

Was bringt es, wenn gegen Rechtsradikalismus demonstriert wird, aber nicht die eigentlich Schuldigen genannt werden? Hier wird wieder nachgeplappert, was Regierung, Parteisolddaten und viele Medienvertreter sagen. Natürlich hat Russland den Krieg begonnen, aber bedeutet das automatisch, dass es die Alleinschuld trägt? Hat dieser Krieg gegen die Ukraine vielleicht auch etwas mit dem Verhalten zwischen Ost und West Ende der 80er Jahre zu tun? Ist Israel unschuldig an der Situation im Nahen Osten? Zweifel sind da schon angebracht.

Bei einer so schwachen Regierung und einer genauso schwachen Opposition können keine besseren Zeiten aufkommen. Das hat zur Folge, dass sich die Sicht von außen auf Deutschland geändert hat. Die nächsten Wahlen in Deutschland stehen an, und wir können sicher sein, dass wir aufmerksame Beobachter haben werden.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT

ZU: DIE DRAMATISCHE STILLE IN DRAMATISCHEN ZEITEN (NR. 17)

„Ein wichtiger Ansatz für alle Bereiche wäre eine Rückkehr zum Prinzip echter Verantwortlichkeit“, so beschreibt PAZ-Chefredakteur René Nehring in seinem Beitrag, was nötig wäre, um zurück zur Verantwortungsgesellschaft zu gelangen, welche von kompetenten Vertretern repräsentiert und von mündigen Bürgern gestaltet wird. Aber es ist auch genau das, wovor die aktuell herrschenden Machthaber so große Angst haben, wie es die Hasswochen gegen „rechts“ oder fragwürdige Gesetzesvorhaben wie das Demokratieförderungsgesetz zur Sicherung der eigenen Posten so treffend beweisen.

Durch eine monotone Parteivorherrschaft hat sich ein Sumpf aus systematischer Miswirtschaft, Korruption und gegenseitigen Abhängigkeiten im Staatsapparat entwickelt, was das Prinzip der Verantwortlichkeit in Gefügigkeit verkehrt. Feststellen lässt sich dies bei den zahlreichen kostenintensiven Bauprojek-

ten wie dem Flughafen BER, der Hamburger Elbphilharmonie, dem Bahnhof Stuttgart21 sowie zahlreichen weiteren dubiosen Auftragsvergaben – man denke nur an die Maskendeals der Corona-Zeit – oder den sorglosen Umgang mit Steuergeldern à la Andreas Scheuer.

Bis heute wurde auf eine Anklageerhebung in diesen Fällen verzichtet, da auch Staatsanwaltschaften durch eine Weisungsgebundenheit letztlich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Regierenden stehen.

Bleibe noch die Vierte Gewalt der Presse als Kontrollorgan, welche sich (leider) als „Erklärbar“ der Regierung statt als unabhängige Instanz selbst disqualifiziert hat – zumindest die etablierten Leitmedien. Zuallerletzt bleibt noch die Ohnmacht und Zersplitterung der Opposition zu konstatieren, die in eigenen Konflikten gefangen ist, und zum Verdruss des Bürgers führt. Um diese gefährliche Entwicklung umzukehren, müssen die Regierenden und Gewalten wieder der Kontrolle sowie Verantwortung der Regierten unterstehen, welche in Staat und Gesellschaft als aktive mündige Bürger fungieren.

Marcel Jacobs, Hamburg

STATISTISCHE LÜGEN

ZU: „ÜBLICHE TASCHENSPIELERTRICKS“ (NR. 17)

Endlich werden mal wieder die Taschenspielertricks der Kriminalstatistik aufgegriffen. Leider ist dabei aber festzustellen, dass die erwähnte Statistik keine Straftäter mit deutschem Pass enthält. Entspricht das Weglassen derselben etwa nicht auch einem Taschenspielertrick?

Diese Zählweise führt zu einer doppelt irreführenden Statistik: Wenn Straftaten der „Migranten“ vielleicht auch hinsichtlich ihrer Zahl relativ gering ausfallen mögen, weil diese gut integriert sind, so begehen doch einige solche. Somit werden Straftaten der Täter mit deutschem Pass bei den „Migranten“ abgezogen und bei den Deutschen hinzugezählt. Also auch hier wieder: Es gibt Lügen, große Lügen

und Statistik. Man kann Statistik auch als „Superlativ“ der Lüge sehen.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

IN DER AMPEL-BLASE

ZU: DER ENTSCHWEBTE KANZLER (NR. 17)

Kanzler Olaf Scholz lebt in seiner eigenen Kanzlerblase, und seine Minister in der Ampel-Blase. Jeder gewählte Volksvertreter aus der Ampel darf in seiner Blase machen, was er will, Kritik von außerhalb der Blase juckt dort niemanden. Der Lieblingsfeind der Ampel ist und bleibt die AfD, denn sie sei an allem schuld, was in Deutschland passiert. Irgendwann einmal wird selbst die AfD glauben, dass sie wirklich an allem schuld sei, die Ampel wird es immer und immer wieder wiederholen.

Und Kanzler Scholz vergisst weiterhin alles, was er bisher ausgefressen hat, und so wird er weiter und weiter regieren.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

DIE RACHE EINER KANZLERIN

ZU: MERKELS MOSAIK (NR. 16)

Der PAZ-Wochenrückblick, der mit der Merkel-Politik abrechnet, trifft den Nagel auf den Kopf. Ex-Kanzlerin Angela Merkel hat den Untergang der DDR offensichtlich weder verkraftet noch verschmerzt. Daher rächte sie sich an unserem Staat, fügte ihm unermesslichen Schaden zu, brach wiederholt geltendes Recht und damit ihren Amtseid. Warum durchschauten CDU-Politiker nicht ihre wahre Gesinnung, ihr politisches Ziel und ihre Täuschung?

Merkel identifizierte sich weder mit der CDU noch mit unserem Staat, stattdessen spaltete sie unser Volk. Ihre desaströse Asylpolitik führte zu einer irreparablen Schwächung der inneren Sicherheit. Der Autor Peter Scholl-Latour warnte vor den verheerenden Folgen einer überliberalen Asylpolitik mit den Worten: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, wird selbst zu Kalkutta!“

Uwe Spahr, Elmshorn

ANZEIGE

Stabil durch den Wandel mit Eva Herman & Andreas Popp

■ Immer mehr Menschen wird klar, dass wir uns in einem gewaltigen Wandel befinden, von dem noch niemand weiß, wohin er uns führen wird. Ein autarkes Leben mit eigenem gesundem Gemüse, selbst gebackenem Brot, frischen Eiern vom eigenen Hühnerhof und mit der Heil- und Naturkraft von Kräuterpflanzen, darauf liegt Segen.

In ihrem neuen Buch teilt die beliebte Journalistin und Bestsellerautorin Eva Herman ihr umfangreiches Wissen und ihre Erfahrungen, die sie in den vergangenen Jahren auf ihrem Bauernhof in Kanada gesammelt hat. Zusammen mit ihrem Mann Andreas Popp führt sie dort ein autarkes, selbstbestimmtes Leben mitten in der Natur.

Selbstversorgung macht Freude

Selbstversorgung ist auch ohne Vorkenntnisse machbar und bereitet große Freude. Man sollte damit allerdings nicht erst in der Krise beginnen, sondern sich sinnvoll vorbereiten. Schnell lässt sich erkennen: Wenn wir uns respektvoll der Natur anvertrauen, ist sie in Zeiten des Wandels ein verlässlicher Partner an unserer Seite. Mit Dankbarkeit für die hilfreichen Naturwesen, Respekt vor der Schöpfung, Geduld und wachsender Erfahrung gelingen reiche Ernten. Aus selbst

vermehrten Samen wachsen die schönsten Kräuter und Gemüse, ganz sicher ohne Gentechnik. Mit einfachen Mitteln, die größtenteils im eigenen Garten zu finden sind, können Schädlinge ohne jegliche chemische Keule in Schach gehalten werden. Das ist gut für die Natur und wahrt die Unabhängigkeit.

Bereits unsere Vorfahren wussten, wie es geht

Unsere Vorfahren wussten all das bereits. Für sie war Selbstversorgung kein Trend, sondern ihr tägliches Leben. Aus deren großem Erfahrungsschatz schöpft Eva Herman und macht ihn nutzbar für unsere Zeit.

Sie nimmt uns mit in ihre Küche, wo aus der reichen Ernte mit Liebe und Kreativität köstliche Vorräte werden. Wir lernen mit ihr, duftende Brote zu backen, die auch Anfängern gelingen. Eva Hermans sieben Lieblingsheilkräuter, die sie detailliert mit zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten vorstellt, können viele Leiden lindern und gehören in jede Hausapotheke. Beim Besuch in Andreas Popp's Hühnerstall erfahren wir, was es braucht, um Hahn und Hühnern ein gutes, produktives Leben zu bereiten.

Mit zahlreichen Tipps, Rezepten und Inspirationen für ein selbstbestimmtes Leben



Eva Herman: Altes Wissen aus Garten & Küche • gebunden • 256 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 991 040 • 20,- €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

STADTFEST

Die Legende von den „kleinen Kämpfern“

Junggesellen müssen sie sein: Pfingsten feiert die Stadt Lingen ihre Kivellinge – Das Fest ist immaterielles Unesco-Weltkulturerbe

VON ANNE MARTIN

Das Ritual am Pfingstmontag ist seit Langem festgeschrieben: An der Spitze des Zuges reiten vier Herolde, in 30 Metern Abstand trabt der Kommandeur hoch zu Ross hinterher. Er sitzt hoch aufgerichtet im Sattel, eine weich fallende Kappe wird seine Stirn halb verdecken, das Zaumzeug wird leise knirschen.

Peter Flatken (33) führt die jungen Männer wieder an, die sich Kivellinge nennen, die jüngsten sind gerade mal 16 Jahre alt. Auch viele Frauen, Marketenderinnen, begleiten den Zug, tragen kunstvoll bestickte Bustiers und lange Röcke, den Gewändern des Mittelalters nachempfunden. Gemeinsam werden sie die Stadt durchqueren – über den Markt und die Mühlenstraße, zurück zum Markt und dann bis zum Endpunkt, dem Versammlungshaus Wilhelmshöhe, mitten in einem weitläufigen Park gelegen.

Zwölf Fanfarenzüge schicken während des Marsches ihre donnernden Signale durch die Straßen, Trommelstöcke sausen auf die gespannte Haut historischer Landsknechtstrome. Kutschen rattern übers Kopfsteinpflaster, der Applaus der Zuschauer – 10.000 werden erwartet – ist dem Zug gewiss.

Was die 57.000-Einwohner-Stadt Lingen an der Ems alle drei Jahre auf die Beine stellt, ist viel mehr als mittelalterlicher Mummenschau, wie er gelegentlich auf den Marktplätzen kleiner Städte gefeiert wird. Das Fest der Kivellinge in der Stadt im Emsland reicht bis in das Jahr 1372 zurück und beruft sich auf eine dramatische Geschichte, die auch als Parabel dienen könnte für den Einsatz der Bürger für ihre Stadt und deren Bewohner.

Die Legende erzählt, dass Ende des 14. Jahrhunderts während einer Fehde zwischen dem Grafen von Tecklenburg und dem Bischof von Münster die Burg belagert wurde und kaum noch wehrfähige Männer die Stadt und ihre darin ausharrenden Familien verteidigen konnten. Als letzte Reserve wurden deshalb die un-



Delinquenten führt man zum Schafott: Alle drei Jahre findet in Lingen an der Ems das mittelalterliche Spektakel der Kivellinge statt

verheirateten Bürgersöhne unter Waffen gestellt, die Kivellinge, was im Mittelniederdeutschen „kleine Kämpfer“ bedeutet. Ihnen gelang es in drei Tagen und drei Nächten, die Angreifer in die Flucht zu schlagen.

Als Dank sagte ihnen der Magistrat zu, mit Unterstützung der Stadt alle drei Jahre ein Fest ausrichten zu dürfen. Das Motto lautet: Civis, Civis, Civibus. Bürger, Bürger, für die Bürger! Im Jahre 2018 wurde das Fest der Kivellinge wegen seiner lebendigen kulturellen Tradition von der UNESCO zum immateriellen Weltkulturerbe erklärt.

Ein Geschenk an die Bürger

Immateriell – nicht käuflich. Ein Zauberwort, findet „Kommandeur“ Flatken. Der 1,96 Meter große Hüne, der im Hauptbe-

ruf Ingenieur ist, hält während des dreitägigen Ausnahmezustandes alle Fäden zusammen. Nicht ohne Stolz sagt er: „Hier wird kein Eintritt erhoben, alles ist ein Geschenk an die Bürger.“ Bunte Plastikkarussells mit lauter Musik wird man auf dem Lingener Marktplatz vergeblich suchen. Stattdessen dreht sich dort etwa ein Kinderkarussell mit handgeschnitzten Schiffen und langen Tauen – die Tauen werden von einigen Kivellinge gefasst und rundherum gezogen.

13 Sektionen junger Männer von den „Schreckensteinern“ bis zu den „Spökenkiekern“ kümmern sich um Spiel, Spaß und Kulinarisches wie süße Kartoffelkuchen „Poffertjes“, die an die nah gelegene niederländische Grenze erinnern.

Wenn es Abend wird, dann blaken die Laternen, Kerzen leuchten und Fackeln

knistern – alles soll sein wie damals, als es noch kein elektrisches Licht gab und die Menschen im Feuerschein zusammerrückten. Dieser Zusammenhalt ist es auch, der das Fest der Kivellinge so besonders macht. 333 Bürgersöhne gehören in diesem Jahr dazu, genauso viele junge Frauen als Marketenderinnen. Immer noch gilt, dass ein Kiveling unverheiratet sein soll. Daran halten sich auch Flatken und seine Partnerin Birte Bontenbroich, die in dieser Saison die gekrönte Königin des Festes ist.

Ein Besuch im Stadtarchiv lohnt nicht nur zu Pfingsten. Archivleiter Mirko Krabich hütet dort vergilbte Aufzeichnungen, welche die Legende von den tapferen Kivellinge belegen. Da wäre etwa ein „Notgeldschein“ von 1922, der zum 550. Jubiläum herausgegeben wurde – links ein Kive-

ling in mittelalterlichem Putz und roten Strumpfhosen mit der Hellebarde über der Schulter, rechts ein Kiveling oder auch Kommandeur in der schmucken Uniform von 1922, Epauletten auf der Schulter, an der Seite ein Säbel.

Dann wären da noch ein Kompaniebuch von 1786 und Kämmererechnungen aus den Jahren um 1550. Den Schützen wurde ein „Schnapphahn“ zuerkannt – der damalige Ausdruck für eine bestimmte Münze. Als Belohnung nach dem Vogel-schießen gab es nachweislich eine Kiste Bier, allerdings von geringerem Alkoholgehalt als das heutige.

Landsknechte als Ampelmännchen

Die alten Aufzeichnungen werden gehegt und gepflegt, lagern in Pappfoldern aus entsäuertem Papier, damit sie keinen Schaden nehmen. Wer das Stadtarchiv besucht, kann auch Fotos der Könige und Königinnen aus den letzten Jahrzehnten sichten und in der „Kiveling-Zeitung“ blättern, die in den 20er Jahren mit einem Umfang von zehn Blatt erschien und heute 300 Seiten dick ist.

Auch das Emsland-Museum im Ort hat sich ganz der Erinnerung an die jungen Helden verschrieben, die sich im Laufe der Jahrhunderte von der Bürgerwehr zum Heimatverein gewandelt haben. Der Thronschatz mit Königsketten aus fünf Jahrhunderten, mitsamt Schmuck und historischem Tafelgeschirr, ist dort zu bestaunen.

Einmalig ist auch die Tradition der Kivellinge, die Unterstützung der Stadt mit einem originellen Geschenk zu honorieren. Das Emslandmuseum erhielt die Statue einer Landsknechtfigur, das Rathaus ein klingendes Glockenspiel. Die neueste Idee sind Ampelmännchen in Landsknechtuniform, die den Lingener Bürgern über die Straße leuchten. Die Genehmigung musste allerdings durch so viele Instanzen gepaukt werden, dass letztlich nur zwei dieser Lichtzeichen in der Innenstadt blinken. Im Kampf mit der Bürokratie sind die Kivellinge eben endgültig in der Gegenwart angekommen.

SCHLOSSKULTUR

Zu Gast bei König Friedrich Wilhelm II.

Sommeröffnung weiterer Häuser der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten – Sonderpräsentation im Marmorpalais

Sich einmal bei den Preußenkönigen wie zu Gast fühlen – das ist seit Anfang Mai wieder in vielen Einrichtungen der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) möglich. Nachdem in der Wintersaison einige Häuser regulär geschlossen waren, werden sie in der warmen Jahreszeit sukzessive wieder für die Besucher geöffnet.

So können Interessierte in der Bildergalerie im Potsdamer Park Sanssouci beispielsweise wieder die Gemäldesammlung bewundern, in der sich auch kostbare Werke wie eine berühmte Version des „ungläubigen Thomas“ des italienischen Renaissancemalers Caravaggio (1571–1610) befinden. Auch das „Moschee“ genannte Dampfmaschinenhaus an der Havel ist wieder geöffnet, wo man an jedem ersten Sonntag im Monat ein noch in Betrieb befindliches technisches Wunderwerk aus dem Jahr 1842 erleben kann.

Im Marmorpalais im Potsdamer Neuen Garten präsentiert die SPSG mit der Ausstellung „Die Blüte(n) des Klassizismus“ zudem wieder ein bemerkenswertes Porzellan-Service von 1795 an einer ge-

deckten Tafel. Im Sommer 2022 konnte die Preußenstiftung 37 Teile eines Services, das die Königliche Porzellan-Manufaktur von Berlin (KPM) ab 1795 für König Friedrich Wilhelm II. (1744–1797) herstellte, erwerben. Es wurde ursprünglich

im Berliner Schloss verwendet und erfreute sich, wie die beträchtliche Menge an späteren Ergänzungs- oder Ersatzstücken zeigt, noch im fortgeschrittenen 19. Jahrhundert bei Hofe sehr großer Beliebtheit.

Im Marmorpalais, dem frühklassizistischen Sommerschloss Friedrich Wilhelms II. am Heiligen See, erwartet das Publikum eine nach zeitgenössischen Vorbildern gedeckte Mittagstafel. Weitere Porzellangegenstände aus der Zeit Friedrich Wilhelms II. geben über die faszinierende Entstehungs- und Nutzungsgeschichte des Services Aufschluss. Unter anderem ist hier zu erfahren, was das Porzellan-Service mit den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und dem revolutionären Frankreich zu tun hat, die im Basler Frieden von 1795 offiziell beendet wurden.

Eine Geschmacksrevolution war das Blumendekor des Services, das unter dem Namen „fleurs en terrasse“ als einer der Höhepunkte der Blumenmalerei der KPM gilt. Erstmals wurden nicht mehr, wie bislang auf Berliner Porzellan üblich, künstliche Sträuße oder Streublumen dargestellt, sondern Blumen, die natürlich auf einer Wiese wachsen. Auf eindrucksvolle Weise vollzog das Service damit den Wandel vom Rokoko zur schlichten Eleganz des Klassizismus.

Mit seiner Blumenmalerei holte das Service begehrte Zierblumen der Zeit, darunter Aurikeln, Ranunkeln, Nelken und Anemonen, sowie sentimental konnotierte Sorten wie Vergissmeinnicht und Stiefmütterchen (französisch pensée, der Gedanke) gewissermaßen aus dem Garten auf den Tisch. Um diesen direkten Bezug zur historischen Gartenwelt erneut herzustellen, werden an drei Standorten im Neuen Garten Infosockel mit Blumenkübeln aufgestellt, welche die Gärtner der Stiftung mit den entsprechenden Blumensorten des Tafel-Service bepflanzen haben. Im Frühling blühen also die Preußenschlösser so richtig auf. tws/SPSG

● „Die Blüte(n) des Klassizismus, Sonderpräsentation zum Neuerwerb eines Tafel-Service König Friedrich Wilhelms II.“ bis 31. Oktober im Marmorpalais, Im Neuen Garten 10, 14469 Potsdam. Besichtigung im Rahmen der regulären Schlossführung für 8 Euro, Sonderführungen zur Präsentation am 30. Mai, 18. Juli und 22. August jeweils um 18 Uhr für 12 Euro.

www.spsg.de



Fehlen nur noch die „Gäste“: Gedeckte Tafel im Potsdamer Marmorpalais

● FÜR SIE GELESEN

An der Seite Adenauers

Auguste Zinsser, genannt Gussie, liegt im Sterbebett. Sie erinnert sich an die männlichen Eckpfeiler ihres Lebens: Ihr Vater, ein Professor der Dermatologie, hat sie früh zu eigenem Denken angeregt. Entgegen der Zeit Anfang des 20. Jahrhunderts macht er keinen Unterschied zwischen der Erziehung eines Sohnes oder einer Tochter. Er fördert den Intellekt und die musische Begabung der Tochter, eine eigene Meinung und Selbstbewusstsein gehören dazu. Als junge Frau lernt sie den fast 20 Jahre älteren Kölner Oberbürgermeister und Witwer Konrad Adenauer kennen und lieben. Auch er akzeptiert ihre Meinung, sucht sogar ihren Rat für seine Reden.

Als das NS-Regime die politische Macht in Deutschland übernimmt, muss sich Adenauer als Mitglied der Zentrumsparterie von allen Ämtern zurückziehen. Wie wird die Familie diese schwere Zeit überstehen? Der dritte Mensch und ihre traurigsten Gedanken gelten ihrem Erstgeborenen Ferdinand, der als Säugling starb.

Die Kapitel in Christoph Wortbergs Roman „Gussie“ werden mit Briefen von ihr, ihrem Vater und Adenauer eingeleitet. Obwohl fiktiv, orientieren sie sich an den geschichtlichen Ereignissen. Der preisgekrönte Autor von Jugend- und Kriminalromanen schildert gefühlvoll eine außergewöhnliche Geschichte, die zum Denken anregt und Lebensweisheiten parat hält.

Angela Selke



Christoph Wortberg: „Gussie“, dtv, München 2024, gebunden, 287 Seiten, 24 Euro

Mit Liebe zur Heimat verfasst

Mit seinem literarischen Reiseführer „Helle Sterne verblassen nicht“ hat der in Neustrelitz geborene und als Kenner der preussischen und mecklenburgischen Geschichte bekannte Experte seiner Heimat ein Denkmal gesetzt, das einer Liebeserklärung gleichkommt. Hans-Joachim Nehring führt den Leser beginnend von Stavenhagen in Mecklenburg, dem Geburtsort des niederdeutschen Dichters Fritz Reuter, über das Dorf Ankershagen, in dem der berühmte Archäologe Heinrich Schliemann zur Welt kam, zu Gutshäusern, Naturdenkmälern, zur Wirkungsstätte des Dichters Fritz Reuter in Neubrandenburg, zu Schlössern auf Usedom und in Brandenburg oder Berlin. Bilder und Gedichte, zum Teil eigene aus der Feder des Autors, lockern das bibliophil gestaltete Bändchen auf.

Das Buch ist ein ideales Geschenk für Menschen, die sich für die Landschaft der norddeutschen Tiefebene und für deutsche Dichter interessieren.

Manuela Rosenthal-Kappi



Hans-Joachim Nehring: „Helle Sterne verblassen nicht. Ein literarischer Reisebegleiter“, Haag + Herchen Verlag, Hanau 2023, kartoniert, 101 Seiten, 19,80 Euro

GLAUBEN

Was ist Gott – 24 Versuche einer Definition

Das „Liber XXIV philosophorum“, eine mittelalterliche Kompilation, liegt in neuer Übersetzung vor

FOTO: SHUTTERSTOCK

Nachdenken über Gott und die Welt – Den Aachener Religionspädagoge Rainer Oberthür hat die mittelalterliche Sammlung zur Definition Gottes fasziniert, so dass er sie neu übersetzt und interpretiert hat. So ist

ein Buch entstanden, das für Kinder ab neun Jahren, aber ohne Altersbegrenzung, zum Nachsinnen über Gott anregt. Einfühlsam illustriert wurde es von Barbara Nascimbeni.

CRS



Rainer Oberthür: „Die Gottsucher“, Kösel-Verlag, München 2023, gebunden, 113 Seiten, 16 Euro

ZEITGESCHICHTE

Erinnerungen eines unbequemen DDR-Bürgers

Drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall erzählt Udo Bartsch in zwei Interviews von seinen Erlebnissen

VON KARLHEINZ LAU

Das Buch „Kein Weg nach Arkadien. Verordnetes Leben im Sozialismus, Verlorene Illusionen im geeinten Deutschland“ bringt zwei Gespräche mit dem Zeitzeugen Udo Bartsch über sein Leben in der DDR sowie seine Erfahrungen in der Wendezeit 1989/90 und den Anfängen im vereinten Deutschland. Die Interviewpartnerinnen von Bartsch sind die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Mechthild Günther, und die Geschichtswissenschaftlerin Andrea Brait aus Innsbruck.

Die Gespräche fanden etwa fünf Jahrzehnte nach den erlebten Ereignissen statt. Es ist erstaunlich, wie der Autor sich zum Teil sehr detailliert erinnert. Die beigefügten Dokumente und Fotografien aus dem Jahr 1961 und der Wendezeit stützen das. Beide Gespräche könnten auch als gesonderte Publikationen erscheinen.

Geboren in Niederschlesien

Bartsch, 1942 in Waldenburg/Niederschlesien geboren, entstammt einer bürgerlich-mittelständischen Familie, sein Vater war Großhandelskaufmann. Mit dieser Herkunft war er für die DDR kein Arbeiterkind, und das hatte Folgen: Er konnte trotz guter schulischer Leistungen kein Abitur machen und kein Studium aufnehmen. Allerdings gab es auch in diesem Staat für ihn die Möglichkeit, nach bis zu drei Jahren Bewährung in der Produktion als Agronom in der Landwirtschaft zu arbeiten. Das aber war überhaupt nicht „sein Ding“.

Immerhin konnte er bis zum 13. August 1961 auch als Bewohner des sowjetisch besetzten Teils von Berlin den westlichen Teil der Stadt besuchen. Hiervon machte er sehr reichlich Ge-

brauch. Er beschreibt, wie er in diesen Zeiten des noch freien Übergangs von Ost nach West und zurück seine politischen Überzeugungen von der Freiheit des Individuums stärkte.

Haft nach Fluchtversuchen

Es entwickelte sich die grundsätzliche Ablehnung eines Systems, das den verfügbaren sozialistischen Menschentyp nach dem Bild der SED heranzog. Folgerichtig legte er in West-Berlin das Abitur ab und immatrikulierte sich an der Freien Universität in den Fachrichtungen Volkswirtschaft und Ethnologie. Der Mauerbau verhinderte jedoch die Aufnahme des Studiums. Nach der Rückkehr zur Familie im Ostsektor geriet er sofort in die Fänge des Staatsapparates, das heißt der Staatssicherheit (Stasi). In der Folge unternahm Bartsch drei Fluchtversuche, die allesamt scheiterten.

Er wurde für die Versuche, die Republik zu verlassen, zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Die brutalen, grausamen und unmenschlichen Praktiken in den Haftanstalten der DDR, die Zehntausende von Menschen ertragen mussten – viele haben ihre Schicksale geschildert – werden vom Autor mit bedrückender Klarheit beschrieben. Nach seiner Entlassung landete er in untergeordneter Stellung im Bibliothekswesen und beim Zentral-Zirkus der DDR.

Hier zeigte sich deutlich, dass es eine freie Wahl des Berufs oder des Arbeitsplatzes in der DDR nicht gab, sondern Staat und Partei setzten nach eigenen Bedürfnissen ein. Allerdings konnte dies durch Eintritt in die SED umschifft werden. Diesen Schritt konnte und wollte Bartsch nicht gehen.

Nach einigen Jahren durfte er ein Fernstudium in Kultur- und Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität aufnehmen, nicht als Direktstudium. Er beendete das Fernstudium mit Bestnote

und war danach Diplom-Kulturwissenschaftler. In dieser Funktion half er, das Institut für Ästhetik und Kulturwissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften aufzubauen.

Inzwischen war er in die Blockpartei CDU eingetreten, die ihre Position nicht im Marxismus-Leninismus sah und doch mit der SED-Führung verstrickt war. Lesenswert sind die Ausführungen des Autors über die politisch-ideologische Arbeit im Zirkuswesen sowie über Glasnost und Perestrojka in der Führung der SED und in der Bevölkerung. Zwar ist das Erfahrungsfeld relativ schmal, nämlich nur die Kulturszene, doch seine Analysen über das politische und gesellschaftliche System DDR gültig bleiben, auch nach 50 Jahren zeitlichen Abstandes.

Mitglied der CDU

Das zweite Gespräch mit der Historikerin Brait zeigt die Zerrissenheit, in der sich der Autor in der Zeit des Umbruchs befunden haben muss: trotz grundsätzlicher Ablehnung der SED-Herrschaft blieb der Glaube an die Möglichkeit der weiteren Existenz einer demokratischen DDR, sein Bemühen, positive Elemente des Kulturlebens des sozialistischen Staates in das vereinte Deutschland hinüberzuführen. In der letzten frei gewählten DDR-Regierung de Maizière wurde Bartsch Staatssekretär im Ministerium für Kultur. In dieser Funktion verhandelte er für den Bereich Kultur und Kunst als Vertreter der DDR den Einigungsvertrag mit den Delegierten der Bundesrepublik Deutschland. Nach seiner Schilderung müssen es komplizierte Verhandlungen mit unterschiedlichen Interessen gewesen sein.

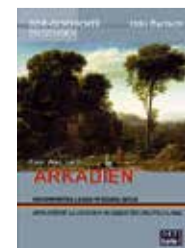
Hauptziel war die Erhaltung der kulturellen Substanz des „Ostens“ als eines unverzichtbaren Teils der gemeinsamen deutschen Kulturlandschaft. Hierzu zählen unter anderem das klassische Wei-

mar, Schlösser und Gärten, Theater und Konzerthallen wie das Gewandhaus in Leipzig oder das Grüne Gewölbe in Dresden, der Komponist Bach und vieles andere.

Verantwortung im Bereich Kultur

Ein Konflikt war die höchste politische Verantwortung für den Bereich Kunst/Kultur: ein Kulturministerium wie in der DDR oder die föderale Verantwortung der Länder, wie es im Grundgesetz festgeschrieben steht. Konsens herrschte wohl bei den deutsch-deutschen Vertretern in der Überzeugung, dass Kunst und Kultur ein wichtiger Faktor für die innere Einheit des zusammenwachsenden Landes sei. Ein Bundeskulturministerium wurde nicht etabliert, und Bartsch wurde nicht Staatssekretär, sondern Direktor der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung. Dies könnte eine verlorene Illusion gewesen sein.

Das Buch bietet interessante Informationen über zwei Bereiche der deutschen Geschichte seit 1945. Es sollte deshalb seine Leser finden, zumal nach dreieinhalb Jahrzehnten vieles in Vergessenheit geraten ist und die Zeitzeugen immer weniger werden. Warum aber der Autor konsequent statt West-Berlin die von der SED verfügte Schreibweise Westberlin benutzt, bleibt sein Geheimnis. Es ist die Bezeichnung für die „selbstständige politische Einheit Westberlin“.



Udo Bartsch: „Kein Weg nach Arkadien. Verordnetes Leben im Sozialismus, Verlorene Illusionen im geeinten Deutschland“, Oetz Berlin-Verlag, Berlin 2019, Taschenbuch, 221 Seiten, 12,90 Euro

MARIA KOEPCKE

Eine begnadete Naturforscherin und -zeichnerin

Zum 100. Geburtstag: Geprägt in Ostpreußen, war sie lange Zeit die einzige Frau unter den wichtigsten Naturkundlern Perus

VON CHRISTOPH HINKELMANN

Maria Koepcke war eine naturbegeisterte Forscherin, die weltweit Anerkennung gefunden hat. Geboren wurde sie am 15. Mai 1924 in Leipzig, doch durch die Berufung ihres Vaters, Felix von Mikulicz-Radecki (1892–1966), zum Ordinarius des Lehrstuhls für Gynäkologie und Direktor der Universitätsfrauenklinik in Königsberg zum 1. April 1932 wuchs sie in der ostpreußischen Hauptstadt auf.

Gern begleitete sie ihren Vater auf Jagdausflügen und beobachtete die Tiere, die ihnen dabei begegneten. Mit einem außergewöhnlichen Zeichentalent gesegnet hielt sie viele Beobachtungen in Bleistift- und Federzeichnungen sowie Aquarellen fest und schuf bereits als Jugendliche Werke von beachtlicher Qualität.

Neben den Jagdhunden ihres Vaters faszinierten sie besonders Pferde. Bei einer Schulfreundin, deren Familie auf ihrem Gut ein Gestüt mit Warmblutpferden Trakehner Abstammung besaß, verbrachte sie oft die Ferien. Leider lässt sich nicht mehr belegen, auf welchem Gut die junge Maria zu Gast war. Ihre Tochter Juliane, heute verheiratete Diller, erinnert sich an den Namen Rohde – doch listet Niekammers Güteradressverzeichnis von 1932 allein 13 Besitzer dieses Namens auf, die 15 und mehr Pferde besaßen; 1935 waren 14 Personen namens Rohde Mitglieder des Ostpreußischen Stutbuchs für Warmblut Trakehner Abstammung. Pferde waren die Motive der meisten Zeichnungen und Aquarelle in Marias Jugendzeit.

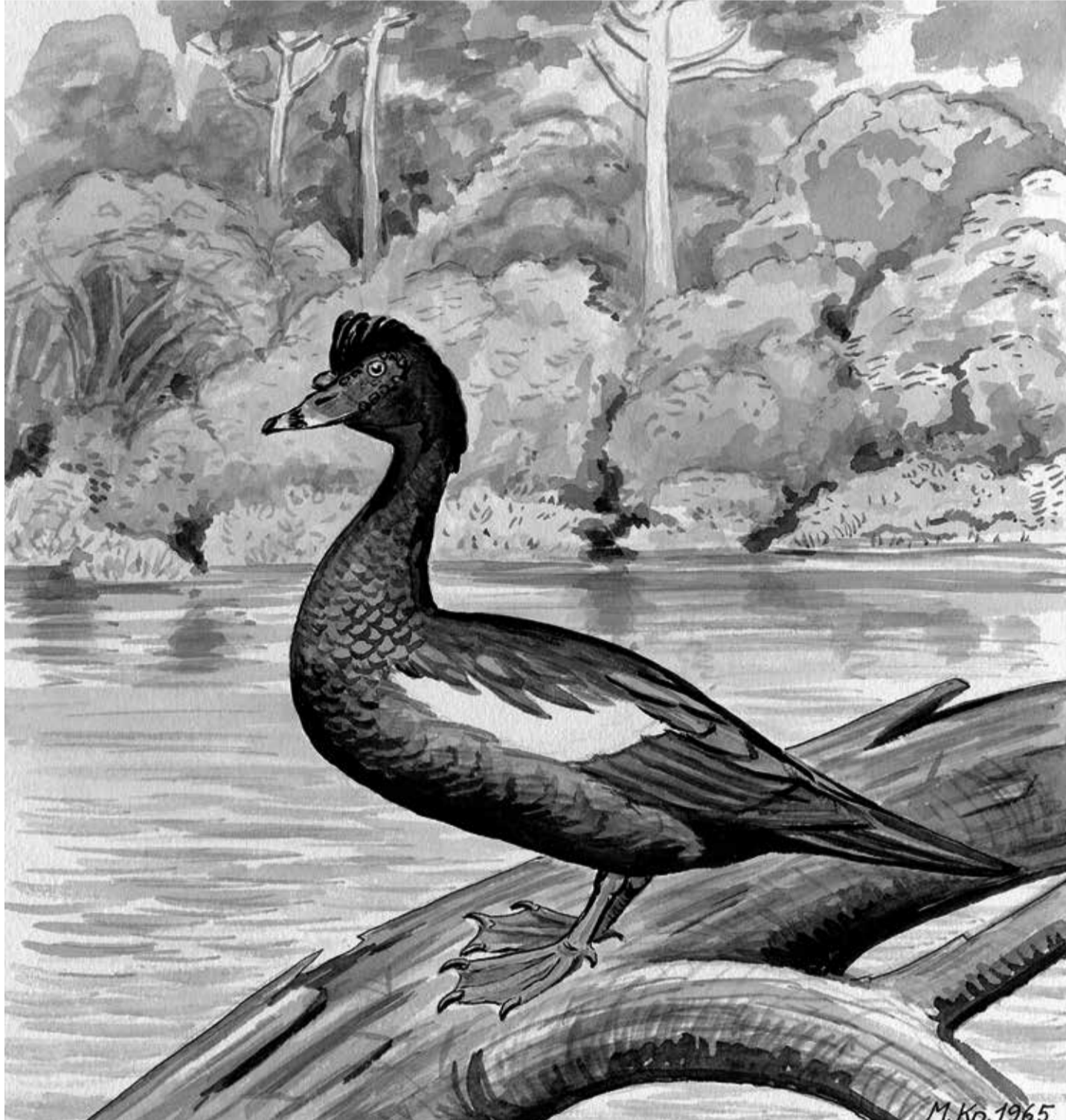
Pferde-Begeisterung in Königsberg

1943 legte sie am Hufenoberlyzeum die Abiturprüfung ab und verließ Ostpreußen. Sie wollte Zoologie studieren und begann im Wintersemester 1943/44 das Studium in Straßburg im Elsass. Bereits ein Jahr später wechselte sie nach Gießen und später nach Kiel, wo sie 1949 bei Professor Karl Wolfgang „Wolf“ Herre (1909–1997), dem Leiter des Instituts für Haustierkunde, mit einer Dissertation über „Studien über Musterung und Färbung von Wild- und Haustauben“ promoviert wurde.

In Kiel lernte sie ihren späteren Mann kennen. Hans-Wilhelm Koepcke (1914–2000), wissenschaftlicher Assistent am Zoologischen Institut, hatte sich bereits auf die Ökologie und besonders die Erforschung von Lebensformtypen und Parallelentwicklungen in der Tierwelt spezialisiert. Sein Wunsch war es, die Biodiversität in einem artenreichen Land mit noch weitgehend intakten Ökosystemen zu erforschen, und seine Wahl fiel auf Peru. Seine Ziele faszinierten die junge Maria, sie verlobten sich Ende 1947 und beschlossen zu heiraten, sobald sie ihr Studium abgeschlossen und Hans-Wilhelm sich halbwegs in Südamerika etabliert hatte. Die Hochzeit fand, nach zahllosen überwundenen Schwierigkeiten, am 24. Juni 1950 in Lima statt.

Noch bevor sich Maria von Mikulicz-Radecki im April 1950 zur Artlantiküberquerung einschiffte, hatte sie sich bei namhaften Forschern und Instituten in Deutschland intensiv über Wildtiere weitergebildet und vor allem ihre Technik des schnellen Zeichnens von Tieren in Bewegung vervollkommen. Diese Fähigkeiten konnten ihr ungemein nützen, als sie in Peru mit seinen so vollkommen anderen Landschaften sowie der Tier- und Pflanzenwelt ankam.

Hans-Wilhelm wurde Dozent und erhielt eine Stelle am Museum für Naturkunde „Javier Prado“ in Lima. Maria half zunächst ihrem Mann ehrenamtlich, bis sie 1953 die Abteilung für Säugetiere und



Ein Beispiel für Koepckes Talent: Tuschezeichnung einer Moschusente

Foto: Juliane Diller

Vögel am selben Museum übernehmen konnte. Gemeinsam erforschte das junge Ehepaar die Tierwelt in abgelegenen Regionen des ökologisch weithin noch unbekanntes Landes, und Maria Koepcke spezialisierte sich auf dessen Vogelwelt. 1954 wurde ihre einzige Tochter, Juliane, geboren.

In Lima gründeten Maria und Hans-Wilhelm Koepcke 1956 die „Casa Humboldt“, das „Humboldt-Haus“. Es wurde von der Deutschen Ibero-Amerika-Stiftung und vom Auswärtigen Amt gefördert und diente als Gästehaus für Wissenschaftler aus aller Welt, die in Peru forschen wollten. Es bestand bis 1967 und konnte zur Realisierung von etwa 150 Forschungsprojekten beitragen. Hier lebte die junge Familie, unterhielt geräumige Tiergehege im Garten, und die Eltern nutzten das Haus als Ausgangspunkt für ihre zahlreichen Forschungsreisen in ganz Peru, wobei sie oft von Kollegen aus anderen Ländern begleitet wurden oder deren Projekte unterstützten.

Peru ist ein an natürlichen Lebensräumen ungemein reiches Land. Seine Topographie mit knapp 3000 Kilometer langgestreckter Meeresküste, den Anden mit Erhebungen von über 6700 Metern und einer Vielzahl von Tälern ermöglichen die Existenz von Habitaten zwischen Wüste und tropischem Regenwald in allen Ausprägungen. Die Koepckes konzentrierten sich ab 1952 zunächst auf die westlich der Anden gelegenen Lebensräume einschließlich der Pazifikküste und auf die Landschaften der Hochanden mit ihren Seen und offenen Gebieten. Besonders widmeten sie sich der ökologischen Zusammensetzung der Lebensräume mit ihren deutlich unterscheidbaren Pflanzen

sowie Boden- und Niederschlagsbedingungen. Sie waren in der Regel ohne Kraftfahrzeug, sondern nur zu Fuß mit großen Rucksäcken und im unwegsamen Gelände auch mit Pferden oder Maultieren unterwegs. Sie erkannten die Schutzwürdigkeit zahlreicher Gebiete und setzten sich bei den Behörden in Lima dafür ein, dass diese unter Schutz gestellt wurden. Selbstverständlich wurden die Besonderheiten der unterschiedlichen Lebensräume ausführlich dokumentiert und die Sammlungen des Museums für Naturkunde um zahlreiche interessante Stücke bereichert.

Gründung des „Humboldt-Hauses“

Später wandte sich das Ehepaar Koepcke auch den östlich der Hochanden gelegenen Lebensräumen zu. Ausführlich erforschten und dokumentierten sie zunächst die Bergregenwälder, besuchten aber, von stetiger wissenschaftlicher Neugier getrieben, auch die Tieflandregion im Amazonasgebiet, die immerhin etwa 60 Prozent der Fläche Perus ausmacht.

Bereits zu Beginn der 1960er Jahre entstand der Plan, mit der gesamten kleinen Familie ins östliche Tieflandregenwaldgebiet zu übersiedeln. Mitte 1968 realisierten sie diesen Wunsch und gründeten am Unterlauf des Flusses Pachitea die Forschungsstation „Panguana“. Einhalb Jahre blieb die Tochter Juliane bei ihnen, dann musste sie die Eltern verlassen und der Schulbildung wegen nach Lima zurückkehren. Für die Eltern begann in Panguana ihre glücklichste Lebensphase, in der sie rund um die Uhr von üppiger, unerforschter Natur umgeben waren und deren Geheimnisse lüften konnten.

besuchte sie Museen und wissenschaftliche Sammlungen in Europa und Nordamerika, auch entstanden zahlreiche Publikationen mit ihren Ergebnissen, oft in Zusammenarbeit mit ihrem Mann und dank ihrer hohen Kunstfertigkeit anspruchsvoll illustriert.

Herbe Rückschläge

Bei allen Erfolgen und wissenschaftlicher Reputation blieb Maria Koepcke nicht von gravierenden Rückschlägen verschont. 1955 passierte dem Forscherehepaar auf der Wanderung entlang einer Straße im Gebirge ein folgenschwerer Unfall. Als ein Lkw ein zu tief hängendes Telefonkabel mitriss, peitschte dieses über die Straße und traf das Ehepaar mit voller Wucht. Maria erlitt eine starke Gehirnerschütterung und verlor das Bewusstsein. Hans-Wilhelm kämpfte mit einer ausgeprägten Gehirnerschütterung, Schnittwunden und Knochenbrüchen, blieb aber bei Bewusstsein. Er leistete ihr Erste Hilfe und organisierte ihren raschen Transport ins Krankenhaus. Dort verbrachte sie mehrere Wochen und blieb später noch lange bettlägerig zuhause. Als Folge ihrer Kopfverletzungen verlor sie ihren Geruchs- und Geschmackssinn und behielt migräneartige Kopfschmerzen, die sie ihr ganzes weiteres Leben plagten. Ihren Forscherdrang aber verlor sie zeit lebens nicht.

Als sie am Heiligen Abend 1971 zusammen mit ihrer Tochter aus Lima nach Panguana zurückkehren wollte, stürzte die Turboprop-Maschine auf dem Flug nach Pucallpa in einem Gewittersturm über dem Regenwald ab. Mit 90 weiteren Insassen verlor auch Maria Koepcke ihr Leben, sie wurde nur 47 Jahre alt. Einzig ihre Tochter Juliane überlebte den furchtbaren Absturz, und es gelang ihr nach einem zehntägigen Marsch durch den Regenwald, auf Waldarbeiter zu treffen, die sie am 4. Januar 1972 in die Zivilisation zurückbrachten.

Maria Koepcke wurde nach Deutschland überführt und am 21. Januar 1972 in Aufkirchen am Starnberger See bestattet. Hier endete ihr Lebensweg, ein Forscherleben für die Natur, das seine Prägung in Ostpreußen erhielt.

● **Dank** an Frau Dr. Juliane Diller für ihre vor dem Druck zur Verfügung gestellte umfangreiche Würdigung ihrer Mutter, die in Kürze in den „Blättern aus dem Naumann-Museum“ erscheint.



In der Vogelsammlung des Naturhistorischen Museums Lima: Maria Koepcke in den 1960er Jahren

Foto: Juliane Diller

● AUFGESCHNAPPT

Der Begriff „Leitkultur“ ist für Grünlinke seit Jahren ein Reizwort. Eingeführt hat die Vokabel der Deutsch-Syrer Bassam Tibi, der damit zum Ausdruck bringen wollte, dass Einwanderer ein kulturelles Gehäuse vorfinden müssen, um überhaupt etwas zu haben, worin sie sich integrieren können. Im Jahr 2000 übernahm der heutige CDU-Chef Friedrich Merz den Begriff Leitkultur, wofür er immer wieder heftig von links gescholten wird. Am Rande des CDU-Parteitags wandte sich ein Mitarbeiter der ZDF-„Heute-Show“ an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther mit der provokativen Frage, ob es Teil der Leitkultur sei, das Thema Leitkultur alle paar Jahre aus der Schublade zu holen. Der antwortete: „Absolut. Weil uns einfach sonst nichts eingefallen ist, finde ich es wichtig, dass man das immer wieder aufwärmt.“ Die Antwort ist als gezielte Spitze gegen Merz zu verstehen. Der Partei-Linke Günther hatte bereits eine Öffnung der CDU zur Linkspartei gefordert und koalitiert in Kiel lieber mit den Grünen als mit der FDP. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Louis Hagen rechnet bei „Nius.de“ (10. Mai) mit der in die Sackgasse geratenen „Verkehrswende“ der Ampelkoalition ab:

„Wenn man ... Bilanz zieht, kann man nur zu einem Ergebnis kommen: Das E-Auto ist krachend gescheitert. Es ist teuer, es gibt zu wenige Ladestationen, das Laden dauert lange – und 100 Kilometer Fahrt kosten mehr als mit dem Benziner. Was bleibt dann eigentlich, frage ich mich.“

Jan W. Schäfer wirft der SPD in der „Bild“-Zeitung (14. Mai) „Renten-Harakiri“ vor und fordert:

„Solide Rentenpolitik ist kein Wunsch-Dir-Was – sondern Mathematik. Wer den Senioren eine verlässliche und faire Rente zahlen will, braucht dafür genügend Einnahmen ... Im Sinne der Rentner. Und der Arbeitnehmer. Denn gerade sie sind es, die jede Renten-Stümperei mit noch höheren Beiträgen und noch mehr Steuern ausbaden müssen.“

Dass Deutschland die einzige Demokratie der Welt ist, in welcher der Inlandsgeheimdienst politisch gegen die Opposition vorgeht, kritisiert Henning Hoffgaard in der „Jungen Freiheit“ (13. Mai):

„Es hat eben mehr als nur ein Geschmäcke, wenn eine Regierungsorganisation – hier sogar ein Geheimdienst – eine der größten Oppositionsparteien nachrichtendienstlich ausleuchtet und die Erkenntnisse dann nach Belieben an gewogene Medien weitergibt. Alles illegal. Dennoch wurde noch nie wegen Geheimnisverrats ermittelt, wenn vertrauliche Papiere bei den immer gleichen Medien landen ... Wo gibt es das auf der Welt? Welche sich selbst als Demokratie verstehende Gesellschaft geht mit staatlichen Mitteln gegen die Opposition vor? Sind das schon ‚russische Verhältnisse‘ ...?“

Claudio Casula entlarvt die angeblich von der Angst vor der „Klimakrise“ getriebenen Proteste ausgerechnet gegen das Tesla-Werk in Grünheide nahe Berlin als simple linksextreme Bewegung. Auf „Achgut.com“ (14. Mai) schreibt er:

„Wie vollkommen wumpe den ‚Aktivistinnen und Aktivisten‘ Umwelt und Klima sind, war dem aufmerksamen Beobachter schon klar, als von ‚queerfeministischer Klimagerechtigkeit‘ gefaselt wurde und alles, wirklich alles mit dem großen Quirl im Klimatopf umgerührt wurde: Es geht um die ganze linke Agenda, vom Queer-Quatsch über die Palästina-Solidarität bis zur Abschaffung des Kapitalismus, die ‚Klimakrise‘ ist nur das Vehikel zur Umsetzung.“

● WORT DER WOCHE

„So leid es mir tut, aber die Hoffnung, dass es mit der nächsten Bundestagswahl besser wird, ist derzeit völlig illusorisch.“

Annette Heinisch sieht bei „Achgut.com“ vom 11. Mai wenig Hoffnung auf einen Politikwechsel mit einem Kanzler Friedrich Merz

DER WOCHENRÜCKBLICK

Zugespitzt

Wo Merkels „tiefe Spuren“ wirklich zu finden sind, und was man Faeser lieber nicht gefragt hat

VON HANS HECKEL

Zur Krönung des Tages hätten sie ihr nur noch die Parteimitgliedschaft ehrenhalber umhängen können, so schön war's für Angela Merkel bei den Grünen im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages. Wie wir bereits vorab berichtet hatten, war die Altkanzlerin zum Abschied von Jürgen Trittin erschienen, nur wenige Tage nach dem CDU-Parteitag, den sie geschwänzt hatte.

Viel Nettos hat Merkel über Trittin gesagt, und die versammelte grüne Gästeschar war sichtlich gerührt. So lobte sie: „Als Bundesumweltminister hinterließ Jürgen Trittin Spuren, die bis heute nachwirken.“ Oh ja, das hat er in der Tat. Auch deshalb, weil Merkel in den 16 Jahren ihrer Kanzlerschaft, die den sieben Jahren von Trittins Ministerzeit folgten, einiges in die Wege draufsattelte, was diese Spuren ordentlich vertieft hat.

Seit Merkels Abgang hat Trittins Parteifreund Habeck das Zepter übernommen, der den Kurs der beiden mit Inbrunst weiterfährt. Mittlerweile sind die Spuren derart tief, dass Wirtschaft und Wohlstand des Landes komplett in den schlammigen Fahrrinnen der Trittin-Merkel-Habeck-Ideologie zu versinken drohen.

Der gefeierte Trittin war angetan und verstand die frohe Botschaft des Tages als Signal, dass „Demokratinnen und Demokraten unterschiedlicher Parteien respektvoll miteinander umgehen“ könnten. Also auf jeden Fall, wenn sie ein und dieselbe Weltanschauung teilen, möchten wir an dieser Stelle hinzufügen. Dann sind auch die unterschiedlichen Parteibücher der Demokratinnen und Demokraten vollkommen nebensächlich.

Die Veranstaltung war nicht öffentlich, aber dennoch haben die Deutschen natürlich mitbekommen, wie dort gefeiert wurde. So mancher könnte indes ins Grübeln kommen: Da haben wir in den 26 Jahren seit Trittins Ministerantritt mit unseren Stimmzetteln zwei scheinbar dramatische Regierungswechsel, 2005 und 2021, herbeigewählt. Doch nun, da der Zirkus der öffentlichen Keilerei der „unterschiedlichen“ Parteien nicht mehr nötig ist, fallen sich die Protagonisten versonnen in die Arme wie alte Weggefährten. Und sie feiern sich dafür, dass sie jeden Politikwechsel in den zweieinhalb Jahrzehnten vereitelt haben auf ihrem immergleichen Treck durch die „tiefen Spuren“. Was hat die Wählererei denn dann bit-

teschön gebracht? Moment, diese Frage sollten wir uns besser verkneifen, sonst klebt uns Thomas Haldenwang noch einen Strafzettel wegen „Delegitimierung“ auf die Stirn.

Manchmal wird die selige Nähe der Demokratinnen und Demokraten schier unerträglich. Die Altpunks von der Gruppe Die Ärzte ringen gerade heftig nach Luft. Im Netz mussten sie die Aufzeichnung einer Party nach dem CDU-Parteitag entdecken, auf der Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther und Berlins Kultursenator Joe Chialo zu einem Ärzte-Hit mit dem Titel „Schrei nach Liebe“ (Refrain: „Arschloch!“) von Neunzehnhundertsowieso herumzapeln und dabei den Text singen. Das Lied war im vorigen Jahrhundert eine Hymne des Kampfes gegen „Nazis“.

Ärzte-Mitglied Bela B ist sauer deswegen, weil die CDU zuvor beschlossen hatte, Asylbewerber auch in sichere Drittstaaten zu überführen. „So was beschließen und dann schön zu ‚Schrei nach Liebe‘ abhotten – ihr merkt nix mehr“, giftet der Musiker auf Instagram. Klare Ansage an Günther und seine Partei: Wer beim uferlosen Hereinlassen nicht strikt auf grün-linker Linie ist, der ist nicht Verbündeter, sondern Feind beim Kampf gegen „Nazis“. Und schon ist es aus mit dem „respektvollen Umgang“, da können sich Günther und die Seinen noch so penetrant ranschmeißen.

Mumifizierte Rebellenpose

Die Ärzte sehen sich übrigens immer noch als „künstlerische Opposition“, wie sie Ende April dem „Tagesspiegel“ erzählten. Und wodurch zeichnet sich diese mutige Oppositionellen-Rolle aus? Das verrät dort auch Bela B: Nämlich dadurch, dass Die Ärzte sich für „Seenotrettung“ sowie etliche NGOs einsetzen und jüngst ein Festival „so klimaneutral wie nur irgend möglich“ ausgerichtet haben. Aha, sie folgen also dem von der Regierung, den großen Verbänden, den allermeisten Medien und übrigen Tonangebern einheitlich vorgegebenen Trend und fühlen sich dabei allen Ernstes „oppositionell“. Und merken in ihrer mumifizierten Rebellenpose gar nicht, wie sie sich zum Lacher machen.

Das ist schon ein allgemeines Phänomen: Das verschwitzte Bemühen der Grün-Woken, als die „Unbequemen“ zu gelten, als Aufmüpfige zu erscheinen, die sich tapfer in den Widerstandskampf gegen die Mächtigen werfen. Das, obwohl diese Bewegung mittlerweile so

viel reale und vielerorts sogar ausschließliche Macht auf sich konzentriert wie unter demokratischen Umständen keine Bewegung vor ihr. Sie müssen weit fahren, um Orte zu finden, wo ihre Gesinnungsgenossen noch nicht die politische Szene dominieren.

Aber diese Orte gibt es offenbar noch. Carola Rackete hat da schlimme Sachen gehört. Die einstige „Seenotretterin“ steht als Spitzenkandidatin für die Linkspartei im Europawahlkampf. Zur Erinnerung: Das ist die Frau, die sich durchaus vorstellen kann, weitere 50 Millionen Afrikaner nach Deutschland zu holen, gleichzeitig aber ins Auge fasst, selbst lieber nach Chile oder Kasachstan auszuwandern, weil ihr Deutschland schon viel zu dicht besiedelt sei. Eine echte moralische Autorität, wie man sieht.

Also jene Frau Rackete raunte dieser Tage im Interview mit der „Welt“: „Wer auf dem Dorf lebt, muss sich zweimal überlegen, ob er sich öffentlich äußert – gerade dort, wo die AfD stark ist.“ Vor allem in Sachsen oder Brandenburg sei es gefährlich, dort würden ihre Wahlkämpfer sogar beschimpft und bespuckt. Schimpfen ist unhöflich, Spucken ist absolut widerlich, egal wer gegen wen. Da sind wir uns mal einig.

Aber leider hat die „Welt“ Carola Rackete nicht gefragt, wie es nach ihrer Einschätzung Leuten ergeht, die ein AfD-Plakat in Leipzig-Connewitz oder vor der Roten Flora in Hamburg aufhängen wollen. Warum auch? Nancy Faeser hat ja sowieso festgestellt, dass eine Mitschuld an der um sich greifenden politischen Gewalt jene Leute trifft, welche die politische Debatte „zuspitzen“.

Wen sie damit wohl gemeint hat? Ach, kommen Sie! Das wissen Sie genauso gut wie ich. „Zuspitzen“ tut immer nur die Gegenseite, man selbst streicht bestenfalls etwas heraus oder bringt die Sache auf den Punkt. So hat es Faeser geschafft, dem Hauptopfer politisch motivierter Gewalt, der AfD, klammheimlich eine Mitschuld an einer Entwicklung zu geben, unter welcher der Blauen unbestreitbar am meisten leiden. Meisterlich!

Die denkbar brutalste Zuspitzung in deutschen Debatten ist zudem die Beschimpfung als „Nazi“. Zu Faesers Glück hat die „Tagesthemen“-Journalistin darauf verzichtet, die Ministerin zu fragen, ob es demnach gerade diese Zuspitzung sei, vor der sie warnen wolle. Die Antwort wäre interessant gewesen. Aber vielleicht wollte die Moderatorin das Gespräch auch nicht unnötig zuspitzen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de